



AURICH

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND

4. JAHRG. MITTEILUNGSBLATT NR. 1 JANUAR 1952

Ein Blick in die Zukunft?

Wer kann die Zukunft bestimmen? Wer weiß, was die Zukunft bringt?

Auch der abgebildete Arbeitskollege auf dem Titelbild weiß nicht, wie die Charge des Martinofens wird, in den er prüfend blickt. Er weiß nur, daß er und seine Kollegen alles getan haben, um eine gute Charge zu erhalten; er weiß, daß alle Kollegen aller Abteilungen, die der Stahl vom Erzhunker bis zu ihm hinab durchlief, in treuer Zusammenarbeit und bester Pflichterfüllung die Voraussetzungen dazu schufen, nach denen der Erfolg der Arbeit — hier: die Charge — gut werden muß.

Können wir alle das von uns sagen? Dann können wir stolz, mindestens zufrieden sein. Aber nur dann!

Das vergangene Jahr war hart und arbeitsreich. Die betriebliche und werkliche Aufwärtsentwicklung, die eine zwingende Voraussetzung der Sicherung des Arbeitsplatzes und der sozialen Leistungen und Mehrleistungen ist, ist unverkennbar und wird von allen anerkannt.

Noch ist sehr vieles zu tun. Entscheidend für uns alle ist, daß es — bringen wir es auf einen einfachen Generalnenner — gelingen muß, die Konkurrenzfähigkeit unseres Werkes auf den Innen- und Exportmärkten zu erreichen und zu sichern. Das aber ist nur möglich, wenn wir alle wie bisher in harmonischer und treuer Verbundenheit zusammenstehen und zusammenarbeiten, wenn jede Störung — sei sie weltpolitischer, nationaler, außerbetrieblicher oder betrieblicher Art — vermieden wird. Das gilt nicht nur für unser bisheriges Werk, das gilt auch für die kommende Kerngesellschaft Westfalenhütte und die in Vorbereitung befindliche Holding.

In der Einheit liegt die Stärke! Alle innerbetrieblichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, alle sozialen Errungenschaften und Forderungen stehen und fallen mit der Einheit aller — wie die beachtliche Aufwärtsentwicklung des Werkes in betrieblicher und sozialer Beziehung nur möglich war durch die uneingeschränkte Zusammenarbeit aller, vom Aufsichtsrat und Vorstand, von Betriebsvertretung und Belegschaft, bis zum jüngsten Lehrling hinab.

In gegenseitiger Achtung und unerschütterlicher Einheit wollen wir alle, Arbeiter und Angestellte gleich welcher Funktion, auch im Jahr 1952 in einer Linie stehen. Dann werden wir auch die neuen, schweren Aufgaben bewältigen können, deren Lösung die Existenzfrage eines jeden von uns ist.

Und dennoch aufwärts!

Wir, die wir mitten im betrieblichen und wirtschaftlichen Geschehen stehen, sind leicht geneigt, nur uns selbst und die engste Umgebung, nur unsere Abteilung, nur unseren Betrieb, nur unser Werk zu sehen. Aus diesem engen Blickwinkel heraus sehen wir vieles deshalb groß und bedeutungsvoll, weil es greifbar vor uns steht. Vieles aber, was uns nicht unmittelbar tangiert, erscheint uns unwichtig und nebensächlich, weil es weit entfernt ist. Wir müssen uns bemühen, wenigstens hin und wieder den Weitwinkel des Abstandes zu uns selbst einzuschalten, um uns im Gesamtgeschehen zu sehen.

Aus dem außerdeutschen Weitwinkel heraus gesehen, erscheint der Aufbau unserer Werke und damit der Aufbau der deutschen Wirtschaft — die maßgeblich getragen und abhängig ist von den beiden mächtigen Grundstoffsäulen Ruhrkohle und Ruhrstahl — unfassbar und vielleicht deshalb erschreckend. Und aus diesem Weitwinkel heraus wird auch — außenpolitisch gesehen — der Ruf nach Sicherheit von Seiten Frankreichs einerseits und Sowjetrußlands andererseits verständlich.

Wie war es denn? Gerade das Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Herz Deutschlands, war beim totalen Zusammenbruch scheinbar hoffnungslos zerschlagen. Zer-

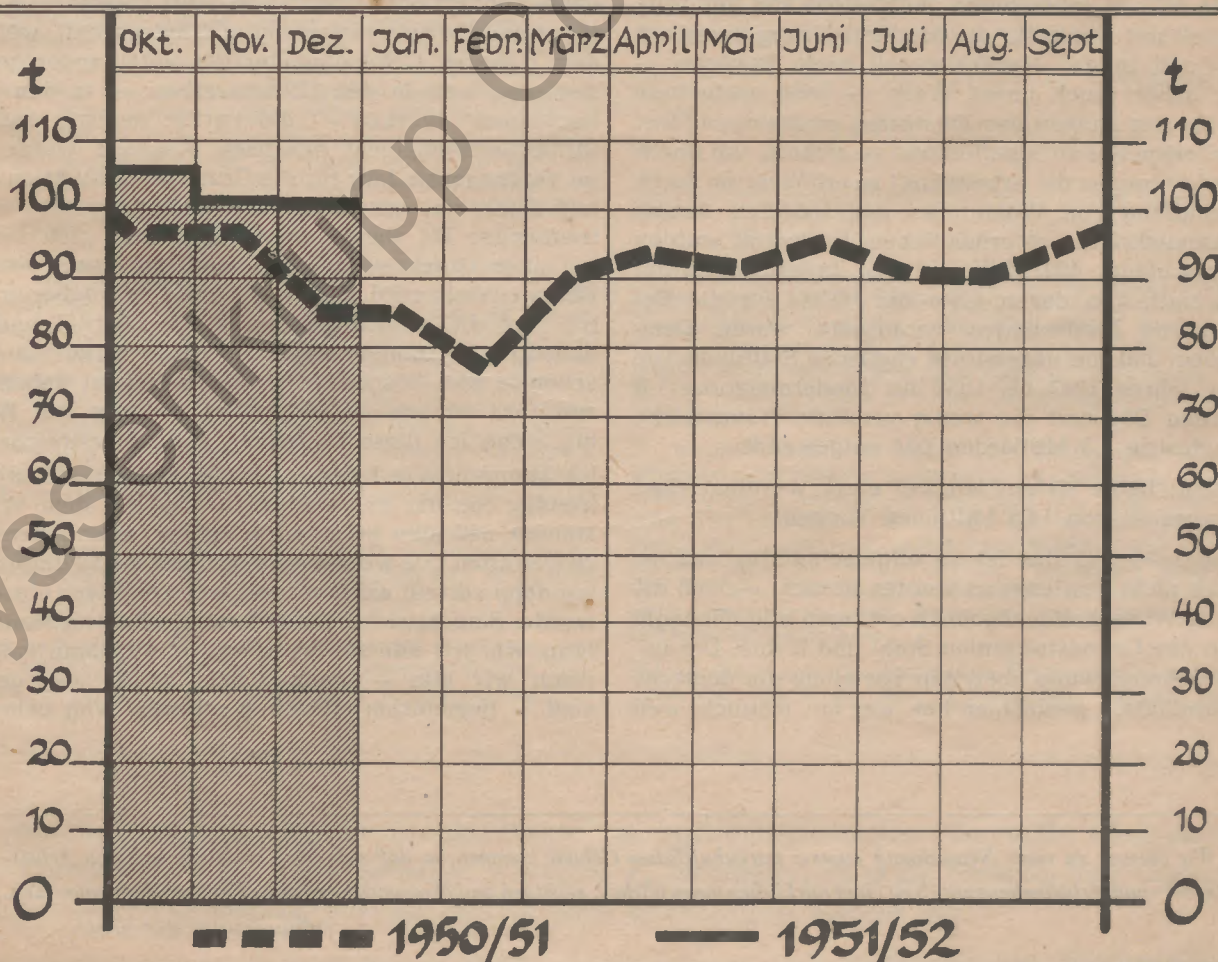
bombte Werke, ausgebrannte Städte, zerrissene Straßen, Gleise und Kanäle, zersprengte Brücken; zermürbte Menschen in Not und Verzweiflung, kraftlos vor Hunger und Kälte. Ein furchtbares Erbe war es, das wir damals antreten mußten.

Aber wir packten an!

Nehmen wir den Ruhrkohlenbergbau, der bald nach dem Zusammenbruch seine Förderung wiederaufnehmen konnte. 1945 wurden etwas über 33 Millionen Tonnen Kohle gefördert — aber 1950 waren es schon über 103 Millionen Tonnen bei 110,7 Millionen Tonnen im ganzen Bundesgebiet. Im vergangenen Jahr 1951 wurden im Ruhrbergbau fund 119 Millionen Tonnen erreicht, das sind rund 95 % der gesamten deutschen Steinkohlenförderung gegenüber einem Anteil von 75 % im Reichsgebiet von 1938.

In der Stahlindustrie standen — vgl. auch den nachfolgenden Artikel des Stahlrehänders Dr. Heinrich Dinkelbach — dem Aufbau starke politische Gründe entgegen. Nach den ersten Erklärungen der Alliierten sollte Deutschland höchstens 3,5 Millionen Tonnen Stahl jährlich produzieren können. Später wurden 5,7 Millionen, dann 7,7 Millionen und schließlich 11,1 Millionen Tonnen bewilligt. Solche Bewilligungen erschienen damals unrealisierbar und gegenstandslos.

UNSERE ROHSTAHLERZEUGUNG



Noch 1948 erklärten führende Männer der Stahlindustrie, daß Deutschland kaum jemals wieder eine Produktion von 8—9 Millionen Tonnen zu erreichen vermöge. Aber: 1950 erreichte unsere Stahlproduktion 12,1 Millionen und 1951 sogar 13,5 Millionen Tonnen. In den einzelnen Jahren betrug die Rohstahlerzeugung im Bundesgebiet:

1945	200 000
1946	2 551 000
1947	3 260 000
1948	5 561 000
1949	9 156 000
1950	12 121 000
1951	13 500 000

Man hört so oft von dem „Wunder“ des Wieder-

aufbaus. Nein, das war und ist kein Wunder, sondern es ist, wie ich es aus dem innerbetrieblichen Geschehen heraus objektiv zu beurteilen vermag, nichts anderes als ein Sieg des Willens, ein Erfolg der idealen Zusammenarbeit aller oder — wie Dr.-Ing. Herbert Monden, Leiter der fachlichen Gruppe Stahl und Eisen in der Bundesstelle für den Warenverkehr, es ausdrückt: „... man kann sagen, daß in den Hüttenwerken mit einer verbissenen Zähigkeit und mit einer bewunderungswürdigen Einigkeit aller Kräfte von unten bis oben eine friedensmäßige Leistung vollbracht worden ist, die mehr bedeutet als ein gewonnener Krieg.

Folgende statistische Zahlen belegen diese Entwicklung:

Kopfleistung an Walzstahlfertigerzeugnissen je Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie

	1946	1947	1948	1949	1950	1951
	Brit. Zone	Brit. Zone	Verein. Zonen	Verein. Zonen	Bundesgebiet	1. Halbjahr Bundesgebiet
Produktion Monatsdurchschnitt	151 000	160 000	301 000	510 000	680 000	747 000
Beschäftigte in der eisenschaffenden Industrie im Monatsdurchschnitt	97 000	78 000	99 000	121 000	167 000	183 000
Kopfleistung in Tonnen je Mann und Monat	1,5	2,1	3,0	4,2	4,1	4,1

Für die Erzeugung einer Tonne Walzstahl waren Beschäftigte vorhanden:

für 1 Tonne	0,642	0,488	0,330	0,237	0,247	0,245
für 1000 Tonnen	642	488	330	237	246	245

*) ab September nur die vom FSE verplanten Betriebe.

Hinzu kommt, daß — und das gilt für Stahl und Kohle — die Betriebsanlagen durchweg sehr überaltert sind, da oft seit Jahrzehnten, mindestens seit der Vorkriegszeit nur wenig für die Modernisierung investiert wurde und in der Nachkriegszeit viele Betriebe — hierzu gehört auch unser Werk — jede erarbeitete Mark für den Aufbau des Zerstörten ansetzen mußten, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, um durch soziale Leistungen die Arbeitskraft zu erhöhen, um durch die Schaffung von Wohnungen den weiteren Ansatz von Arbeitskräften zu ermöglichen. Insgesamt wurden in Deutschland 400 Millionen DM Investitionsmittel aufgewandt, von denen etwa die Hälfte für die Behebung von Zerstörungen verausgabt wurde. Demgegenüber hat die unzerstörte englische Stahlindustrie in den Jahren 1947 bis 1950 für Modernisierung 1,8 Milliarden DM und die wenig zerstörte französische Stahlindustrie 1,5 Milliarden DM aufgewandt.

Trotzdem: heute stehen wir bei einer westdeutschen Stahlkapazität von 14,5 Millionen Tonnen!

Ich sagte — und das ist so allgemeingültig, daß es wirklich nicht bewiesen zu werden braucht —, daß die deutsche Wirtschaft maßgeblich getragen und abhängig ist von den Grundstoffsäulen Stahl und Kohle. Der ungeheure Aufschwung aber, den vor allem die deutsche Stahlproduktion genommen hat, war nur möglich, weil

hier der Ansatzpunkt nicht nur realer, sondern auch ethischer Werte geschaffen wurde, weil eine einheitliche Konzeption bestand von Aufsichtsrat und Vorstand und Betriebsvertretung und Belegschaft, weil aus dem früheren Gegeneinander ein Miteinander geworden war, weil in den Hüttenwerken — in den „entflochtenen“ Werken — die Parität bestand und das Mitbestimmungsrecht praktisch ausgeübt wurde, das im vergangenen Jahr für die Grundstoffindustrien Stahl und Kohle zur gesetzlichen Verankerung kam. Stahl-treuhänder Dr. Bender erklärte hierzu: „Ich möchte mit aller Objektivität sagen, daß ich dieses schnelle Überwechseln zurückführe auf einen unwägbaren Faktor: daß die ausgegliederten Werke Parität und Arbeitsdirektor einführten und dem arbeitenden Menschen in den Werken eine wahre Heimat gaben.“ Es resultiert auf meiner objektiven Prüfung und Kenntnis, wenn ich diese Darlegung voll unterstreiche.

Ich kenne unsere Belegschaft. Sie ist treu und arbeitsfreudig. Sie hat das Vertrauen, das aus dem Wissen stammt, daß alles getan wird, um ihr Leben lebenswert zu gestalten. Sie weiß aber auch, daß ein Sozialprodukt nur dann verteilt werden kann, wenn es zuvor erarbeitet wurde. Eine betriebliche und soziale Aufwärtsentwicklung, wie wir alle sie erstreben, ist nur dann möglich, wenn wir alle — ganz gleich, wohin wir gestellt sind — gemeinsam und einig unseren Weg gehen.

Wir müssen zu einer Neuordnung unserer wirtschaftlichen Gebiete kommen, so daß sich das Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft zu einer wirklichen menschlichen, geistigen und ökonomisch-sozialen Partnerschaft entwickelt.

(Ministerpräsident Karl Arnold)

Von der Entflechtung zur Neuordnung

Die westdeutsche Montanindustrie steht heute an einem Wendepunkt ihrer weiteren Gestaltung. An Problemen hat es in der Vergangenheit nie gefehlt, in dieser Zeit aber häufen sich schwierigste Fragen von größter Bedeutung. Um nur die wichtigsten zu nennen: Schumanplan, Koksmangel, Schrottfrage und, mit den Mangelercheinungen stark zusammenhängend: Erzeugung, Absatz, Auftragsbestand, Export; die Preis- und Lohnentwicklung, die Frage der notwendigen Investitionen in der Stahlindustrie, schließlich die Mitbestimmung, die Neuordnung nach Gesetz 27 und der Problemkomplex um die Eigentumsordnung in der Grundstoffindustrie. Ich will hier nur ein paar Worte zur Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie sagen.

Ihre praktische Durchführung ist Mitte des Jahres nach sorgfältiger Vorbereitung in Fluß gekommen. Im Juli sind die ersten fünf Kerngesellschaften gebildet worden, weitere folgten in kurzen Zeitabständen. Heute sind 17 gegründet, und bald wird die erste Phase der Neuordnung abgeschlossen sein. Die Durchführungsverordnung Nr. 6 zum Gesetz 27 sieht die Bildung von 24 Kerngesellschaften vor.

Dieser ersten Phase ging die sogenannte „Entflechtung“ voraus. Im März 1947 gründete die damalige Treuhandverwaltung die ersten vier „entflochtenen Gesellschaften“. Im Laufe der Zeit waren es 24. Die eisenschaffenden Werke wurden aus den Konzernen ausgegliedert und auf neue Gesellschaften zur Nutzung im Rahmen des bekannten, viel diskutierten Betriebsnutzungsvertrages übertragen. Ich habe damals immer wieder erklärt, daß es sich hierbei nur um eine vorbereitende Maßnahme handele, um die Erstellung der „Bausteine“ für das große Gebäude der neu zu ordnenden Eisen- und Stahlindustrie. Daß die entflochtenen Gesellschaften bloßen Übergangscharakter hatten, ging schon aus ihrem Grundkapital von nur 100 000 DM hervor, was ja vielfach nicht verstanden und kritisiert wurde.

Wer meine frühere Tätigkeit betrachtet, könnte glauben, ich hätte meine Auffassung über die richtige Organisation der Eisen- und Stahlindustrie geändert. Ich denke an die Gründung der Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1926, an der ich in verhältnismäßig jungen Jahren mitarbeiten konnte. Damals handelte es sich aber um eine ganz andere Aufgabe als heute. Die Rationalisierung stand im Vordergrund, und sie ließ sich nur durch eine stärkere Zusammenfassung erreichen. Aber schon in den Jahren 1931/32 zeigte die Erfahrung, daß zu große Unternehmungseinheiten wirtschaftlich nicht zweckmäßig sind. So wurden im Jahre 1933 die bekannten neuen Organisationsformen bei den Vereinigten Stahlwerken geschaffen, die eine starke Dezentralisation in der Werksleitung bedeuteten.

Der Stahlverein ist auch ein typisches Beispiel dafür, daß es für die Hüttenindustrie nicht ratsam ist, zu weit in die Weiterverarbeitung hineinzugehen. Denn diese ist Kunde der Hüttenindustrie, und man sollte nicht unnötigerweise Konkurrent seines eigenen Kunden sein. So haben die Vereinigten Stahlwerke im Jahre 1936 ihre Verbindung mit der Demag gelöst. Solche Fragen lassen sich aber nicht nach einem festliegenden Schema regeln. Man muß die gegebenen und gewachsenen Verhältnisse berücksichtigen und alle Maßnahmen vorsichtig abwägen, damit begründete wirtschaftlich-organisatorische Zusammenhänge nicht zerrissen oder gestört werden.

Der endgültige Neuordnungsplan wurde zwischen Bundesregierung und Hoher Kommission behandelt und ist in dem bekannten Memorandum der Bundesregierung vom 14. März 1951 niedergelegt. Eine Reihe von Gesellschaften wird (bzw. wurde) nach diesem Plan ohne wesentliche Änderung des bisher vorläufigen Umfanges in Kerngesellschaften umgebildet. So u. a. bei den Rheinischen Röhrenwerken, den

Gußstahlwerken Witten und Oberkassel, den Hüttenwerken Ruhrort-Meiderich, den Stahlwerken Bochum und den Hahn-schen Werken. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Deutschen Edelstahlwerken und Rasselstein/Andernach. In anderen Fällen erweitert sich der bisherige Umfang. Hüttenwerk Oberhausen hat das Werk Gelsenkirchen der Gutehoffnungshütte in sich aufgenommen. Hüttenwerk Rheinhausen hat sich mit der Westfälischen Drahtindustrie und dem Stahlbau Rheinhausen der Firma Krupp verbunden, das Hüttenwerk Geisweid mit dem Stahlwerk Hagen sowie den Werken Thomée und Brüninghaus, nur um diese Beispiele zu nennen.

Wie schon gesagt, unterscheiden wir bei der Neuordnung zwei Phasen. In der ersten wird durch einen Akt der Hohen Kommission das Eigentum an den Werksanlagen und der sogenannte „Treuhandsaldo“ von den bisherigen Eigentümern auf die jeweilige „entflochtene“ Gesellschaft übereignet. (Bei der Bildung von Kerngesellschaften aus noch nicht ausgegliederten Werken wird neben den Werksanlagen das Umlaufvermögen übertragen.) Der „Treuhandsaldo“ setzt sich aus dem Betriebsbenutzungsvertrag und dem Treuhandkonto aus der Währungsumstellung zusammen. In Hauptversammlun-

Wir danken

allen Mitarbeitern für die vielen Grüße und Wünsche, die uns als Vorstand und auch persönlich anlässlich des Weihnachtsfestes und Jahreswechsels zugegangen sind, und bitten um Verständnis, daß wir jedem nicht persönlich unseren Dank aussprechen und die Grüße erwidern können.

Wir wünschen uns und Ihnen allen
eine weitere gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!

Berndsen Gubitz Dr. Harr

gen wird dann zunächst das Kapital aus dem „Treuhandsaldo“ erhöht und die neue Satzung beschlossen, die für alle Gesellschaften durch die Hohe Kommission festgelegt ist. Der Aufsichtsrat ist nach dem Gesetz über die Mitbestimmung neu zu bilden, was nach Klärung der Personalfragen in den meisten Fällen in einer besonderen Hauptversammlung geschieht.

Es werden dann die Aktien der Kerngesellschaften auf besondere Treuhänder übertragen, was bei einer Reihe von Gesellschaften inzwischen geschehen ist. Jede Gesellschaft wird drei Treuhänder haben, die nur bei einer Firma tätig sein können, um jede Verbindung zwischen den einzelnen Gesellschaften zu vermeiden. Die Treuhänder werden aus den Kreisen der Notare, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer genommen, weil diese sich berufsmäßig mit Treuhandgeschäften befassen.

Die zweite Phase, die endgültige Festsetzung des Kapitals, setzt die Bewertung der Werksanlagen voraus. Bei der

Welche Funktion das Eigentum in der Rechts- und Sozialordnung unserer Zeit ausübt, hängt ab von der Gestalt, die wir dem Eigentum geben. Wir haben zu entscheiden, ob es die Funktion einer tragenden Säule unserer Sozialordnung oder die Funktion eines Sprengkörpers ausüben soll.

(Oswald von Nell-Breuning)

Hahnschen-Werke-Aktiengesellschaft ist das endgültige Grundkapital in Höhe von 14 Millionen DM bereits gebildet. Weiter ist zu entscheiden, ob und wieweit auch Schulden übernommen werden. Andere noch zu lösende Aufgaben sind: die Zusammenfassung von Hüttenwerken und Kohlenzechen, die größtenteils geklärt sind, die Verbindung mit Erzseiten und schließlich die Eingliederung der Weiterverarbeitung in verschiedene neue Einheitsgesellschaften, die für einen Teil der bisher errichteten Gesellschaften bereits durchgeführt wurde. Gegen Ende Frühjahr des Jahres 1952 wird voraussichtlich die Neuordnung unter Dach gebracht sein.

Damit wäre eine große, in der Wirtschaftsgeschichte einmalige Aufgabe durchgeführt. Ihre Lösung, sollte sie der Bedeutung des Vorhabens gerecht werden, erforderte eine äußerst sorgfältige und gewissenhafte Vorbereitung, sosehr andererseits eine Beschleunigung der Arbeiten im Interesse aller Beteiligten lag. Der Entwurf der Gesamtplanung war Aufgabe der Stahltruhändler, die ihre Arbeit am 1. 1. 1949 begonnen und ihren Plan im November 1950 vorgelegt haben — in Anbetracht der zu leistenden Arbeit sicherlich keine große Zeitspanne. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich im Laufe der Zeit alle der Neuordnung anhaftende Mängel abschwächen und die Gesamtentwicklung eine gute sein wird. Jedenfalls geht jetzt der langwierige und schwierige Neuordnungsprozeß seinem Abschluß entgegen. Alle Beteiligten — gleich, wie sie zu den Einzelfragen stehen mögen — werden es begrüßen, daß damit ein langer Schwebezustand sein Ende gefunden hat.

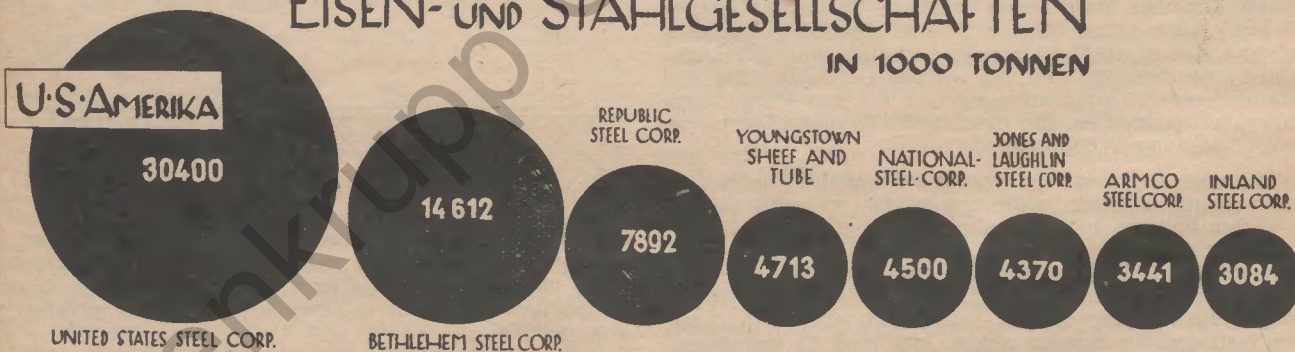
*

In Ergänzung obiger klarer Darlegungen Dinkelbachs — unsere Belegschaft wird wissen, daß er Vorsitz der Aufsichtsrates unserer Westfalenhütte ist — kurz folgendes: Artikel 12 des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945 stellte als ein wesentliches Ziel der Alliierten heraus, „die deutsche

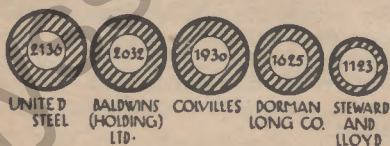
Wirtschaft zu dezentralisieren, um die gegenwärtige übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht, wie sie insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere monopolistischen Einrichtungen in Erscheinung tritt, zu vernichten“. Diese Haltung hat sich durchaus nicht geändert, denn noch in dem am 16. 5. 1950 erlassenen Gesetz der Alliierten Hohen Kommission über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Stahl- und Eisenindustrie heißt es in der Präambel: „Die Alliierte Hohe Kommission hat sich die Dezentralisation der deutschen Wirtschaft zum Ziel gesetzt, um übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht zu beseitigen und die Entwicklung eines Kriegspotentials zu verhindern.“

Der Vorläufer des von Dinkelbach angezogenen Gesetzes 27 ist das Gesetz 75 über „Die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie“ vom 10. 11. 1948, das durch die britische und amerikanische Militärregierung für ihre Zonen erlassen wurde. An die Stelle dieses Gesetzes ist dann unter Ausdehnung auch auf die französische Besatzungszone das Gesetz 27 der Alliierten Hohen Kommission vom 16. 5. 1950 getreten. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus interessant, die Größenverhältnisse — insbesondere die Rohstahlkapazität — der neuen Einheitsgesellschaften, von denen Dinkelbach spricht, in einen Vergleich mit den Eisen- und Stahlunternehmen der maßgebenden westeuropäischen Länder und auch der USA zu stellen. Wir verweisen hier auf das Schaubild „Rohstahlkapazitäten von Eisen- und Stahlgesellschaften“. Die sowjetische Rohstahlkapazität ist nicht aufgeführt; sie wird auf 20 Millionen Tonnen veranschlagt. Den Kapazitätswerten des Schaubildes liegt eine Zusammenstellung der Combined Steel Group vom 30. 11. 1950 zugrunde. Diese Zahlen sind — wie übrigens auch die der ausländischen Gesellschaften — gewissen Schwankungen unterworfen. Sie wurden teilweise über- oder unterschritten, so daß die Aufstellung hinsichtlich ihrer „Rangordnung“ sich inzwischen hier und dort verschoben haben kann.

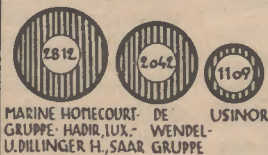
ROHSTAHLKAPAZITÄTEN VON EISEN- UND STAHLGESELLSCHAFTEN IN 1000 TONNEN



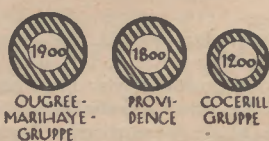
GROSSBRITANNIEN



FRANKREICH



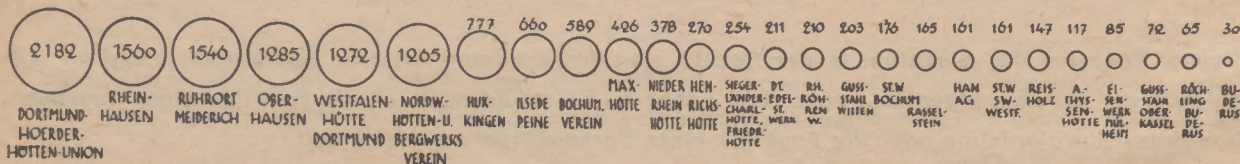
BELGIEN



LUXEMBURG



ROHSTAHLKAPAZITÄTEN DER NEUEN STAHL-EINHEITSGESELLSCHAFTEN IM BUNDESGBEIT GEMÄSS ALLIIERTER ANORDNUNG



Stahlproduktion von 19 Millionen Tonnen angestrebt

Der Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Bundestagsabgeordneter Professor Dr. Baade, teilte vor Finanzfachleuten in Düsseldorf mit, daß sich die Bundesregierung darum bemühe, im Rahmen des Schumanplanes eine Stahlproduktion in Höhe von jährlich 19 Millionen Tonnen zu erreichen. Diese Quote, so sagte Professor Dr. Baade, sei erforderlich, wenn Westdeutschland einen den wirtschaftlichen Erfordernissen der westlichen Welt entsprechenden Beitrag leisten solle.

Der deutsche Arbeiter habe seine Produktionsleistung in den letzten acht Monaten um 25 Prozent steigern können, obwohl für diese Entwicklung ein Zeitraum von vier Jahren angenommen worden sei. Diese Leistung, die den Vorkriegsstand um fünf Prozent überschritten habe und in den nächsten vier Jahren für die Bundesrepublik entscheidend sei, könne durch eine vernünftige Lenkung ausreichender Investitionen noch wesentlich gesteigert werden. Eine der Hauptvoraussetzungen sei jedoch, daß der westdeutsche Arbeiter reallohnmäßig besser als bisher am Industrieprodukt beteiligt werde. Dieser Anteil sei während der stürmischen Aufwärtsentwicklung der Produktion nachweislich von vorher über auf jetzt unter 50 Prozent abgesunken und liege weit unter den Gegebenheiten in anderen Ländern.

Als dringend erforderlich bezeichnete Professor Dr. Baade eine Produktionssteigerung von jetzt 130 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand über 150 auf schließlich 200 Prozent. Einschließlich der unsichtbaren Arbeitslosen belaufe sich die ungenutzte Arbeitsreserve in der Bundesrepublik auf zwei Millionen Kräfte. Ziel der Wirtschaftspolitik müsse daher sein, den Wirtschaftskörper systematisch weiter auszubauen, da diese gewaltige Reserve nutzbringend angewandt werden müsse.

Atom-Energie in Westdeutschland?

In den letzten Wochen haben auch kleinere Länder, wie Spanien und Norwegen, mit Holland Atomzentren eingerichtet, und der dänische Nobelpreisträger hat auf einer Konferenz der westeuropäischen Atomwissenschaftler, die Mitte Dezember 1951 in Paris stattfand, den Plan eines großen Forschungsinstitutes vorgelegt. Dieses Institut, dessen Gründung in Paris beschlossen wurde und das lediglich auf friedliche Zwecke abgestellt werden soll, wird nach seiner Vervollendung das atomwissenschaftliche Gewicht Westeuropas in eine Stufe mit USA stellen.

In Deutschland ist die Atomforschung von den Alliierten noch verboten. In einem kürzlich gehaltenen Vortrag ging der bekannte Atomwissenschaftler Professor Dr. Heisenberg davon aus, daß es auch in der Bundesrepublik angebracht sei, die Anstrengungen anderer Länder zur friedlichen Ausnützung der Atomenergie zu verfolgen. Deutschland sollte bei einer Aufhebung der bestehenden Verbote von vornherein freiwillig alle Bedingungen unterschreiben, die sich für eine wirksame internationale Kontrolle der Atomenergie einsetzen, vor allem auch deshalb, um das Mißtrauen gegen deutsche Atomarbeiten zu vermeiden, das sonst mehr Schaden anrichten würde, als der wirtschaftliche Nutzen der Atomenergie für die Bundesrepublik sein könnte. Zur Zeit importiert die Bundesrepublik jährlich für 70 000 DM radioaktive Stoffe für medizinische und wissenschaftliche Zwecke. Wichtiger ist aber der Ausblick auf die Energiegewinnung aus einem eventuell zu errichtenden Uranbrenner. Die Ergiebigkeit der deutschen Uranlager ist schwer abzuschätzen. Eine Jahresgewinnung von 5 Tonnen ist jedoch zu erhoffen. Damit könnten immerhin mehrere Millionen Tonnen Kohle jährlich gespart werden.

Investitionshilfe-Gesetz angenommen

Nach monatelangen Debatten wurde Mitte Dezember das Investitionshilfe-Gesetz angenommen. Durch dieses Gesetz soll eine Milliarde DM von der gewerblichen Wirtschaft zugunsten der Grundstoff-Industrien aufgebracht werden. Gegen das Gesetz stimmten SPD, Zentrum und KPD, wobei die größte Oppositionspartei verlangt hatte: um den Grundstoffindustrien wirklich zu helfen, müßten mindestens fünf Milliarden DM aufgebracht werden.

Das provisorische Kuratorium für die Investitionshilfe hat in seinen letzten Sitzungen bereits einen vorläufigen Vorschlag für die Verteilung der Investitionshilfe ausgearbeitet. Danach soll der Bergbau insgesamt 260 Mill. DM erhalten, davon die Steinkohle 194 Mill., die mit der Steinkohle

In Ausübung seines Berufes verunglückte am
19. Dezember 1951 tödlich das Belegschaftsmitglied

Rangierer

Karl-Heinz Bartz

Eisenbahnbetrieb

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft betrauern seinen Tod und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

verbundene Wasserwirtschaft 26 Mill. DM und die Braunkohle 40 Mill. DM. Für den Eisen- und Stahlsektor sind 280 Mill. DM vorgesehen, davon für die eisenschaffende Industrie selbst 268 Mill. und für die mit der Eisenwirtschaft verbundene Wasserwirtschaft 12 Mill. DM. Die Energiewirtschaft soll 390 Mill. DM erhalten, und zwar die Elektrizitätswirtschaft 268 Mill. und die Gaswirtschaft 120 Mill. DM. Für Waggonbestellungen der Bundesbahn sind 50 Mill. DM. vorgesehen, für die Wasserwirtschaft 20 Mill. DM. Es ist jedoch anzunehmen, daß diese Verteilung noch eingehend diskutiert werden wird.

25 Jahre Wirtschaftsforschung

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung feierte im Dezember in Essen sein 25jähriges Bestehen. Vizekanzler Franz Blücher wies auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Staatsführung und Wissenschaft hin.

Eine wesentliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft sei es, der gemeinsamen europäischen Entwicklung die Grundlagen zu vermitteln. Die aus der wissenschaftlichen Analyse der deutschen Wirtschaft sich ergebenden Erkenntnisse würden aber auch die Hintergründe der deutschen Wirtschaftszahlen in ihrem wahren Wert erhellen und das Mißtrauen im Ausland zerstreuen, das in ihnen mehr sehe, als vorgehanden sei.

Das Essener Institut wurde 1926 als Außenstelle West des von Prof. Wagemann geleiteten Berliner Konjunkturforschungsinstituts errichtet und 1943 als Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung selbstständig.

Fleißige Hände

unserer rund 150 weiblichen Angestellten schreiben in den Sekretariaten, Ein- und Verkaufsabteilungen, Betriebsbüros usw. täglich mehrere tausend Briefe, die unser Werk mit den Kunden, Lieferanten und den zahllosen sonstigen Empfängern im In- und Ausland verbinden.



Deutsche Schifffahrt und verladende Wirtschaft

Der Leiter unserer Verfrachtung, Viktor Arntzen (Vorsitzender der Verkehrsausschüsse der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Köln), stellt uns über dieses Thema folgende Arbeit zur Verfügung:

Inmitten der Kette von Tragik, die über die deutsche Wirtschaft als Folge von zwei Weltkriegen hereingebrochen ist, nimmt der zweimalige Verlust der Handelsflotte innerhalb einer Zeitspanne von gut 25 Jahren einen traurigen bevorzugten Platz ein. War schon nach Beendigung des ersten Weltkrieges mit seinen für Deutschland handelspolitisch schweren Folgen das Fehlen einer eigenen Übersee-Handelsflotte im Zuge des allmählichen Wiederaufbaus deutscher Beteiligung am Welthandel hinsichtlich Deviseneinsparung und -einbringung ein besonders schwer wirkender Nachteil, so ist dies nach dem furchtbaren Zusammenbruch beim Ausgang des zweiten Weltkrieges noch gesteigert der Fall. Als arbeitsfreudiges Volk im Herzen Europas hatte Deutschland einen Anteil am Welthandel

12,6 % im Jahre 1900,
13,0 % im Jahre 1913,
9,5 % im Jahre 1929,
8,7 % im Jahre 1937,

während in der gleichen Zeitspanne der Anteil Europas am Welthandel eine Verminderung von 65,9 auf 52,2 % und jener z. B. Nordamerikas eine Zunahme von 11,5 % bis auf 14 % zu verzeichnen hatte.

Es ist der Initiative einer Reihe deutscher Reeder, einsichtsvoller Wirtschaftskreise und nicht zuletzt anzuerkennender Unterstützung durch die zuständigen Regierungsstellen zu verdanken, daß die deutsche Seeschifffahrt nach Lockerung der insbesondere ihr auferlegten, bis zum Verbot von Aufbau und Betätigung reichenden alliierten Bestimmungen heute wieder einen bescheidenen Anfang in der Teilnahme am Verkehr auf den Meeren aufweisen kann.

Mit einer Überseetonnage von

gegenwärtig ca. 0,68 Mill. BRT = rd. 0,8 % der Welttonnage (84,6 Mill. BRT)

gegenüber

1914	ca. 5,1 Mill. BRT = rd. 10,1 % der Welttonnage — an 2. Stelle — (46,0 Mill. BRT)
1921	ca. 0,72 Mill. BRT = rd. 1,2 % der Welttonnage — an 11. Stelle — (60,0 Mill. BRT)
1929 und später	ca. 4,0 Mill. BRT = rd. 6,0 % der Welttonnage — an 4. Stelle — (65,0 Mill. BRT)

bemüht sich die deutsche Handelsflotte, erneut einen bescheidenen Anteil am Seeverkehr zurückzuholen, in der wohl berechtigten Hoffnung einer allmählichen Ausweitung des Anteils in Anpassung an die nun einmal nicht wegzuleugnende oder wegzudenkende zentraleuropäische geographische Lage unseres Landes mit seinem erheblichen Verbrauch an Bodenprodukten und Industrieerzeugnissen der Welt und mit der allmählich wieder anlaufenden Mitbelieferung anderer Völker der Erde in Erzeugnissen aller Art. Bei der Einfuhr von Getreide, Zucker, Früchten, Rohstoffen aller Art, insbesondere Erzen, und bei der reichlich umstrittenen Zufuhr überseeischer Kohle für das an sich ausreichend kohlenreiche Gebiet der Bundesrepublik konnte die deutsche Handelstonnage allmählich wieder eingeschaltet werden. Durch diese durchweg in der Trampfahrt aufgenommene Betätigung deutscher Reeder werden schon heute der deutschen Wirtschaft sehr erhebliche Aufwendungen an Frachten, sonst zahlbar in Devisen an fremde Flaggen, zu anderweitiger Verwendung erspart, und wenn man bedenkt, daß durch die vielen Spannungen in der Welt, durch Korea und leider starke, wenn auch wirtschaftlich weitgehend unvernünftige Kohlentransporte die Seefrachten oft fast höher liegen als der eigentliche Wert der gefahrenen Güter, vermag jeder zu erkennen, welch unvorstellbar großer Wert der eigenen Handelsflotte zukommt; sie kann und soll bei ausreichender Größe regulativ sein im Streben nach notwendigem stabileren Frachtenmarkt, zur Erleichterung des Im- und Exports der deutschen Wirtschaft, zur Abwendung unzumutbarer Risiken in der Seefracht und zur Verhinderung bzw. leider noch notwendigen Beseitigung von Nachteilen, die durch Sondermaßnahmen seitens der ausländischen Tonnage zuungunsten der deutschen Häfen leicht eintreten können.

Zur Illustration der Entwicklung des Seefrachtenmarktes sei hier erwähnt, daß nach vorliegenden Ver-

öffentlichungen selbst unter Zugrundelegung des schon 1948 gegenüber der Vorkriegszeit erhöhten Seefrachtenniveaus mit einem Index = 100 der Seefrachtenmarkt im Mai 1950 im gewogenen Durchschnitt auf eine Indexziffer von 71,5 gesunken war, aber im Mai 1951, in Auswirkung der vorerwähnten Geschehnisse, einen Index von 204, auf 1948 bezogen, erreicht hat.

Wenn die ausländische Tonnage, sei es auf Grund von unter sich gefaßten Beschlüssen, in diesen und jenen Relationen der Welt das Anlaufen deutscher Häfen durch besondere Rangezuschläge beim Import oder — wie geschehen — durch Sondergebühren unter der Bezeichnung „Einladespesen“ beim Export erschwert, so trifft das nicht nur die deutschen Häfen allein, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft, und wenn bei dem allgemein herrschenden Mangel an Seetonnage die ausländische Schifffahrt, wenn auch erst wieder zum Teil, die deutschen Häfen zwar anlauft, sie aber bei der Raumverteilung etwa ungenügend berücksichtigt, so sind auch das Maßnahmen, die der deutschen Einschaltung in den Welthandel wenig dienlich sind. Wenn in dem Handelsvertrag zwischen der Bundesrepublik und einem in der Seeschifffahrt recht beachtlichen Nachbarland der Passus Aufnahme gefunden hat:

Die beiden vertragschließenden Teile sind sich darüber einig, sich in bezug auf Seeschifffahrt jeder diskriminierenden Handlungsweise zu enthalten und im besonderen jede Behinderung der Teilnahme der Schifffahrt beider Flaggen am normalen Wettbewerb auf diesem Gebiet zu vermeiden,

sollte erwartet werden dürfen, daß die gerade von der Schifffahrt dieses Nachbarlandes stark unterstützte Schlechterstellung der deutschen Häfen in dieser oder jener Verkehrsbeziehung der Welt bald ihr Ende findet. Schon allein aus solchen Beobachtungen ergibt sich mit zwingen-

DER HÜTTENMANN

*Wir sind ein Rad im Räderwerk,
Ein Rad bin ich wie du.
Und wo es rollt und wo es schwingt,
Klingt unser Lied dazu.*

*Der Dampfzug trägt's von Land zu Land,
Daß jede Brücke dröhnt,
Wenn auf der Schiene Silberband
Das Räderrollen tönt.*

*Im Erz, das scheiden wir vom Stein
In tiefer Ofenglut.
Schwingt unser Lied, füllt Stahl die Form
In glühend roter Flut.*

*Und formen wir beim Funkensprung
Den Stahl im Arbeitstag,
Klingt hell das Lied bei Schlag und Schwung
In jedem Hammerschlag.*

*Das Lied ist auf der ganzen Welt
Im Stahl der Klang und Ton —
Und uns als Pflicht im Tag gestellt
Wie Orgelspiel im Dom.*

*Und wo im Stahl das Lied erklingt
Im Werke unsrer Zeit,
Ist es die Zukunft, die uns bringt
Im Stahl „Gemeinsamkeit!“*

Friedrich Kohlhasse

der Logik die Notwendigkeit des beschleunigten Wiederaufbaues einer ausreichenden deutschen Handelsflotte und ihre erst dann wieder mögliche und mitbestimmende Mitgliedschaft innerhalb der verschiedenen internationalen Schifffahrtskonferenzen.

Wir brauchen eine ausreichende deutsche Betätigung in der internationalen Linienschifffahrt als wesentliches Fundament für den deutschen Außenhandel. Wenn es auch im Verlaufe der Zeit rührigen Stellen gelungen ist, die ausländische Linienschifffahrt mehr und mehr auch wieder für die deutschen Häfen, insbesondere Bremen und Hamburg, zu interessieren und die frachtliche Gleichstellung der kontinentalen Nordseehäfen innerhalb der Konferenzen im allgemeinen wieder sicherzustellen, so ändert dies an dem Ruf nach ausreichender deutscher Tonnage innerhalb der Konferenz-Linien-Schifffahrt durchaus nichts. Die Wiedereinschaltung der deutschen Schifffahrt in die Konferenz-Linien nach USA (Ost- und Westküste), Golfhäfen, Westindien, Kuba/Mexiko, West- und Ostküste von Südamerika, nach Afrika, Australien, Levante, Vorderasien und auch Ostasien sind berechtigte Ziele der deutschen Reeder, die von der gesamten deutschen Wirtschaft Unterstützung verdienen. Und wenn die deutsche Industrie und die Exporteure sich befeßigen könnten, ihre Exportverkäufe weitestmöglich auf cif-Basis abzustellen, so wäre das eine nicht unwesentliche Hilfe und damit Unterstützung des Aufbaues der deutschen Handelsflotte.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß dies hier oder dort eine Änderung bisher oft bequemer, vielleicht aber auch aus Furcht vor Verantwortung (aus einer Zeitspanne gelenkter Wirtschaft) eingebürgerter Gepflogenheiten bedingt, aber der deutsche Exporteur hat sich m. E. — wo erforderlich — umzustellen, nicht nur in Wahrung allgemein deutscher Belange, sondern zur Erleichterung seiner eigenen Geschäftsabschlüsse und, was sehr wichtig erscheint, zur notwendigen Sicherung eines ausreichend geschulten Nach-

wuchses an Fachkräften auf den so vielseitigen Gebieten des Außenhandels.

Solche Umstellungen, gepaart mit einer die deutsche Seeschifffahrt und auch die deutschen Häfen unterstützenden, aus allgemein wirtschaftlichen Gründen zweckmäßigen und vertretbaren frachtariflichen Unterstützung des Exports über die deutschen Häfen sollten als eigene deutsche Angelegenheiten betrachtet und verwirklicht werden. Ich bin weit davon entfernt, hier etwa solchen Maßnahmen das Wort zu reden, die auf ein künstliches Abziehen von Ladungsgut, das nach geographischer Lage der Empfangs- oder Verladeplätze verkehrsmäßig den Häfen benachbarter Länder gehört, hinielen. Aber es ist ein gutes Recht der deutschen Seite, sich dagegen zu wehren, daß auf den Export angewiesene Industrien, gleich welcher Art, etwa angereizt werden sollen, in solche Gebiete zu verlagern, die als natürliches Hinterland befreundeter Auslandshäfen anzusprechen sind. Industrien, die auf Grund jahrzehntelanger stabiler Tariflage der Verkehrsträger ihren Standort gewählt haben, kann man nicht durch Verhinderung frachtariflicher Erfordernisse von der Teilnahme am Welthandel ausschließen, nur um etwa den Wünschen des Auslandes oder teils auch deutscher Interessengruppen in bezug auf die Verkehrsströme zu entsprechen. Das liefe dann auf eine echte Diskriminierung der mehr innerdeutschen Wirtschaft hinaus.

Die hier aufgezeichneten Gedankengänge zum Nutzen deutscher Gesamtinteressen und insonderheit auch der deutschen Seeschifffahrt werden auch dann ihre Berechtigung behalten, wenn die an sich erstrebenswerte wirtschaftliche Vereinigung Europas verwirklicht wird. Auch dann wird Deutschland immer noch ein Stück Herz dieses größeren einheitlichen Wirtschaftsgebietes sein, mit den dann ebenso notwendigen Seehäfen und mit dort ansässiger eigener Seetonnage, die in Gemeinschaft mit allen anderen Handelsflotten der Welt Diener der Gesamtwirtschaft und Förderer von Wohlstand der Menschheit ist.

Etwas vom Verkauf

Die Hauptaufgabe des Verkaufes ist, die innerhalb unserer Hütte erzeugten Produkte abzusetzen und in Geld umzusetzen. Der Verkauf bringt somit die Mittel auf, die zur Führung, Aufrechterhaltung und für den Ausbau des Unternehmens sowie zur Bestreitung der sozialen Aufgaben notwendig sind. Man kann daher mit Recht sagen, daß der Verkauf eine der wichtigsten Abteilungen ist. Zu normalen Zeiten bestimmt diese Abteilung — der Motor des Unternehmens — das Ausmaß der Erzeugung. Der Verkauf ist es auch, der am Erfolg eines Unternehmens maßgeblich beteiligt ist.

Die Arbeit dieser Abteilung beschränkt sich jedoch nicht allein auf den Absatz. Auch bei der monatlichen Planung — Verteilung des Rohstahls — schaltet sich der Verkauf ein und versucht, die Belange der einzelnen Betriebsabteilungen mit den Wünschen der Kundschaft unter Berücksichtigung des Erfolges auf einen Nenner zu bringen. Auf dieser Grundlage baut sich dann das Fertigungsprogramm auf. Darüber hinaus spricht der Verkauf ein Wort mit bei der Weiterentwicklung der Hütte, indem gewinnbringende Erzeugnisse in der Herstellung und beim Absatz forciert werden. Es ist Sache des Verkaufsleiters, dem Vorstand entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Während die einzelnen Verkaufsabteilungen von je einem Bevollmächtigten geleitet werden, sind dem Verkaufsleiter die Abteilung Statistik, Vertreterwesen und Werbung direkt unterstellt. Sie geben in bezug auf die Absatzwirtschaft aufschlußreiches Zahlenmaterial und Informationen und beeinflussen den Umsatz erheblich. Weitere Einrichtungen, wie das Auskunftswesen, die Kundenkartei usw., tragen dazu bei, die Firma weitestgehend vor Ausfällen zu schützen bzw. bei eintretender Knappheit unsere Abnehmer gerecht, das heißt im Rahmen ihrer früheren Bezüge, zu beliefern. Wie das Geschäft von einer geschickt geleiteten Werbung beeinflusst werden kann, hat kürzlich der Absatz von Schmiedestücken auf dem holländischen Markt bewiesen. Eine systematisch durchgeführte Werbung in Verbindung mit dem Einsatz des holländischen Vertreters und eines eigens für diesen Zweck angestellten Fachmannes von der Hauptverwaltung brachten uns einen Erfolg, der unsere Erwartungen weit übertraf.

Daß auch der Verkauf in der schwierigen Zeit vor der Korea-Krise seinen Mann gestanden hat, haben wir erlebt. Da konnte man so recht ermaßen, was ein persönlicher Kontakt zur Kundschaft bedeutet und wie wichtig es ist,

das Vertrauen und die Gunst der Abnehmer zu besitzen. Alle Vertretungen und Gruppenleiter waren neben dem Verkaufsleiter „auf der Achse“, um das Schlimmste, nämlich einen Teil der Belegschaft entlassen zu müssen, zu verhüten. Der Einsatz war nicht umsonst.

Nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea traten andere Schwierigkeiten auf, z. B. Verknappung der Rohstoffe. Und wieder ist es der Verkauf, der als Lotse das Unternehmen durch die Klippen steuert, indem Auswege wie Kohle-Eisen-Geschäfte aufgezo-gen werden. Es ist daher verständlich, wenn in dieser Angelegenheit der Verkauf federführend ist, obwohl teilweise Einkaufsangelegenheiten hiermit verbunden sind. Daß solche Geschäfte immer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes abgeschlossen und geführt werden, ohne die Notlage des anderen auszunutzen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Weil der Verkauf weiß, welche wichtige und große Aufgabe ihm im Rahmen des Ganzen gestellt ist, legt er besonderen Wert auf die Ausbildung des Nachwuchses. So werden z. B. von Zeit zu Zeit in Verbindung mit der Personalabteilung vorwiegend jüngere Kräfte in den Außendienst beordert, damit sie unter Anleitung bewährter Vertreter und Geschäftsstellenleiter ihr Wissen bereichern können und das nötige Gefühl für Verhandlungen und Marktbeobachtung sowie -beurteilung bekommen.

Die Struktur unserer Verkaufsabteilung ist ähnlich der der anderen Hüttenwerke. Jede Gruppe hat ein besonderes Arbeitsgebiet.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die einzelnen Abteilungen und der ihnen zugeteilten Erzeugnisse:

Abteilung	Erzeugnis
Verkauf	
Walzstahl	Halbzeug, Oberbau, Formstahl, Stabeisen, Walzdraht
Handelsbleche	Breitband, Grob-, Mittel- und Handelsfeinbleche
Qualitätsbleche	Qualitäts-, Feinbleche, Spezialfeinbleche, Weißbleche und Kaltband
Schmiedestücke	geschmiedete Stäbe, Freiformschmiedestücke, Grubenausbau
Drahterzeugnisse	Erzeugnisse der Drahtverfeinerung
Nebenerzeugnisse	Zement, Thomasmehl, Schlacken, Kalk, andere Nebenerzeugnisse
Spundwandeisen	Spundwandeisen und -zubehör

Und was ist Ihr Wunsch?

Das Bielefelder EMNID-Institut für Meinungsforschung führte interessante Befragungen durch:

„Was halten Sie für das wichtigste öffentliche Ereignis des vergangenen Jahres?“

Zwei Drittel der Befragten sahen in der Außenpolitik die wichtigsten Ereignisse. 19 Prozent nannten Schumanplan und Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung. An zweiter Stelle kommen mit 18 Prozent die außenpolitischen Erfolge des Bundeskanzlers Dr. Adenauer, wobei auf seine Besuche in Paris, London und Rom hingewiesen wurde. Mit 11 Prozent folgte der Korea-Krieg, mit je 7 Prozent der Wahlsieg Churchills, die Naturkatastrophe in Italien und der englische Konflikt mit Persien und Ägypten. Je 4 Prozent nannten die Verhandlungen über gesamtdeutsche Wahlen und die Bildung des Südweststaates und je 2 Prozent sonstige politische und religiöse Ereignisse, z. B. Kirchentag in Berlin, katholische Zusammenkünfte usw., als das Wichtigste.

Der Rest verteilte sich auf sportliche, wirtschaftliche und sozialpolitische Ereignisse.

„Was ist Ihr größter Wunsch für das neue Jahr?“

Die Antworten geben ein deutliches Bild der gegenwärtigen Nöte. An der Spitze steht mit 16 Prozent der Wunsch nach Frieden, an zweiter Stelle mit 14 Prozent der Wunsch nach Gesundheit. 8 Prozent wünschen sich eine bessere Wohnung, je 7 Prozent eine Erhöhung des Lebensstandards und eine feste Anstellung, 6 Prozent eine bessere Existenz, je 5 Prozent eine Gehaltserhöhung und einen Totogewinn, je 3 Prozent die Heimkehr der Kriegsgefangenen, niedrigere Preise, harmonische Ehe und Rückkehr in die Heimat, je 2 Prozent die Wiedervereinigung Deutschlands, Glück und Zufriedenheit, Erhöhung der Renten. Bei je 1 Prozent war der größte Wunsch die Vereinigung Europas, eine gute Ernte, eine schöne Reise und der Lastenausgleich. 10 Prozent äußerten persönliche Wünsche.

Alter Hammer in Dreis-Tiefenbach

Es ist nicht nur für den Techniker interessant, in der alten Geschichte industrieller Gebiete zu blättern. Zudem verbinden uns als Werk z. B. mit dem Siegerlande alte und feste Bande. Es klingt erstaunlich, daß bereits im Jahre 1444 in der Dillenburg-Siegenschen Renterechnung 29 Hütten aufgeführt werden, die aber jedenfalls zum größten Teil sogenannte Rennwerke oder Rennfeuer waren. Im Jahre 1504 wird „Die Hütte zu Birlenbach“ in der Renterechnung als „hoher Offen“ erwähnt. Sie ist somit noch ein Wahrzeichen aus Zeiten, wo der Siegensche Bergwerks- und Hüttenbetrieb in Deutschland an erster Stelle stand, also eines der ältesten und markantesten Wahrzeichen der Siegerländer Hochofenindustrie. Auch das heutige Werk Achenbach Söhne, Buschhütten, liegt an der Stelle, wo schon vor 500 Jahren das Buschhütter Hütten- und Hammerwerk die

Wasserkraft der Ferndorf verwendet hat; nach einer Urkunde vom 31. Januar 1452 wurde vom Grafen Johann zu Nassau die Anlage einer neuen Hütte „zur Hube neben Langenau“ gestattet und diese von allen Abgaben befreit. In der Gemarkung Weidenau bestanden im 15. Jahrhundert fünf Hütten, von denen das heutige Hammerwerk Boschgotthardshütte urkundlich schon im Jahre 1467 in Betrieb gewesen ist. Aus dem Rentebuch des Kreises ist u. a. zu ersehen, daß das alte Hütten- und Hammerschmiedeschlecht der Fick von der Fickenhütte, die 1417 zum erstenmal erwähnt wird und im heutigen Weidenau lag, bereits 1480 acht Blas- und Hammerhüttenwerke besaß. Unser Bild zeigt das alte Hammerwerk in Dreis-Tiefenbach, das im Jahre 1720 errichtet wurde.



ALTER EISENHAMMER BEI DREIS-TIEFENBACH IM SIEGERLAND-WESTF

Querschnitt durch die D-Mark-Umstellung

Wie in einer aktuellen Betrachtung der „Hansa-Bank“ in Hamburg über das Börsenjahr 1951 festgestellt wird, haben von den 624 Aktiengesellschaften, deren Werte an den west-deutschen Börsen gehandelt werden, 554 die D-Mark-Umstellung bereits durchgeführt. Bei den übrigen 70 Unternehmungen handelt es sich um die noch der Besatzungskontrolle unterliegenden Kohle- und Eisengesellschaften, um die Banken und Versicherungen sowie um West-Berliner Gesellschaften mit einem Reichsmark-Kapital von insgesamt 3,75 Milliarden RM. Hinzu kommen ferner die 1,36 Milliarden RM-Aktien der IG Farbenindustrie A.-G. Der Stückzahl nach haben 281 oder 50,7% der bisher umgestellten Börsengesellschaften ihr Kapital unverändert von Reichsmark auf D-Mark übernommen. 215 Gesellschaften oder 38,8% der Gesamtzahl haben ihr Kapital ermäßigen müssen, während nur 58 Unternehmungen oder 10,5% aufgestockt haben. Der Anteil der 1:1-Umstellung dürfte allerdings noch unter 50% sinken, da bei den Banken ausnahmslos Kapitalherabsetzungen erfolgen werden. Insgesamt gesehen ist das DM-Kapital der 554 Gesellschaften, das eine Höhe von 5,28 Milliarden RM hat, geringer als das ursprüngliche Reichsmark-Kapital von 6,96 Milliarden Reichsmark. Die drei Möglichkeiten — gleichbleibendens Kapital, Aufstockung oder Herabsetzung — sind bei den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich gehandhabt worden. Die Herabsetzungen beschränken sich im wesentlichen auf Werte der Maschinen- und Metallindustrie und der Textilindustrie. Die meisten Kapitalherabsetzungen verzeichnet das Braugewerbe. Ähnlich ungünstig ist die Umstellung der 13 Baugesellschaften. Die nachstehende, nach Branchen geordnete Tabelle gibt eine Übersicht über das Umstellungsverhältnis von 554 Gesellschaften.

Branchen	Gesamt- zahl	herab- erhöht	gesetzt	1:1	von Mill. RM	auf Mill. DM
Kohle, Eisen, Hütten	6	4	1	1	301	269
Kali und Salze	7	—	4	3	258	188
Maschinen u. Metall	118	15	30	73	1325	978
elektr. Kabel, Feinmech.	18	2	7	9	960	597
Chemie	24	1	9	14	362	265
Holz, Zellst., Papier	23	4	6	13	157	132
Gummi-Industrie	5	1	—	4	108	111
Baugesellschaften	13	—	11	2	109	50
Baustoffe	52	5	17	30	299	257
Leder-Industrie	10	—	6	4	100	61
Textil-Industrie	65	22	11	32	585	544
Nahrungs- u. Genußm.	122	—	76	46	692	470
Versorgungs-Industrie	29	1	7	21	1116	900
Verkehrswesen	34	3	16	15	360	296
Kaufhäuser	5	—	2	3	121	104
Banken	6	—	6	—	47	18
Verschiedenes	17	—	6	11	60	41
	554	58	215	281	6960	5281

Nach der „Welt der Arbeit“ veröffentlicht die Rheinisch-Westfälische Börse in einer Betrachtung über das abgelaufene Börsenjahr eine interessante Statistik. Sie stellte ein Aktienpaket zusammen, dessen Kaufwert — auf der Grundlage von 1938 einschließlich später entstandener Nebenkosten — 50 576,50 DM betrug. Ende November 1951 stellte sich der Wert der gleichen Aktien zusammen auf 54 896 DM. Es gab Zeiten, da das Kapital noch immer von einem Endsieg träumte: Ende 1944 bewertete die Börse die gleichen Aktien mit 74 111 RM, um später bei der Stabilisierung noch ganze 11 233,50 DM als Wert anzusetzen. Wer damals, also 1948, gewagt hätte, anzunehmen, daß sich die Aktienkurse in kurzer Zeit verfünffachen und ihr Gesamt-

wert heute größer sein würde als in dem Jahre der Hochkonjunktur 1938, der wäre selbst bei Optimisten größtem Zweifel begegnet, meint die Bank.

Gute Laune — 12 Prozent mehr

Es ist nicht uninteressant, über die Grundsätze des amerikanischen TWI-Programms (training within industry) folgendes zu erfahren:

„Bei guter Laune geht die Arbeit flotter von der Hand. Es ist also keine überraschende Neuigkeit für Europa, wenn die Marshallplanverwaltung unter ihren Förderungsmaßnahmen für die europäische Wirtschaft neben blanken Dollars auch die Psycho-Hygiene im Betrieb und die Betriebs-

Wir danken

allen Leserinnen und Lesern unseres Mitteilungsblattes für das rege und auch im vergangenen Jahre bewiesene große Interesse, das Sie unserer Zeitschrift entgegenbringen.

Wir wollen

uns auch in diesem Jahre bemühen, unser Blatt möglichst lehrreich und interessant zu gestalten, um das verbindende Band zwischen Ihnen und uns, zwischen Werk und Belegschaft und Familie und Öffentlichkeit, möglichst eng zu knüpfen — wobei wir uns immer in der großen Gemeinschaft sehen: Werk, Wirtschaft, Volk, Nation, Europa, Welt.

Sie können uns helfen,

indem Sie uns Ihre Meinung zu den betrieblichen und persönlichen Ereignissen mitteilen oder uns Hinweise geben, zu welchen Fragen wir Stellung nehmen sollen. Wir sind immer für jede Anregung dankbar. So wünschen wir uns für das neue Jahr:

eine weitere gute Zusammenarbeit!

Die Redaktion

psychologie bringt . . . Daß es sich dabei nicht um akademisch-abstrakte Worte handelt, hat eine Nachprüfung in einem Textilbetrieb des Ruhr-Reviers erwiesen, die eine Leistungssteigerung der Belegschaft durch planmäßige Pflege guter Stimmung um 12% ergab. Für die „Ausräumung der seelischen Verlustquellen“ sind einige fundamentale Lehrsätze gepredigt worden. Über diese Lehrsätze mag ein souveräner Taktiker der Menschenbehandlung lächeln, bei der großen Masse der weniger Souveränen geht es aber nicht ohne solche Stützen. So predigen die Betriebspsychologen nach amerikanischem Muster zum Beispiel: Man soll Leistungen anerkennen, um das Selbstbewußtsein zu heben. Man soll den Tadelnswerten nicht vor anderen tadeln, und man soll jeden einzelnen Angehörigen eines Betriebes individuell behandeln. Die Pflege des rechten Tones ist um so angebrachter, als die Hast der Zeit die Menschen immer neurotischer macht. Der eine Vorgesetzte findet ihn spielend. Er weiß mit einem Scherzwort auch schwierige Situationen zu überbrücken. Der andere ist unbeholfener und muß es wie ein Kapitel Schulaufgaben lernen, daß ein kategorisches „Machen Sie das!“ den Arbeiter zu einer Maschine stempelt.“

ERNST JUNGER:

Unmerklich hat die Erscheinung des Enterbten, des Proletariers, andere Züge angenommen; die Welt ist von neuen Leidensfiguren erfüllt. Das sind die Vertriebenen, die Geächteten, die Geschändeten, die ihrer Heimat und Scholle Beraubten, die ungezählten Millionen, die brutal in den untersten Abgrund gestoßen sind. Hier sind die Katakomben von heute; sie werden nicht dadurch geöffnet, daß man die Enterbten hin und wieder abstimmen läßt, auf welche Weise ihr Elend durch die Bürokratie verwaltet werden soll.

Jeder Bewegung, die sich auf die Enterbten stützt, wohnt große Stoßkraft inne; zugleich ist zu befürchten, daß sie nur zu einer anderen Verteilung des Unrechts führt. Das würde die Schraube ohne Ende sein. Dem Bann der reinen Gewalttat wird nur entrinnen, wer ethisch im Bau der Welt ein neues Stockwerk gewinnt.

EISEN- UND STAHLINDUSTRIE

Betriebsaufnahme im Hochofenwerk Charlottenhütte

Das Hochofenwerk der zur „Hüttenwerke Siegerland AG“ gehörenden Charlottenhütte in Niederschelden/Sieg wird wahrscheinlich in Kürze durch Anblasen eines ersten Hochofens wieder in Betrieb genommen werden. Die Monatskapazität des Hochofens beträgt 5000 t Roheisen.

August-Thyssen-Hütte nimmt zweiten SM-Ofen in Betrieb

Die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn wird einen zweiten Siemens-Martin-Ofen in Betrieb nehmen. Das SM-Stahlwerk, das gegenwärtig mit nur einem Ofen arbeitet, wird dann monatlich 10 000 t Stahl produzieren. Der von den Alliierten genehmigte dritte Hochofen soll im März d. J. angeblasen werden. Damit wird die von den Alliierten genehmigte erste Wiederaufbaustufe abgeschlossen.

19 Millionen Tonnen Rohstahl jährlich als Verteidigungsbeitrag

Der Leiter des weltwirtschaftlichen Instituts in Kiel, Professor Baade, teilte mit, daß der Bundeswirtschaftsminister vor dem Schuman-Plan-Ausschuß des Bundestages den Plan einer künftigen deutschen Rohstahlerzeugung von 19 Millionen Jahrestonnen entwickelt habe, über den bereits in Paris als deutscher Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt verhandelt worden wäre.

100 Jahre Bochumer Stahlglocken

Am 16. Dezember 1852 reichte der Erfinder des Stahlformgusses und Begründer des Bochumer Vereins, Jacob Mayer, dem Preußischen Handelsministerium ein Patentgesuch über die „Herstellung von Glocken aus Gußstahl“ ein, das vom Ministerium abgelehnt wurde. Auch ein zweites Gesuch vom Jahre 1852 mit ausführlicher Beschreibung des Verfahrens wurde abgelehnt. Mayer goß trotzdem weiter. Er zeigte eine Anzahl Gußstahlglocken, die sich schon bewährt hatten, auf der Düsseldorfer Gewerbeausstellung des Jahres 1852. Entscheidend für den Stahlformguß aber war die Pariser Weltausstellung 1855. Mayer hatte 3 große Turmglocken aus Gußstahl, die an Größe alle in der Ausstellung vorhandenen Bronzeglocken übertrafen, sowie einige kleinere Glocken ausgestellt. Laut amtlichem Ausstellungsbericht waren sie großen Anfechtungen ausgesetzt. Auch Alfred Krupp, der Verfechter des Reckens und Schmiedens von Stahl, war unter den Gegnern und erklärte die Bochumer Glocken als Glocken aus Gußeisen, er wollte die Schmiedbarkeit des Glockenstahls erwiesen sehen. Mayer zerschlug darauf mit eigener Hand eine der Glocken, und siehe da, die Bruchstücke der Glocke konnte man mit Leichtigkeit schmieden. Mayer hatte gesiegt und wurde mit der Goldenen Medaille und dem Ritterkreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Der Bochumer Verein fertigt seine Glocken in einer Abteilung der Stahlgießerei. Die Bochumer Glockengießer bilden aus einer hundertjährigen Erfahrung Glocken und Glöckenschmuck in jeder gewünschten Form nach künstlerischen Vorlagen. Doch vor der äußeren Gestaltung steht der Klang der Glocke, die Wirkung ihrer Stimme als Musikinstrument. Um den Glockenklang und den Schlagton, für den man bisher keine Erklärung gefunden hat, hat sich eine Wissenschaft gebildet. Und so arbeitet der Bochumer Verein mit der Akustischen Abteilung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig, um mit den Mitteln der wissenschaftlichen Forschung die Grundlage des Glockenklangs von Stufe zu Stufe zu klären.

Herstellung von Eisenschwamm nach dem Wiberg-Söderfors-Verfahren

Die ständige Erhöhung der Preise für Holzkohle hat dazu geführt, daß die schwedische Eisenindustrie, die seit Jahrhunderten fast ausschließlich von Holzkohlerohreisen ausging, in stärkerem Maße Koksrohreisen verarbeitete. Gleichzeitig zeigte sich für die Herstellung hochwertiger Stähle ein gesteigertes Interesse für Eisenschwamm nach dem Wiberg-Söderfors-Verfahren. Dieses von Professor Wiberg erfundene Verfahren wurde in den 30er Jahren in industriellem Umfang entwickelt, und seit 1941 erzeugt diese Anlage in regelmäßigem Betrieb jährlich 10 000 Tonnen. Von Anfang an wurde zur Herstellung des schwefelfreien Reduktionsgases Holzkohle vergast. Nunmehr ersetzt man die teure Holzkohle durch Koks, dessen Reduktionsgas, um es von Schwefel zu reinigen, durch einen mit Dolomit

gefüllten Schacht geführt wird. Hierbei wird 98 % des Schwefels durch Kalk und Magnesia des Dolomits absorbiert. Der verbleibende, vom Koksgas herrührende Schwefel erhöht den Schwefelgehalt des Eisenschwamms nur um etwa 0,002 %. — Als Rohstoff für die Herstellung von Eisenschwamm wird in Söderfors Sinter aus Magnetit-Schlich mit 62 % Fe genommen, während bei höheren Eisengehalten in der Regel Schwierigkeiten durch mechanischen Zerfall des Sinters auftreten. Je Tonne Eisenschwamm mit 90 % Gesamt-Fe und 90 % Reduktionsgrad braucht man etwa 225 kg Koks für das Reduktionsgas, 1100 kWh elektrische Energie, 70 kg Rohdolomit und 1 kg Elektroden. In den Stahlwerksbetrieben hat sich gezeigt, daß Eisenschwamm ein ausgezeichneter, reiner Ausgangsstoff für die Herstellung von Elektrostahl ist und auch im sauren Martinofen zusammen mit Roheisen und Schrott vorteilhafte Anwendung finden kann. Bei vier Qualitätsstahlwerken in Schweden werden z. Z. Eisenschwammwerke errichtet bzw. geplant, deren Erzeugung sich insgesamt auf 120 000 Tonnen Eisenschwamm im Jahr stellen soll.

Produktion der österreichischen Alpen Montan-Gesellschaft

Die Konzernbetriebe haben die Eisenerzförderung auf 2 750 000 t Roherz im Jahre 1951 gebracht (1950: rd. 1 852 000 t). Es standen 3 Hochöfen in Betrieb. Die Produktion von Walzerzeugnissen belief sich auf 412 000 t (1950: 387 500 t). Von der Rohstahlerzeugung von 530 000 t entfielen 87 000 t auf Elektrostahl. Der Export der Edelstahlwerke der Alpen Montan-Gesellschaft war sehr groß. So exportierten z. B. die Steirischen Gußstahlwerke in Judenburg (Styra Stahl) etwa 60 % ihrer Erzeugung.

Produktion und Auslieferung der Saar-Hütten

Die saarländischen Hütten lieferten im November 1951 6500 t ihrer Erzeugnisse in das Bundesgebiet (Oktober 2500 t). An saarländische Abnehmer wurden 66 000 t (77 000 t), nach Frankreich 77 000 t (95 000 t) und in das übrige Ausland 28 000 t (37 000 t) geliefert. Die Erzeugungszahlen für November lauten: Roheisen 204 000 t (214 000 t), Rohstahl 221 000 t (238 000 t), Thomasstahl 167 000 t (178 000 t), Martinstahl 50 000 t (55 000 t), Elektrostahl 4000 t (5000 t), Walzwerksprodukte 148 000 t (161 000 t).

Luxemburgs Eisen- und Stahlgewinnung

Die luxemburgischen Hüttenwerke mit 26 Hochöfen (von 32) unter Feuer produzierten im November 1951: 265 000 t Roheisen, 247 000 t Rohstahl. Die Zahl der in der luxemburgischen Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter betrug im November 18 497. Die luxemburgische Erzförderung betrug im Jahre 1951 etwa 5,5 Mill. t gegen 3,8 Mill. t 1950. Die Minette-Ausfuhr nach Belgien und der Bundesrepublik hat erheblich zugenommen.

Britische Stahlgewinnung 1951 etwa 15,75 Mill. tons

Der britische Versorgungsminister schätzte die britische Stahlgewinnung für 1951 auf rd. 15,75 Mill. tons und für das Jahr 1952, unter der Voraussetzung, daß die derzeitigen Aussichten in der Rohstoffversorgung Wirklichkeit werden, auf insgesamt 15,75 bis 16,00 Mill. tons. Der Versorgungsminister hofft, die derzeitige Fehlmenge an Fertigstahl von rd. 1,5 Mill. tons im Laufe des Jahres 1952 durch Steigerung der Stahlgewinnung und Erhöhung der Stahleinfuhr auf 1,0 Mill. tons senken zu können. Nichtsdestoweniger bleibt nach wie vor noch eine akute Stahlknappheit bestehen, und größere Stahlverbraucher sehen sich nach zusätzlichen Stahlmengen im Ausland um. So sollen schottische Schiffswerften sich um Stahlblechliefereien aus Japan bemühen. Zur Zeit arbeiten in Großbritannien insgesamt 101 Hochöfen.

Kampf gegen den Schrottmangel in USA

Die National Production Authority ordnete an, daß die Besitzer von sogenannten „Autofriedhöfen“ alle vor 1946 gebauten Automobile sowie unbrauchbare Autos und Autoteile bis zum 1. März 1952 an Stahlwerke oder Schrotthändler zu verkaufen haben, wenn sie nicht die Lizenz zur Fortführung ihres Betriebes verlieren wollen. Man erhofft auf Grund dieser Verfügung während der Wintermonate eine Gewinnung von 2 Mill. t Schrott. Nach amtlicher Schätzung machen die vor 1946 gebauten Autos rund vier Millionen von den in Autofriedhöfen befindlichen sieben Millionen Autos aus. Man erwartet aus der Maßnahme auch einen erheblichen Anfall an dem so notwendigen Kupferschrott und Bleischrott.

Blick IN DIE PRESSE

Zwiespältigkeit in der Ruhrpolitik

Inmitten einer Welt, in der großer Mangel an Stahl herrscht, liegt an der Ruhr, dem größten Industriezentrum Europas, ein beträchtliches Potential für die Stahlerzeugung ungenutzt. Dies beweist, daß die rechte Hand des alliierten Rüstungs-Kommandos nicht weiß, was die linke tut. Seit mehr als einem Jahr durchkämmen die Rüstungsplaner der Atlantikpaktstaaten Europa von einem Ende zum anderen. Immer wieder fordern sie: mehr produzieren, mehr produzieren! Doch hier in Deutschland stoßen die Alliierten geradezu mit der Nase auf deutsche Angebote, die Produktion auszuweiten und den für die westeuropäische Rüstung so dringend benötigten Stahl zu liefern. Die Erklärung für dieses Paradoxon ist selbst paradox. Nach dem Buchstaben genau werden die in der Straßara nach dem Kriege verfügbaren Restriktionen eingehalten, obwohl heute die Bonner Regierung als „gleichberechtigter Partner“ in die anti-sowjetische Aufrüstung eingeschaltet werden soll.

(Wall Street Journal)

Große Dummheit

Die Aufrechterhaltung der Produktionsbeschränkungen für die Thyssenhütte und die ehemaligen Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter bezeichnet die britische Zeitung „Economist“ als „grobe Dummheit“. Man könne sich solche Entscheidungen des militärischen Sicherheitsamtes nicht leisten, wenn man von Deutschland wie von allen Mitgliedern der OEEC verlange, die Produktion um 25 Prozent zu erhöhen.

(Hamburger Freie Presse)

Sieh an, sich an . . .

In der amerikanischen Presse „Washington Post“ konnte man vor einigen Tagen unter der Überschrift „Die Nazi-Diplomaten“ folgendes lesen: „Der vom Außenministerium (der USA) veröffentlichte letzte Band der erbeuteten deutschen Dokumente widerspricht der vor dem Kriege herrschenden allgemeinen Annahme, daß die Botschafter Hitlers nichts weiter als Ja-Sager waren. Die deutsche Botschaft in Washington und auch die in London gaben, ihren Depeschen nach Berlin nach zu urteilen, geradezu hervorragende Berichte“. Dieses Urteil wäre 1946/47 eine Sensation gewesen, heute denkt man sich: Woher so plötzlich dieser andere Wind. Die Antwort liegt so nahe.

(Westdeutsche Rundschau Wuppertal)

Die mittlere Lösung

„Die sozialistische Planwirtschaft von heute könnte auch als eine gelenkte Marktwirtschaft bezeichnet werden“, sagte Prof. Dr. H.-D. Ortlieb in Anwesenheit der Senatoren Landahl und Schiller sowie zahlreicher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft in einem Vortrag in der Universität. Sie sei jedenfalls etwas ganz anderes als das, was noch während der Sozialisierungsdebatte unter Planwirtschaft verstanden wurde. In ihren Lenkungsmitteln entspreche sie heute weitgehend den Vorstellungen, die der Keynes-Schule nahestehende Nationalökonomien entwickelt haben. Eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien sowie der Unternehmungen mit Monopolstellungen sei erforderlich, jedoch bliebe der größere Teil der Wirtschaft den privaten und genossenschaftlichen Betrieben vorbehalten.

(Hamburger Echo)

Neue HO-Preissenkung

Eine neue Preissenkung der Handels-Organisation (HO) der Ostzone, die am 9. Dezember in Kraft trat, ergab folgende Preisveränderungen: 1 Pfund Butter 10 statt 12 DM-Ost, Margarine 6,25 statt 7 Mark, Zucker 1,50 statt 2 Mark. Bei Fleischwaren beträgt die Preissenkung im allgemeinen 20 Prozent. Das Pfund Rindfleisch kostet jetzt 6 Mark und Schweinekotelett 6,40 Mark. Der Preis für 1 Pfund Salamiwurst beträgt 9,25 Mark.

(Handelsblatt)

Wie wir leben?

... Man braucht nur nachzurechnen, wieviel man heute — netto natürlich — verdienen muß, um etwa so leben zu können wie vor dem Krieg. Nach der Statistik liegen die Lebenshaltungskosten 68% über dem Vorkriegsstand. Aber beim Vergleich des Lebensstandards kommt es ja nicht nur auf Lebensmittel, Kleidung, Wohnung usw. an, sondern auch darauf, ob wir heute ebensoviel für Bücher ausgeben, ebensooft ins Theater und nachher vielleicht ausgehen können! Eine Aufstellung an Hand eines „gutbürgerlichen“ Ausgabenbuches ergab, daß einem Monatseinkommen von 480 RM im Jahr 1935 ein Aufwand von 1200 DM heute entspricht. Ein Monatseinkommen von 480 RM netto hatten vor dem Kriege viele Hunderttausende. Wer kann und will heute etwa rund 2000 DM verdienen, um über 1100 DM verfügen zu können, die ihm nach dem Steuerabzug verbleiben? Dieser eine Vergleich mit einer Einkommenstufe, die für eine breite Schicht von Beamten, Angestellten und Freiberuflern, kurz gesagt, großenteils für den „Mittelstand“ galt, gibt einen Maßstab, wie sich unser Lebenszuschnitt geändert hat. Der weitaus größte Teil der Bevölkerungskreise, die sich damals einer gehobenen Lebenshaltung erfreuten, muß sich auf das unbedingte Lebensnotwendige einschränken. Zahllose Existenzen sind von ihrer früheren Mittelstandsbasis sogar weit unter das Niveau der einfachsten Bedürfnisse gesunken. Dazu gehören nicht nur die Rentner und Pensionäre, die durch Krieg und Währungsbetrug ins Elend geraten sind, sondern ganze Kategorien der Selbständigen und der freien Berufe.

Im ganzen: Der soziale Erdrutsch, der mit der Inflation nach dem ersten Weltkrieg begann, ist durch den zweiten zu Ende geführt worden. Zugleich hat sich die Basis, auf der wir unser Sozialprodukt erarbeiten, erheblich verengt. Es war notwendige Entwicklung, daß daraus eine Angleichung der Einkommensverhältnisse nach unten erfolgte und daß dabei die manuelle Arbeit mehr zu ihrem Recht kam. Frühere „Klassenunterschiede“ sind praktisch aufgehoben. Was sich zum „Bürgertum“ rechnet, steht zum größten Teil auf dem gleichen Niveau wie die Arbeiterschaft, zu einem wesentlichen Teil aber darunter . . .

(„Bremer Nachrichten“)

Großmannssucht — das deutsche Laster

Dreimal — 1918, 1933, 1945 — brach dem Deutschen eine Welt zusammen. Jedesmal aber überdauerte der Hang, zu den Lebensformen des Wilhelminismus zurückzukehren. Die Großmannssucht, der Stil des als ob, des mehr scheinen als sein, feierte im Weimarer Staat, im Dritten Reich und heute in der Bundesrepublik seine Auferstehung. Die Tatsache, daß er immer weniger zeitgemäß geworden ist und eine immer größere soziale Spannung hervorgerufen muß, hat das hartnäckige Streben, ihn durchzusetzen, nur noch vermehrt. — Der Präsident des Bundestages, Dr. Ehlers, sicherlich einer der rechtschaffensten Männer des heutigen Staates, hat kürzlich erklärt: „Notfalls wird ein verantwortungsbewußter Staat die Verantwortungslosen dazu zwingen, sich so zu benehmen, wie es der Lage der Ärmsten im Lande entspricht.“ Ausgangspunkt dieser Forderung war ein Vergleich zwischen der Fassade der Düsseldorfer Königsallee und den Barackenbehausungen der Flüchtlinge. Wie aber steht es mit dem Verantwortungsbewußtsein dieses Staates? In der Seitenstraße jener Düsseldorfer Königsallee erhebt sich der Prunkbau eines neuen Finanzamtes. Auf dem Kölner Kaiser-Wilhelm-Ring ist die Hitlersche Reichskanzlei dreimal nebeneinander wiederaufgebaut worden — so meint man. In jedem dieser Verwaltungspaläste haust eine Versicherungsgesellschaft. Auch diese Bauten verblässen neben einem gewaltigen Hochhaus, das ein anderer Versicherungskonzern in der gleichen Gegend errichtet. Daß von den hier investierten Millionen viele Hunderte von Mehrfamilienwohnungen hätten gebaut werden können, kommt offenbar niemand in den Sinn.

(„Christ und Welt“, Stuttgart)

Frauen ohne Beruf

Ohne Beruf, so stand es im Paß,
Mir wurden fast die Augen naß,
Ohne Beruf, war da zu lesen,
Und sie war doch das rührendste Wesen.

Nur für die anderen zu sinnen und sorgen,
war ihr Beruf vom frühesten Morgen,
Bis in die Tiefe der kurzen Nacht,
Nur auf das Wohl der andern bedacht.

Gattin, Mutter, Hausfrau zu sein,
Schließt das nicht alle Berufe ein?
Als Köchin von allen Lieblingsspeisen,
Als Packer, wenn man geht auf Reisen.

Chirurg, wenn ein Dorn sich im Finger versplittert,
Schiedsmann bei Kämpfen, erbot und erbittert,
Färber von alten Blusen und Röcken,
Finanzgenie, soll sich der Geldbeutel strecken.

Als Lexikon, das alles muß wissen,
Als Flickfrau, wenn Strümpfe und Wäsche zerrissen,
Als Märchenerzählerin ohne ermüden,
Als Hüterin von des Hauses Frieden.
Als Pupp doktor, als Dekorateur,
Als Gärtner, Konditor und Friseur.

Unzählige Titel könnt' ich noch sagen,
Doch will ich nicht klagen,
Von Frauen, die Gott uns zum Segen schuf,
Das nennt die Welt dann: „Ohne Beruf“.
Von einem Leser in einer alten Zeitung entdeckt.

Kinderwelt

In der Kinderwelt steht die ganze Nachwelt vor uns,
in die wir, wie Moses ins Gelobte Land, nur schauen,
nicht kommen; und zugleich erneuert sie uns die ver-
jüngte Vorwelt, hinter welcher wir schauen mußten.

*

Ein Kind sei euch heiliger als die Gegenwart, die aus
Sachen und Erwachsenen besteht. Durch das Kind
setzt ihr, wiewohl mit Mühe, durch den kurzen Hebel-
arm der Menschheit den langen in Bewegung, dessen
weiten Bogen ihr in der Höhe und Tiefe einer solchen
Zeit schwer bestimmen könnt.

*

Für Kinder gibt's keine andere Sittenlehre als Beispiel.
Erzähltes oder Sichtbares; und es ist erzieherische
Nartheit, daß man durch Gründe Kindern nicht diese
Gründe, sondern den Willen und die Kraft zu geben
meinet, diesen Gründen zu folgen.

Jean Paul

Kinder soll man nicht zum Essen zwingen

Kinder soll man niemals zum Essen zwingen, sondern sie
ruhig ein paar Tage hungern lassen, wenn sie keinen
Appetit haben. Das ist die Meinung des bekannten ameri-
kanischen Kinderarztes Dr. Milo B. Brooks.

Essen, Atmen und Schlafen seien drei persönliche Freiheiten,
in die man nicht einmal beim Kinde gewaltsam eingreifen
sollte. Von Natur aus verlange jedes Kind nach Speisen.
Wenn es den Wunsch danach äußere, solle man ihm ent-
sprechen, aber ihm im allgemeinen etwa 10 Prozent weniger
geben, als es haben wolle. Wenn ein Kind nicht essen wolle,
liege meist die Reaktion auf den Versuch der Mutter vor,
ihm mit Gewalt etwas aufzuzwingen.

Mutterschutzgesetz

Mitte Dezember verabschiedete der Bundestag ein Mutter-
schutzgesetz. Danach ist die Kündigung einer Frau während
der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von vier Monaten
nach der Niederkunft unzulässig, wenn dem Arbeitgeber
zur Zeit der Kündigung die Schwangerschaft bekannt war.
Während der Schutzfristen erhalten die werdenden Mütter
das regelmäßige Arbeitsentgelt. Hausgehilfinnen und Tages-
mädchen dürfen in den letzten vier Wochen, andere
werdende Mütter in den letzten sechs Wochen vor ihrer
Niederkunft nicht beschäftigt werden, es sei denn, daß sie
ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Arbeitsleistung erklären.
In dem Gesetz werden für werdende Mütter schwere kör-
perliche Arbeiten verboten. Wöchnerinnen dürfen bis zum
Ablauf von sechs Wochen nach der Niederkunft nicht be-
schäftigt werden. Stillenden Müttern muß auf ihr Ver-
langen die zum Stillen erforderliche Zeit freigegeben
werden. Durch die Stillzeit darf ein Verdienstausfall nicht
eintreten. Werdende und stillende Mütter dürfen nicht mit
Mehrarbeit in der Nacht zwischen 20 und 6 Uhr oder an
Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden.

Trinken Sie gerne Bohnenkaffee?

Jede zweite Frau (51 Prozent) im Bundesgebiet und in
West-Berlin sagt, sie trinke Bohnenkaffee „sehr gern“, und
ein Drittel (32 Prozent) der weiblichen Bevölkerung gibt
an, Bohnenkaffee „gern“ zu trinken. Diese starke Neigung
der Frauen für Kaffee ermittelte das „Institut für Demo-
skopie“, Allensbach (Bodensee), mit einer Repräsentativ-
erhebung bei 2000 Personen. Damit ist die häufig von den
Männern aufgestellte Behauptung, den Frauen sei bei einem
Kaffeekränzchen lediglich der Klatsch wichtig und keines-
wegs der Kaffee, zumindest recht anfechtbar geworden.
Überhaupt sind die Männer in bezug auf Kaffee weniger
enthusiastisch: Nur 30 Prozent erklärte, Bohnenkaffee
„sehr gern“ zu mögen. Und genau so viele Männer sagten,
sie trinken Bohnenkaffee nur sehr ungern bzw. überhaupt
nicht. Bei den Frauen machten die Kaffeegegner nur 17 Pro-
zent aus.
Wie das Institut ferner ermittelte, nimmt die Vorliebe für
Kaffee mit dem Lebensalter zu. Nur 29 Prozent der Per-
sonen unter 30 Jahren bestätigten, daß sie Bohnenkaffee
„sehr gern“ trinken. Bei Personen über 30 Jahre dagegen
sind es 46 Prozent.

Vom Menschen

Es ist ein Jammer, daß man gute Manieren soviel
rascher los wird als schlechte.

Somerset Maugham

*

Man beurteilt einen Menschen besser nach seinen
Fragen als nach seinen Antworten.

Voltaire

*

Ein Mann verliebt sich meist in die Frau, die ihn
Dinge fragt, auf die er eine Antwort weiß.

Ronald Colman

*

Manchmal wären Frauen ganz gern ein Jahr älter, als
sie sind, nämlich dann, wenn sie ein Kind erwarten.

Mary Marsh

*

Stimmwechsel hat ein junger Herr, wenn er erwachsen
wird — eine junge Dame, wenn sie an das Telefon
geht.

*

Von einem, der über sein Reden das Handeln vergißt,
sagt man: Wenn er erst einmal so richtig zum Tun
entschlossen ist, weiß er nicht mehr, was er machen
will.



UNSER

BRIEFKASTEN

Einer, der es gut meint:

Es ist bekannt, daß wir auf anonyme Schreiben nicht eingehen. Jeder soll mit offenem Visier antreten. Wenn wir bei Ihnen eine Ausnahme machen, so hat das seinen besonderen Grund: Sie regen sich über das schlechte Deutsch auf, das von einem Teil unserer Arbeiter gesprochen würde. Die Redaktion muß Ihnen schon sagen, daß sie selten ein Schreiben erhalten hat, das in einem derart schlechten Deutsch geschrieben ist, wie Ihr Schreiben. Wir stellen Ihnen gern anheim, Ihr Schreiben auf der Redaktion mit rot angezeichneten Fehlern wieder in Empfang zu nehmen. Wer so wie Sie im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Uns allen ist es lieber, wenn die Kollegen mir und mich verwechseln statt mein und dein. Wer derart geschwollen daherredet wie Sie, mit dessen Wissen muß es außerordentlich schlecht bestellt sein. Für uns war Ihr Schreiben gerade hierfür eine erschütternde Bestätigung.

R. H., Zementfabrik:

Meine Schwiegermutter hat Fürsorgeunterstützung bezogen. Bin ich zur Ersatzzahlung verpflichtet?

In einem Rundschreiben des Bundesinnenministers an die Länderregierungen zur Frage der Rückzahlung von Fürsorgeleistungen wird empfohlen, möglichst keine Ersatzansprüche zu stellen. Das Bundesinnenministerium bezieht sich dabei auf die „Verordnung über den Ersatz von Fürsorgekosten vom 30. 1. 1951“, deren § 2 lautet: „Rückersatz kann erst nach einer angemessenen Frist ab Unterstützungsende verlangt werden, in der Regel nicht vor sechs Monaten. Ersatzanspruch besteht nur, wenn das Bruttoeinkommen den dreifachen Fürsorgegerichtsatz samt etwaigen Familienzuschlägen und zuzüglich Wohnungsmiete übersteigt. Der Zugriff ist untersagt auf Vermögen bis 500 DM zuzüglich 100 DM für jeden unterhaltsberechtigten Familienangehörigen (das dürfte auch für Rentennachzahlungen gelten). Angemessener Hausrat, Familien- und Erbstücke, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedarf, mit Ausnahme von Luxus, bleibt außer Betracht. Wichtig ist auch, daß kleine Hausgrundstücke nicht mehr herangezogen werden dürfen. Aus politischen Gründen oder durch Kriegseinwirkung Geschädigte (auch Heimkehrer) sind zum Rückersatz erst dann verpflichtet, wenn sie sich eine angemessene Lebensgrundlage wieder geschaffen haben. Kein Rückersatzanspruch besteht bei Fürsorgeleistungen an Angehörigen von Kriegsgefangenen und Vermissten.“

F. K., Bauhof:

Wenn alle Kollegen sich stets die tiefen Gedanken ihres Gedichtchens einprägen würden, bliebe manches Elend erspart. Es ist leider zu lang, um an dieser Stelle veröffentlicht werden zu können.

W. Kr., Lok-Werkstatt:

Ich wohne mit meinen Schwiegereltern zusammen auf zwei Mansarden, die den Schwiegereltern gehören. Ich wohne dort schon 1 1/2 Jahre und bin bei der Behörde als Schlafgänger gemeldet. Ab heute verlangt der Hauswirt von mir eine Untermiete von 2,50 DM. Meine Schwiegereltern lassen mich kostenlos wohnen, und meine Frau gehörte ja schon immer zur Familie. Wir kochen gemeinschaftlich, ich verfüge über keinen eigenen Raum. Ich habe dem Hauswirt die

Untermiete verweigert, weil ich kein Fremder in der Familie bin. Wie soll ich mich weiter verhalten?

Nach § 8 der Verordnung Nr. 71/51 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Mietpreisrechts vom 29. 11. 51 ist ein Untermietzuschlag zulässig. Auf Mieten, die frei vereinbart wurden, darf ein Zuschlag von 20 Prozent der Leerraummiets des untervermieteten Wohnraumes erhoben werden. Bei den sog. legalen Untermieten darf der Vermieter nur einen Zuschlag von 5 Prozent der anteiligen Leerraummiets verlangen, wenn der Untermieter mit seiner Familie in den Räumen einen selbständigen Haushalt führt. Dieser zweite Zuschlag darf auf den Untermieter abgewälzt werden. Obengenannte Verordnung trat mit Wirkung vom 1. Dezember 1951 in Kraft (vgl. den Artikel an anderer Stelle dieses Mitteilungsblattes). In Ihrem vorliegenden Falle dürfte der Untermietaufschlag von 2,50 DM nicht berechtigt sein, da Sie, wie es die gesetzliche Regelung vorschreibt, keinen selbständigen Haushalt führen und auch nicht über untervermietete Räume verfügen.

Frau Maria H.:

Die Weihnachtsgabe veranlaßt mich, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Sie haben mir und auch wohl allen Witwen und Rentnern eine große Freude bereitet, kann man doch jetzt das Weihnachtsfest besser gestalten und sich etwas erlauben, was sonst schlecht möglich wäre. Ich sage der Direktion und Betriebsvertretung meinen innigsten Dank und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches neues Jahr. Ferner wünsche ich dem Werk Frieden und Fortschritt im Jahre 1952 zum Segen der gesamten Belegschaft.

Frau Johanna K., Hörde:

Ich bin 46 Jahre alt und von meinem früheren Ehemann schuldlos geschieden. Er ist gerichtlich zur Unterhaltsleistung verpflichtet. Da ich nicht wieder heiraten werde, bitte ich um Mitteilung, ob mir im Falle seines Todes eine Witwenrente aus der Angestelltenversicherung meines früheren Mannes, der sich inzwischen wiederverheiratete, gezahlt wird.

Wir verweisen auf unseren Artikel „Witwenrente für geschiedene Frauen“ in der Dezember-Ausgabe unseres Mitteilungsblattes und fassen kurz zusammen: Nach § 28 des Angestelltenversicherungsgesetzes erhält die Witwe nach dem Tode des versicherten Ehemannes eine Witwenrente, und zwar unabhängig von ihrem Lebensalter und ganz gleich, ob sie berufsunfähig oder invalide ist oder nicht, und zwar auch dann, wenn der Verstorbene erst als Ruhegeldempfänger geheiratet hat. Die Ehefrau, deren Ehe geschieden oder für nichtig erklärt oder aufgehoben ist, hat keinen Rechtsanspruch auf die Witwenrente. Ihr kann aber die Witwenrente gewährt werden, falls — wie es bei Ihnen zutreffen wird — der Versicherte nach dem 30. April 1942 gestorben ist und ihr nach den Vorschriften des Ehegesetzes zur Zeit des Todes Unterhalt zu leisten hatte. Diese Witwenrente darf jedoch (§ 1272 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung) keinen der folgenden Beträge überschreiten: 1. die Witwenrente der Ehefrau, die mit dem Versicherten zur Zeit seines Todes verheiratet war; 2. ihren gegen den Versicherten zur Zeit seines Todes bestehenden Unterhaltsanspruch.

Heinz W., Walzwerk I:

Meine Frau ist 32 Jahre alt. Sie hat keine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt. Kann sie sich freiwillig versichern?

Sowohl nach dem Angestelltenversicherungsgesetz (§ 1 Abs. 6) als auch nach der Reichsversicherungsordnung (§ 1243) sind zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) bis zum vollendeten vierzigsten Lebensjahr alle deutschen Staatsangehörigen im In- und Ausland berechtigt, die nicht versicherungspflichtig sind. Diese Bestimmung gilt sowohl für die Invaliden- als auch für die Angestelltenversicherung. Auf Grund der Selbstversicherung werden genau die gleichen Ansprüche erworben wie durch die Pflichtversicherung. Wer vor Vollendung des vierzigsten Lebensjahres auch nur einen einzigen Beitrag leistet, hat die Möglichkeit, später, nach Vollendung des vierzigsten Lebensjahres, zu beliebiger Zeit weitere Beiträge zu entrichten. Indessen ist es ratsam, möglichst schnell zumindest die Wartezeit zu erfüllen. Diese Wartezeit ist erfüllt, wenn mindestens zurückgelegt sind: 1. beim Anspruch auf Ruhegeld wegen Berufsunfähigkeit oder auf Hinterbliebenenrente sechzig Beitragsmonate; 2. beim Anspruch auf Ruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres (Altersruhegeld) einhundertachtzig Beitragsmonate.



**WINTER
SCHLUSS
VERKAUF**

*Das
Ereignis!*

DRAHOTA

Sie wissen, daß die Westfalenhütte ein Kaufabkommen
mit dem Textilkaufhaus Drahota hat.

Alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozialabteilung

**MÖBEL
SCHRODER**

Das
bekannte
Fach-
geschäft

mit seiner großen
Auswahl von mehreren
100 Einrichtungen
und Polstermöbeln in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor **Vorteile** im Einkauf

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund Ruf **Dlmd.-Hörde**
1. Kampstraße 5 41142 Hermannstr. 42/44
Zahlungserleichterung

*Schlaraffia-Matratzen
Stepp- u. Wolldecken · Inlett u. Bettfedern
Bett- u. Hauswäsche*

Das große Bettenfachgeschäft

Betten-Doepel

Ostenhellweg 41

Täglich Bettfedern-Reinigung

**Industriebedarf
Arbeiterschutz
Berufsbekleidung
Bergbau-Artikel**

WILLY HENRICH
VTH

**Dortmund · Dudenstraße 3
Telefon 23729**

Gustav Schwentke:

Nur, wenn wir einig sind!

Heute noch, fast sieben Jahre nach dem totalen Zusammenbruch, geht unser Weg zum Werk — ganz gleich, durch welche Stadtteile wir kommen — an Trümmern und Häuserruinen vorüber, trotz ungeheurer Anstrengungen, die Kriegsschäden zu beseitigen und trotz der Wiederaufbaumaßnahmen, die von kommunaler, werklicher und privater Hand durchgeführt wurden. Heute noch sorgen sich Aufsichtsrat, Vorstand und Betriebsvertretung, die in voller Parität zusammenarbeiten, um den Wiederaufbau und Neubau wichtiger Betriebsabteilungen, trotz all der Opfer und Arbeit, die in vorbildlichem Zusammenschaffen unser zerschlagenes Werk zu seiner heutigen hohen Leistung brachte. Der letzte von uns weiß, wir haben es immer wieder dargelegt: Die Existenz jedes einzelnen von uns hängt von der Leistungsfähigkeit unseres Werkes ab. Die Leistungsfähigkeit des Werkes aber ist nur dann gesichert, wenn nicht nur die letzten Kriegsschäden behoben, sondern wenn darüber hinaus unsere Betriebsabteilungen derart aufgebaut und eingerichtet sind, daß sie auf dem Innen- und Exportmarkt bestehen können.

Wir wissen, daß uns noch manche Sorge drückt, daß es u. a. vieler Anstrengungen bedarf, um die brennende Wohnungsfrage für viele Belegschaftsmitglieder zu lösen. Wir wissen aber auch, daß wir gerade auf Grund unserer zurückliegenden Arbeit, die wir am Wiederaufbau unseres Werkes geleistet haben, zuversichtlich sagen können: Wir dürfen unserer Kraft vertrauen, wenn wir einig sind und bleiben.

Erinnern wir uns: 1945 war unser Werk zu 50 Prozent zerschlagen. Es schien selbst einem Optimisten unmöglich, daß aus dem riesigen Trümmerhaufen wieder ein Produktionsbetrieb werden könne. Zu allem stand das Werk auf der Reparationsliste. Demontiert wurden dann auch das Elektrostahlwerk, das Preßwerk, Teile des Hammerwerkes und die Drahtverfeinerung. Um die Jahreswende 1946 erzeugten wir etwas mehr als 10 000 Tonnen Rohstahl monatlich, im Januar 1949 waren es 40 000 Tonnen. Im Durchschnitt der letzten Monate aber waren es 100 000 Tonnen. Wer kann heute noch ermessen, wieviel Arbeit und Sorgen in diesen Jahren auf uns lasteten?

Groß — und nur ein Böswilliger könnte es leugnen — waren aber auch die sozialen Leistungen, die im Interesse unserer Belegschaft und ihrer Familien aufgebaut und immer wieder erhöht und ausgebaut wurden. Wir alle wissen, daß alles dieses nur möglich war durch die Zusammenarbeit aller. So sehr wir aber auch unser Werk und unser betriebliches und soziales Geschehen sehen, so dürfen wir nicht einem Betriebsegoismus verfallen, denn wir sind unlösbar mit dem großen Ganzen verbunden, mit dem Aufstieg oder Niedergang der Allgemeinheit.

Wir haben innerhalb der Grundstoffindustrien Stahl und Kohle im Jahre 1951 das bereits seit 1947 bei uns mit hervorragendem Erfolg praktizierte Mitbestimmungsrecht gesetzlich verankert. Dieses Mitbestimmungsrecht wird den Arbeitnehmern innerhalb der dritten Grundstoffindustrie, Chemie, innerhalb der Behörden (hierzu rechne ich in diesem Falle auch die Bundesbahn) und innerhalb der weiterverarbeitenden Betriebe noch streitig gemacht. Das in Lesung befindliche Betriebsverfassungsgesetz, das nur eine Teillösung schafft, lehnen wir neben anderen Gründen allein schon deshalb ab, weil es die Parität des Faktors Arbeit nicht anerkennt. Es ist für uns selbstverständlich, daß wir uns verpflichtet fühlen, die gesamte Arbeitnehmerschaft bei der Durchsetzung und Sicherung ihrer Forderungen, die für uns erfüllt sind, zu unterstützen. Die heutige Situation, wie sie nach der Zerschlagung aller staatlichen, volklichen und soziologischen Werte in Deutschland vorliegt, bedarf einer Neuordnung des gesamten gesellschaftlichen Körpers. Gerade deshalb ist die Frage der Mitbestimmung eine unabdingbare Forderung, für die jeder Arbeitnehmer sich einsetzen wird, und hier in erster Linie die Arbeitnehmerschaft von Stahl und Kohle. Dieser Einsatz geht ja nicht nur um die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, er geht um die künftige Lebensordnung des deutschen Volkes und um den Aufbau einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.

Wir danken euch für die vielen Grüße und Wünsche, die uns anlässlich des Weihnachtstages und Jahreswechsels als Betriebsvertretung und auch persönlich zugegangen sind. Wir betrachten das gute Verhältnis, das zwischen uns allen besteht, als besondere Verpflichtung, auch im kommenden Jahre dem uns von euch erteilten Auftrag, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu sichern und auszubauen, nach besten Kräften nachzukommen.

Kolleginnen und Kollegen!

Wir wünschen uns und euch allen eine weitere gute und erfolgreiche Zusammenarbeit!

Schwentke Hutfilker

Christian Fette:

Gedanken zur Jahreswende

Sofort nach Kriegsende konnte man sehr oft die Redewendung hören, daß man nicht da wieder anknüpfen könne, wo 1933 die Entwicklung unterbrochen wurde, sondern daß man wirklich neu beginnen müsse.

Die schaffenden Menschen haben mit ihrem Zusammenschluß zu Einheitsgewerkschaften die Konsequenz aus dieser Überlegung gezogen. Damit legten sie zugleich Zeugnis dafür ab, daß sie sich des Wertes ihres Standes bewußt sind. Die Nachkriegsjahre erbrachten ja auch sehr deutlich den Beweis dafür, daß die Arbeitnehmerschaft zu einer wesentlichen Stütze unseres demokratischen Staates geworden ist. Zu einer wesentlichen Stütze nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in kultureller Beziehung.

Neue Formen suchen

Die verschiedenen Zeitepochen haben verschiedene Gesellschaftsschichten gekannt, die für das völkische Leben richtungweisend waren. Und wer die Zeichen der Zeit versteht, der wird mir zustimmen, wenn ich feststelle, daß der Arbeitnehmerstand im weitesten Sinne des Wortes sich anschiebt, zu einer staatstragenden und staatsfördernden Kraft emporzuwachsen.

Denken wir diesen Gedanken konsequent zu Ende, dann heißt das, daß die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften in einer Weise in den Staat eingebaut werden

müssen, die ihrer Bedeutung angemessen ist. Bei dem engen Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft heißt das aber weiter, daß wir nach einer Wirtschaftsform suchen müssen, die zeiteitsprechend ist und der Stellung der schaffenden Menschen und ihrer Organisation entspricht.

Um die Mitbestimmung

Dabei dürfte es ohne weiteres klar sein, daß der Staatskapitalismus östlicher Prägung mit seiner Versklavung und Entrechtung des Menschen keinesfalls ein Vorbild geben kann. Aber auch die überlebten Formen des westlichen Kapitalismus können nach Ansicht der deutschen Gewerkschaften nicht als richtungweisend angesehen werden. Der Kapitalismus der westlichen Welt huldigt Formen, die einer vergangenen Epoche angehören und die nicht in eine moderne und lebensnahe Demokratie passen.

Die deutschen Gewerkschaften mußten also nach einer neuen Wirtschaftsordnung suchen. So entstand die Forderung nach Mitbestimmung. Sie wird gerade in den Nachkriegsjahren schon deshalb mit Nachdruck vertreten, weil sich sehr deutlich gezeigt hat, daß das Kapital eine tote Materie ist und bleibt, wenn es nicht durch die menschliche Arbeitskraft befruchtet wird.

Beide zusammen, Kapital und Arbeit, haben an dem Wiederaufbau aus den Trümmern Anteil. Und weil dem so ist,

müßte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß nicht einem der beiden Faktoren eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird.

Was die Gewerkschaften wollen, wenn sie von Mitbestimmung sprechen, das ist, einen Kräfteausgleich zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, um so auch in die Wirtschaft demokratische Grundsätze einzuführen.

Für starke Ordnung

Mitbestimmung ist letzthin nichts anderes als eine vollendete Tarifgemeinschaft, d. h. daß beide Partner der Wirtschaft auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens zum Wohle aller zusammenarbeiten. Mitbestimmung bedeutet — analog der Entwicklung im politischen Bereich — die Emanzipation des Arbeitnehmers in der Wirtschaft.

Es liegt im Zuge der Zeit, daß neue Formen des wirtschaftlichen Lebens entstehen. Ja, es ist uns sogar nicht unbegrenzt Zeit gegeben. Es gilt, eine Ordnung zu schaffen, die so stark

Georg Reuter:

Die großen Aufgaben

Eine Fülle neuer großer Aufgaben wird im Jahre 1952 zu bewältigen sein. Wir kennen den Auftrag unserer Mitglieder, und er wird das Gesetz unseres Handelns bestimmen.

Es ist unsere feste Absicht, die im abgelaufenen Jahre begonnene gesetzliche Verankerung des Mitbestimmungsrechts in der Wirtschaft auszubauen. Wir werden im Jahre 1952 den von uns geforderten Bundeswirtschaftsrat durchsetzen, und die deutschen Gewerkschaften werden ihren Platz darin erhalten.

Über das Mitbestimmungsrecht in der Montanindustrie hinaus wird das Betriebsverfassungsrecht weiterentwickelt werden, und wir sind ganz gewiß, daß wir auch auf diesem Gebiete Fortschritte erzielen.

Auf sozialpolitischem Gebiete drängt die Zeit insbesondere zur Reform der Sozialversicherung. Die geltenden Gesetze reichen keineswegs mehr aus, um den Opfern der Arbeit und des Krieges sowie denen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung gerecht zu werden.

Demokratie und Mitbestimmung

Ernst von Schenck schreibt hierüber u. a. in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“:

Niemand, der die Entwicklung der modernen Demokratie mit wirklich demokratischen Augen ansieht, wird die Bedeutung der Gewerkschaften für deren Fortentwicklung unterschätzen können. Ohne sie wären die Massen der unselbständig Erwerbenden nicht nur nicht in der Lage gewesen, die sozialen Errungenschaften zu erreichen, die ihnen ein Leben in der gegebenen Sozialordnung überhaupt ermöglichen; ohne sie hätten sie vor allem ihr menschliches Wertbewußtsein als die Grundlage einer positiven Staatsbürgerschaft längst radikal verloren. Dazu waren Massenorganisationen nötig, die gegen die Massierung von Kapitalmacht ein Äquivalent schufen. Hier sind neben dem Staat — ja zunächst, solange sein Klassencharakter noch ungebrochen war, oft gegen ihn — demokratische Massenorganisationen entstanden, die schließlich ihrerseits im modernen demokratischen Staat eine für die Erhaltung von dessen Charakter und für die Weiterentwicklung seines Grundgesetzes der allgemeinen Mitbestimmung unerläßliche Funktion ausübten.

Wie viel Blindheit für das Elementare der Demokratie spricht aus der Geschichte der Reaktion der herrschenden Klasse auf das Anwachsen der Gewerkschaften und die von ihnen geltend gemachten Ansprüche! Welche Katastrophen der demokratischen Welt und wie viel unsagbares Elend in ihrem Gefolge waren nötig, bis auch nur einigermaßen anerkannt wurde, daß diese Kollektive nötig sind, um das demokratische Gleichgewicht für Unzählige herzustellen, denen die Demokratie doch wie allen den Anspruch auf ihre humanen Grundrechte der Mitbestimmung und Mitverantwortung garantieren soll. Doch erst die wirkliche und allgemeingültige Garantie der Mitbestimmung im Wirtschaftsprozess ist der für diese Zahllosen entscheidende Schritt ins Positive. Bis dahin ist der Rubikon des falschen, gespensterhaft gewordenen Individualismus nicht überschritten, ist der Beginn einer

ist, daß sie auch dem Osten gegenüber eine überzeugende Wirkung hat.

Ein erster Schritt ist getan, indem in der Montanindustrie eine echte Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit gesetzlich verankert ist. Ich glaube, wir können die Hoffnung hegen, daß sich die neue Ordnung in den beiden Schlüsselindustrien zum Segen aller Beteiligten und darüber hinaus des gesamten Volkes auswirkt.

Wir werden auf dem Wege, der durch die Verwirklichung der Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie und im Bergbau aufgezeigt ist, weitergehen müssen. Mit dem Wort „wir“ meine ich nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle politischen Gremien, alle beteiligten Organisationen und jeden, der sich mitverantwortlich fühlt.

Große wirtschafts- und sozialpolitische Probleme harren im Jahre 1952 ihrer Lösung. Von der Art, wie wir sie bewältigen, wird vieles abhängen für die Zukunft unseres Volkes und Staates.

Wir werden unseren Beitrag zur Verteidigung unserer Lebensrechte und zur Verständigung der Völker leisten. Die freie und demokratische Welt soll wissen, daß wir zugleich verständigungs-, aber auch verteidigungsbereit sind. Um eine Verteilung der Lasten für eine Zusammenarbeit der demokratischen Völker Europas und der Welt werden wir, soweit der deutsche Anteil in Frage kommt, auf der innerpolitischen Ebene ringen.

Diese Bereitschaft darf aber nicht den Kräften unseres Volkes wieder Auftrieb geben, die mehr wollen als nur Sicherung des Friedens und Verteidigungsbereitschaft, nämlich Herrschaft für sich und über andere.

Der Gewerkschaftskongreß des Jahres 1952 in Berlin ist zugleich eine Demonstration der deutschen Gewerkschaften für die Wiedervereinigung Deutschlands. Diesem Werk hat unsere Arbeit von allem Anbeginn an gegolten, und wir werden uns auch im Jahre 1952 dafür einsetzen, daß die deutschen Menschen wieder in freien Wahlen sich eine eigene gesetzgebende Versammlung schaffen können und die volle Hoheit über sich selbst zurückerlangen.

positiv neuen Ära der Demokratie nicht getan. Denn bis dahin handelte es sich immer noch nur um eine — zwar notwendigerweise kollektiv durchzusetzende — Sicherung individueller Rechte, die an das rein individuelle Arbeitsvermögen des einzelnen gebunden sind. Erst jetzt geht es wahrhaft darum, eine direkte, eine konkrete Mitbestimmung an konkreten Gemeinschaftsaufgaben zu ermöglichen; sie kann nicht ersetzt werden durch eine auf abstrahierenden Umwegen über den Staat als allzu ferne, allzu unverständliche, allzusehr den verschiedensten Machtansprüchen und ihrem unheimlichen Spiel überlassene Entscheidungszentrale erzwungene Mitbestimmung an gemeinschaftlichem Schicksal. Der Mensch ist eben in der Isolierung, in der Abstraktion nicht er selbst; er findet und erfüllt sich selbst nur im Verständnis und der Gestaltung der ihm zugehörigen Gemeinschaft. Deswegen bedeutet konkrete Mitbestimmung und Mitverantwortung jene Selbstbestimmung, um die es in der Demokratie und der von ihr zu garantierenden Freiheit je und je gegangen ist und um die es, soll das Wort irgendeinen positiven Sinn behalten, auch in Zukunft gehen muß.

Macht und Recht sind ein unlösbares Zwillingsspaar von Begriffen. Und hinter den Begriffen stehen menschliche und geschichtlich soziale Wirklichkeiten in ihrer ganzen Ungesicherheit und Dialektik. Auch hier, auch in diesem Prozeß um die Mitbestimmung. Um Recht zu erkämpfen und zu sichern, braucht es Macht. Jede Macht hat in sich die Tendenz, Selbstzweck zu werden. Diese Tendenz wird um so gefährlicher, je größer — und damit notwendigerweise in Verhältnis zum konkreten einzelnen und seiner Gemeinschaftssituation abstrakter — die Apparate werden müssen, die diese Macht erringen und sichern sollen. So wirklich es ist, solche Hinweise als Waffe in der Hand derer zu sehen, die ein Machtmonopol besitzen und bewahren wollen, nachdem sie schon mehrmals Recht und Demokratie um dieser Macht willen preisgegeben und verraten haben, so nötig ist es, gerade deshalb um der Demokratie willen diese Gefahr nicht einfach zu leugnen, sondern

ihr durch waches Gewissen und ständige humane Erkenntnisbereitschaft zu begegnen. Dazu gehört die grundsätzliche Anerkennung des Lebensgesetzes der Demokratie, das in der konkreten Mitbestimmung und dem immer neu zu realisierenden Recht auf Mitverantwortung zentriert ist. Es muß dafür gesorgt werden, daß der moderne Mensch sich nicht endgültig in den Abstraktionen der großen Räume, der Riesenorganisationen verliert, weil er in ihnen die konkrete, überschaubare, verantwortlich erfüllbare Gemeinschaft, das echte Kollektiv aus Blick und Zugriff verliert und eben damit sich selbst, und weil er dann schließlich jenem abstrakten Kollektivismus verfällt, der Voraussetzung einer jeden totalitären Willkür ist.

Das gilt in allen Lebensbereichen. Dezentralisation der Entscheidungen auf kleine, menschlich erlebbare und gestaltbare „Lebensräume“ ist unerlässlich, wenn Demokratie, wenn Freiheit, wenn „soziale Gerechtigkeit“ nicht leere Worte werden sollen, die durch Massenfütterungen mit „Brot und Spielen“ jederzeit ersetzt werden können.

Und das in einer Welt, in der immer größerräumig geplant werden muß, wenn sie nicht in das Chaos versinken soll? Gerade deswegen, weil wir verbindliche, durch keine nationalen Souveränitätsansprüche sabotierbare echt übernationale Entscheidungen in kontinentalem und planetarem Ausmaß brauchen, muß die politische und die soziale Struktur, auf die sie sich beziehen, geeignet sein, den Menschen in seinen konkreten Beziehungen zum Mitmenschen — und das, nicht das abstrakte „Individuum“ ist erst der wirkliche Mensch — zu sichern. Je größer die notwendige Zentralisation wird — echte Demokratie war immer auf internationale, menschheitliche Solidarität ausgerichtet —, desto unausweichlicher ist die Forderung, die konkrete Mitbestimmung des Bürgers da zu sichern, wo sie menschlich und technisch möglich ist; desto notwendiger wird es, diesem Gesetz der Zentralisation das der Dezentralisation entgegenzusetzen.

Demokratie kann nur von „unten“ nach „oben“ wachsen; denn das „Oben“ ohne ständige Kontrolle von

„unten“, ohne das echte Geltendmachen des „Anrechts“ an der Rechtsgestaltung zur Eindämmung und Indienststellung der nach oben hin sich summierenden Macht wird notwendigerweise „Herrschaft“, es tötet dann notwendigerweise das „genossenschaftliche“ Lebensgesetz der Demokratie, das den einzelnen nicht nur als statistische Größe, sondern als „Genossen“, als „Sozius“, als Glied einer Gemeinschaft wertet und begreift. Das bedeutet aber, daß wir das demokratische Mitbestimmungsrecht aus den Fesseln eines längst nicht mehr gütigen und längst nicht mehr zu reichenden individualistischen Denkens befreien und anerkennen, daß nicht nur der einzelne als solcher, sondern alle bestehenden Kollektive Elemente der demokratischen Willensbildung sind; nun aber nicht mehr nur deshalb, weil sie eben existieren und sich so oder so durch die Macht ihrer Existenz Geltung verschaffen können, sondern weil das Recht auf sie zugeschnitten wird, weil es nicht nur dem Individuum, sondern auch und gerade ihnen eine Sphäre der Freiheit, der Autonomie, der „Eigengesetzlichkeit“ nicht nur läßt, sondern schafft und ausdrücklich garantiert.

Ist das alles nun doch eine „Utopie“? Vielleicht. Aber dann ist Demokratie eine Utopie. Dann werden die Zyniker ihr gegenüber, ihre Feinde, die Leute, die sich „Realisten“ nennen, ohne das Menschenrecht des Menschen auf Mitbestimmung seiner Existenz anzuerkennen, bald wieder das Zepter in Händen haben — die Sorte, die man mit Recht „nihilistische Realisten“ genannt hat, weil ihnen der konkrete Mensch ein Nihil, eine Quantité négligeable, ein bloßes Machtpartikel ist. Das ist nicht nur, vielleicht nicht einmal vor allem eine Frage der „Gesinnung“, sondern eine Frage der Institutionen, weil es eine Frage des Rechts ist, das diese Institutionen begründet. Es mag sich lohnen, über diese Konsequenzen nachzudenken, sich diese Alternative im Vergleich mit all den Realitäten der aus der Krise der Demokratie erwachsenen Gegenwart vor Augen zu halten. Schließlich geht es nicht mehr um dies oder das, sondern um die Sicherung der Humanität schlechthin.

Ein Kämpfer für den Frieden



„Die bekannteste lebende Persönlichkeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist Leon Jouhaux. In seiner Bedeutung wird man ihn mit Karl Legien und Samuel Compers vergleichen können“, so heißt es in der Dezember-Ausgabe 1951 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Was uns Deutsche an Jouhaux besonders interessiert, ist zunächst sein steter Einsatz für die deutsch-französische Verständigung. Charakteristisch ist hier sein Eintreten für die Aufnahme Deutschlands in die Internationale Arbeitsorganisation nach dem ersten Weltkrieg. Damals erklärte er: „Von Haß kann man nicht leben. Auf Gefühlen des

Grolls, die sich der Verständigung entgegenstellen, läßt sich nichts aufbauen.“ Uns interessiert auch stärkstens sein Wirken in den internationalen Organisationen der Arbeiterschaft.

Seit Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes war er dessen stellvertretender Vorsitzender. Die gleiche Funktion übte er im Weltgewerkschaftsbund aus. Im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften nimmt er wiederum diese Stellung ein. Wo Fragen des Friedens, der Verständigung, der Abrüstung auf der Tagesordnung standen, war er der maßgebende Referent. Er sprach im Jahre 1923 auf der Friedenskonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Den Haag und 1932 auf der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes in Genf. Auf der 34. Tagung der Internationalen Arbeiterorganisation in Genf im Juni 1951 erklärte er:

„... Glauben Sie wirklich, daß wir uns nur durch militärische Maßnahmen gegen den Krieg schützen können? Ich gehöre gewiß nicht zu blindgläubigen Pazifisten. Noch weniger stehe ich im Lager der Neu-

tralisten. In einer Zeit wie der jetzigen, in einem Kampf, wie wir ihn heute führen, gibt es keine Neutralität. Aber das darf uns nicht den Blick davor verschließen, daß die Rettung nicht ausschließlich bei der Aufrüstung liegt. Die Militärs glauben vielleicht mit Recht, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie das gesamte Wirtschaftspotential für die Rüstung einsetzen. Aber haben wir die unsere erfüllt?

Es genügt nicht, Waffen denen in die Hände zu geben, die nicht wissen, weshalb sie sie gebrauchen sollen und in Wirklichkeit keine Ursache haben, etwas zu verteidigen, was sie nicht besitzen. Ihnen gehört die Freiheit, gewiß, aber diese Freiheit besteht immer noch für viele — gestatten Sie mir den trivialen Ausdruck — in der Freiheit, aus Hunger zu verrecken. Für eine solche Freiheit rührt man zur Verteidigung keine Hand.

Die Demokratien müssen sich also klar darüber sein, wofür sie sich einsetzen. Ja, sie sind — das habe ich immer gesagt und werde nicht aufhören, es zu wiederholen — allen totalitären Systemen überlegen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie kühn genug sind, das zu tun, wofür sie da sind, was der Sinn ihrer Existenz ist.

Freiheit des Besitzes, Freiheit der Leistung, ja — aber Freiheit, deren Auswirkungen nicht bloß einem Teil der Wirtschaft zugute kommen, dem Besitz — sondern Freiheit, die im allgemeinen Interesse das Lebensniveau der gesamten Bevölkerung hebt. Diese Freiheit zu entwickeln, das ist die Aufgabe der Demokratien. Sie werden über ihre Gegner nur triumphieren, wenn sie diese wesentlichste Aufgabe erfüllen. Sind

sie dazu nicht imstande und versäumen sie ihre historische Mission, dann siegen ihre Feinde.

Es ist an der Zeit, daß die Demokratien ihre Autorität zeigen. Verstehen sie das nicht, werden sie untergehen. Aber wir dürfen sie nicht untergehen lassen. Deshalb wollte ich heute dazu auffordern, kühn und verantwortungsbewußt die richtige Haltung einzunehmen. Man muß für den sozialen Fortschritt eintreten mit allem, was sich daraus für die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung ergibt. Tut man das, dann wird man den Gegnern überlegen sein. Sie werden einsehen, daß sie sich getäuscht haben und werden sich uns anschließen. Sie tun es jedoch nur, wenn

wir mit der Tat beweisen, daß wir Demokraten für eine soziale Demokratie sind. Eine soziale Demokratie aber ist allen totalitären Systemen der Welt überlegen."

Jouhaux ist also der Überzeugung:

die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterschaft ist das entscheidende Mittel zur Sicherung des Friedens; die Erhaltung der Geistesfreiheit ist jedes Opfer wert; der Kampf für den Frieden gehört dann zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit.

Als jetzt der Friedens-Nobel-Preis an Jouhaux verliehen wurde, erklärte er: „Damit ist die friedensfördernde Bedeutung der Gewerkschaften anerkannt worden!“ Zitieren wir abschließend wieder die Gewerkschaftlichen Monatshefte: „Mit Recht erhielt er den Preis. Kein Lebender hat ihn besser verdient“.

Föder: Das Parlament ist nicht allmächtig

Im Rahmen der Diskussion über die Stellung der Gewerkschaften im demokratischen Staat vertritt der stellvertretende DGB-Vorsitzende Matthias Föder im Informationsdienst der DGB-Pressestelle den Standpunkt, daß das Parlament in seinen Entscheidungen nicht omnipotent (allmächtig) sei. Es habe, wie Föder schreibt, stets eine Einwirkung auf das Parlament, auf die Parteien und die parlamentarische Arbeit gegeben. Mit aller Entschiedenheit weist Föder jede parteipolitische Einflußnahme auf die Gewerkschaften zurück und erklärt, daß er den Grad der echten Arbeiterfreundlichkeit der einzelnen Parteien nach der Achtung bemesse, die sie der Unabhängigkeit der Gewerkschaften entgegenbringen. Eine Partei, die durch fortwährende Beunruhigung des gewerkschaftlichen Lebens den heutigen gewerkschaftlichen Zustand in Gefahr bringe, handele nicht arbeiterfreundlich. Wer das Leben der heutigen Gewerkschaftsbewegung, die nur auf der Grundlage der parteipolitischen und weltanschaulichen Neutralität bestehen könne, durch Beeinflussung in parteitendenzloser Weise gefährde, leiste der Arbeitnehmerschaft den schlechtesten Dienst, da er alle Hoffnungen und Möglichkeiten zerschlage, die die Arbeitnehmerschaft gerade aus der Kraft der heutigen einheitlichen Gewerkschaftstaktik gewinnen könne.

Sozialer Fortschritt

Der CDU-Abgeordnete Johannes Even schreibt in der katholischen „Ketteler Wacht“ zur Rede des Vorsitzenden der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Walter Raymond, in der auf die erzielten sozialen Fortschritte hingewiesen und erklärt wurde: „Das deutsche Volk soll ein Volk von Besitzenden werden“, u. a.: „Wir verkennen diese Fortschritte keineswegs, sind aber nicht der Meinung, daß das Gros der Unternehmer zu diesen sozial fortschrittlichen Kreisen zu zählen ist. Von der Reihe der bei obenerwähnter Veranstaltung anwesenden Unternehmer wurden gerade die Ausführungen Dr. Raymonds, die sich mit dem sozialen Fortschritt und Frieden befaßten, sehr kühl und skeptisch aufgenommen. Es handelt sich wahrscheinlich um jene Unternehmerkreise, die die Erfüllung ihrer sozialen Pflichten darin sehen, daß sie überhaupt Arbeitnehmer beschäftigen. Jene Kreise, die glauben, das Wie der Produktion und des Profits sei keinen sittlichen Schranken unterworfen, und es genüge im übrigen, die tarifliche Abmachungen zu erfüllen, während der Beschluß sozial fortschrittlicher Gesetze möglichst zu verhindern sei, der Unternehmertyp dieser Kreise ist keineswegs ausgestorben, sondern spielt in deutschen Unternehmerkreisen eine nicht unbedeutende Rolle. Diese Kreise sind es auch, die trotz der guten Gewinne in den letzten Jahren meist am lautesten klagen, am heftigsten kritisieren und jedem sozialen Fortschritt abhold sind. Sozialer Fortschritt und Friede hängen jedoch nicht nur von einem Partner ab, sondern Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ihn zu erstreben, ja, wenn nötig, in gegenseitigem Ringen zu erreichen.“

Wen drückt die Steuerlast?

Der DGB hat vor kurzem eine vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften zusammengestellte Übersicht über die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik herausgegeben, die sehr aufschlußreich ist. Wir können hier nur einige der wesentlichen Gesichtspunkte wiedergeben:

Seit der Währungsreform hat sich die die Masseneinkommen besonders belastende Verbrauchs- und Ertragsbesteuerung im Rahmen der gesamten Steueraufkommen ständig erhöht. Während noch im Jahre 1948/49 das Verhältnis von Verbrauchs- und Ertragsbesteuerung etwa 63:37 ausmachte, stellt es sich im Finanzjahr 1950/51 auf 69:31. Diese Verlagerung des Steueraufkommens zur indirekten Besteuerung hin wird sich auf Grund der kürzlich beschlossenen Umsatzsteuererhöhung von 3 auf 4 v. H. fortsetzen. Der Anteil der Verbrauchsbesteuerung hat damit nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes „fast den hohen relativen Stand von 1934 (noch dazu ein Krisenjahr, mit stets relativ zunehmender Verbrauchssteuerbelastung) erreicht“, obwohl die jetzige Wirtschaftssituation alle Züge einer, wenn auch rüstungsbedingten Hochkonjunktur trägt. Der Anteil an indirekten Steuern, den eine Arbeiterfamilie zu zahlen hat, wird an folgendem Beispiel klar: Eine aus vier Personen bestehende „Indexfamilie“, die über ein verausgabungsfähiges Einkommen von 280 DM verfügt, gibt 131,40 DM für Nahrungsmittel aus, 12,28 DM davon entfallen auf indirekte Steuern (Umsatzsteuern sowie Verbrauchssteuern und Zölle); für Genußmittel gibt sie 16,70 DM aus, 8,27 DM davon sind indirekte Steuern; die steuerliche Belastung aller anderen Ausgaben macht rund 3,5 v. H. aus. Der Anteil der direkten Steuerlast am Arbeitseinkommen der Indexfamilie ist zwar gegenüber dem Jahr 1949 wegen der 1950 erfolgten Tarifsenkung etwas niedriger, aber auch hier ist die verminderte Realkaufkraft zu berücksichtigen. Obwohl die steuerliche Gesamtbelastung des Volkseinkommens im Finanzjahr 1950/51 gegenüber dem Vorjahr gefallen ist, hat die Steuerbelastung der niedrigen Einkommensbezieher weiter zugenommen. Da die jüngst vom Bundestag beschlossene Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 3 auf 4 v. H. die Tendenz zur einseitigen Verlagerung der Steuerlasten auf die Arbeitnehmerschaft noch weiter verstärken wird, wird dieser Tatbestand von den Gewerkschaften sehr ernst gewertet.

Betriebsräte und Kirche

Die evangelischen Kirchen im Rheinland und von Westfalen veranstalteten Mitte Dezember 1951 in der Evangelischen Akademie in Bielefeld eine dreitägige Tagung, zu der 43 Betriebsräte aus rund 25 Betrieben Westfalens eingeladen wurden. In seinem Referat erklärte der Studienleiter Pfarrer Becker, daß auf keinen Fall die Absicht bestehe, eine konfessionelle Gewerkschaft zu gründen. Die evangelische Kirche stehe fest zur Einheitsgewerkschaft.

Wir sind entschlossen, den Weg des gesunden Realismus zu gehen. Wir werden uns der konkreten Probleme des wirtschaftlichen Lebens bemächtigen und werden uns überall dort einschalten, wo an ihrer Lösung gearbeitet wird.

(Hans Böckler †)

Die Angestellten

Wilhelm Biedorf schreibt:

Es gibt mehr als drei Millionen Angestellte in der Bundesrepublik. Sie bilden mit ihren Familienangehörigen einen zahlenmäßig sehr bedeutenden Teil der Gesamtbevölkerung. Aber nur erstaunlich wenige Außenstehende haben einen genauen, nicht schon an der Oberfläche der Geschehnisse endenden Einblick in das Leben, die Arbeit und das Denken der Angestellten.

Die Angestellten bildeten eine bevorzugte Arbeitnehmergruppe. Der Staat gestand ihnen in der Sozialversicherung Sonderorganisationen und Sonderrechte zu, weil die offizielle Staatspolitik die Solidarität der Angestellten mit den Arbeitern möglichst verhindern wollte. Der „soziale Aufstieg“ der Kinder in die Angestelltenschaft wurde von vielen Arbeitern gern gesehen und vielfach unter Opfern gefördert. Die Arbeit im Büro war meistens angenehmer als die Arbeit in den Werkstätten. Die Entfernung zum „Prinzipal“ war für den Angestellten kürzer als für den Arbeiter. Das galt in räumlicher Hinsicht; denn der Arbeitsplatz des Angestellten lag dem Chefbüro näher als der Arbeitsplatz des Arbeiters, es galt auch von einigen Attributen des gesellschaftlichen Ranges. Die kleinen Unternehmen beschäftigten nur wenige Angestellte. Die enge räumliche Zusammenarbeit mit dem Unternehmer war eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich war es, daß der Unternehmer auf diese Mitarbeiter Teile seiner Funktionen delegierte, und zwar Arbeitgeberfunktionen und Unternehmerfunktionen. Daß die Arbeitsleistung dieser Angestellten besser entlohnt wurde als die der Arbeiter in den Werkstätten, ist einleuchtend. Aus der Gesamtzahl der über die vielen Unternehmen verteilten wenigen Angestellten bestand „die Angestelltenschaft“. Es ist verständlich, daß ihr sozialer Rang höher eingeschätzt wurde als der der Arbeiterschaft. Er war es ja tatsächlich auch, wenn man annimmt, daß er vom Einkommen und den Möglichkeiten einer besseren Lebensführung abhängig ist. Aus dieser Zeit und aus den herrschenden Ansichten dieser Zeit haben sich viele Urteile und Fehlteile über die Angestellten bis in die Gegenwart hinein erhalten, die den Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Angestelltenschaft ignorieren. Die in großen Teilen eines Volkes verbreiteten Auffassungen haben ein zähes Leben. Sie passen sich immer nur zögernd den neuen Tatsachen an. Der „Standesdünkel“ ist kein Merkmal der Angestelltenschaft. Von ihrer „soziologischen Eigenständigkeit“ sprechen die Angestellten nicht. Das tun nur einige „Angestelltenführer“, um die von ihnen geschaffene gewerkschaftliche Sonderbündelei am Leben zu erhalten.

Es gibt Hunderte von Angestelltenberufen

Niemand kann „von Beruf“ Angestellter sein. Es gibt eine sehr große Zahl von Angestelltenberufen. Und in jedem einzelnen Beruf gibt es noch eine bunte Vielfalt von unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. In keinem anderen Beruf und in keiner anderen Arbeitnehmergruppe ist die Vieltätigkeit und die Unterschiedlichkeit so groß. Auch die großen Ordnungsbegriffe „Kaufmännische Angestellte“, „Technische Angestellte“ und „Verwaltungsangestellte“ umschließen noch jeder für sich ein umfangreiches Berufsregister. Außerdem gibt es viele Nebengruppen, die nicht in diese Einteilung hineinpassen. Zudem sind die Grenzen

zwischen den Tätigkeiten auf kaufmännischem und technischem Gebiet nicht immer klar abgesteckt. Oftmals muß kaufmännisches Wissen durch technisches Wissen ergänzt werden, bevor eine bestimmte erforderliche Leistung überhaupt möglich ist. In allen Fällen ist eine wesentliche Erweiterung der in der üblichen Berufsausbildung erlangten Kenntnisse vonnöten, um eine gutbezahlte Stellung ausfüllen zu können. Die Erweiterung betrifft dann fast immer Einzelgebiete aus der Fülle des breiten allgemeinen Berufswissens. Die meisten gutbezahlten Angestellten sind Spezialisten.

Die Vielzahl der Berufe ist eine der wichtigen Tatsachen, mit denen die Planung jeder gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit rechnen muß. Die Bindungen an den Beruf, die Bedeutung der Berufsausbildung, die Leistungsfähigkeit und die Berufserfahrung der Spezialisten sind im allgemeinen bei den Angestellten stärker betont als bei den Arbeitern. Wer das übersieht — oder wer es weiß, aber nicht beachtet —, wird die Angestellten nicht in wünschenswert großer Anzahl für die Gewerkschaftsarbeit gewinnen. Während der letzten Jahre sind leider in vielen, leicht nachweisbaren Fällen solche Notwendigkeiten übersehen worden.

Der Schablonenbegriff Angestellter stimmt mit der Wirklichkeit schon seit hundert Jahren nicht mehr überein. Die Verantwortungsbereiche der Angestellten sind von sehr unterschiedlicher Größe. Von der Verantwortlichkeit für Prosperität oder Niedergang großer Unternehmen und für die Wirtschaftlichkeit oder die Unwirtschaftlichkeit von Betrieben und Betriebsabteilungen, für einwandfreie Qualität oder mangelhaften Ausfall der Produktion, führen viele Zwischenstufen bis zu der Verantwortlichkeit für die ordentliche Erledigung kleinster Aufgaben, die nach dem Angestelltenversicherungsgesetz als Angestellten-tätigkeiten gelten.

Hier entsteht auch die Problematik, die für die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit darin begründet liegt, daß die Angestellten in vielen Fällen Vorgesetzte der Arbeiter sind — man denke nur an die technischen Angestellten in den Betrieben — und daß viele Angestellte bei ihrer Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen den Weisungen anderer Angestellter zu folgen haben. Diese Schwierigkeiten überwindet eine Gewerkschaftsleitung nicht, die vor ihnen die Augen schließt.

Es kommt darauf an, die gemeinsamen Interessen einwandfrei zu bestimmen, die Sonderinteressen in besonderen Arbeitsgruppen behandeln zu lassen und dann gewissenhaft zu prüfen, ob und wie sie in die allgemeine Gewerkschaftspolitik eingeschlossen werden können. Die Gewerkschaften bejahen alle vernünftigen Bestrebungen, die sich darauf richten, die Produktivität zu steigern. Sie müssen deshalb auch eine moderne Organisation der Betriebe bejahen, die ohne Überordnung und Unterordnung undenkbar ist. Die Gewerkschaften fordern eine den Leistungen und den Verantwortlichkeiten entsprechende Regelung der Gehälter und Löhne. Bei solchen Voraussetzungen sollte die Abstimmung der berechtigten Interessen der Angestellten aller Verantwortungsbereiche keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen.

GEWERKSCHAFTEN UND PRODUKTIVITÄT

Die Forderungen der Gewerkschaften zielen darin, daß das Sozialprodukt einer Volkswirtschaft so gerecht wie möglich auf die Bevölkerung verteilt wird, daß es sich laufend vermehrt, um die Lebenshaltung der Menschen ständig zu steigern. Die Produktivität der Wirtschaft ist daher nicht nur das Anliegen der Unternehmer, sondern ebenso, wenn nicht sogar in erster Linie, der Arbeitnehmer... Es darf dabei nicht übersehen werden, daß mit der ständig wachsenden Kenntnis von den Arbeitsbeziehungen im Betriebe auch der Begriff von den menschlichen Arbeit ein anderer geworden ist, als er uns im rein technischen Denken zu Anfang unseres Jahrhunderts entgegentritt. Arbeit bedeutet heute mehr als nur die jeweils ausgeübte Tätigkeit. Es besteht ein großer Unterschied zwischen demjenigen, der unter unbefriedigten Bedingungen tätig ist und demjenigen, der mit Leib und Seele seine Arbeiten ausführen kann. Diese entscheidende Änderung im Charakter der Arbeit setzt im letzten Grunde eine neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung voraus. Diese grundsätzliche Erkenntnis darf uns jedoch nicht hindern, den täglichen Dingen so realistisch wie möglich entgegenzutreten.

(Georg Reuter, stellv. Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Das Buch für dich!

Die „Büchergilde Gutenberg“ bringt im ersten Vierteljahr 1952 u. a. folgende Bücher zu den bekannt billigen Preisen und guten Bezugsbedingungen heraus:

B. Traven: **Das Totenschiff**, Großformat in Ganzleinen, 256 Seiten.

Der berühmteste Roman des großen Unbekannten ist die erschütternde Lebensdarstellung eines Seemanns, der nach dem Verlust seiner Papiere der Willkür der Behörden, seiner Vorgesetzten und der Elemente preisgegeben ist.

Jef Last: **Vor dem Mast**, Romanformat in Ganzleinen mit Schutzumschlag, illustriert, 196 Seiten.

Lebensmut und gesunder Humor sprechen aus diesen Matrosenerlebnissen, die der Verfasser so frisch und anschaulich darzustellen weiß, als hätte er selbst „Vor dem Mast“ gestanden und alles erlebt.

Jack London: **Kid & Co.**, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 232 Seiten.

Dieses neue Jack-London-Buch, das die Fortsetzung der Erlebnisse des Alaska-Kid und seines Freundes Kurz darstellt, ist voll köstlichen Humors und stellenweise von zartfühlender Innigkeit.

Fjodor Dostojewskij: **Schuld und Sühne**, 2 Bände, Gildenbibliothek der Weltliteratur, Ganzleinen mit Schutzumschlag, Band 1: 327 Seiten; Band 2: etwa 330 Seiten. Beide Bände werden nur zusammen abgegeben.

Der große russische Erzähler versteht es, bis in die verborgensten Winkel der menschlichen Seele zu leuchten. Die Darstellung der see-

lischen Situation des Studenten Raskolnikow, der eine alte Wucherin ermordet, hält den Leser in atemloser Spannung.

Marion Einwächter: **Du bist mir nah**, Romanformat in Ganzleinen, 276 Seiten.

Dieser Frauenroman zeigt das Schicksal einer Gattin und Mutter, der die Erinnerung an den geliebten, im Kriege gefallenen Mann Kraft und Zuversicht zum Weiterleben und für die Erziehung ihrer Kinder verleiht.

Romain Rolland: **Johann Christof**, 3 Bände, Romanformat in Ganzleinen mit Schutzumschlag. Band 1: 812 Seiten; Band 2: 596 Seiten; Band 3: 660 Seiten. Alle drei Bände werden nur zusammen abgegeben.

Dieser großartige Musiker-Roman ist eines der bedeutendsten Dokumente europäischen humanitären Geistes. Der Nobelpreisträger Rolland schuf einen Entwicklungsroman, von Liebe, Freundschaft und dem Ringen um wahres Menschentum durchstrahlt. Er zeigt das Leben eines genialen Künstlers, der Deutschland und Frankreich aufs tiefste verbunden ist.

Ben Lucien Burman: **Land der Sehnsucht**, Romanformat in Ganzleinen, 290 Seiten.

Ein einfacher Mann durchfährt im Wohnwagen die Weiten Amerikas auf der Suche nach einem glücklichen, friedvollen Leben für sich und seine Kinder. Trotz vieler Rückschläge bleibt seine tiefe Lebensgläubigkeit unerschüttert.

Auskunft in allen Fragen der Büchergilde: Pressestelle, Eberhardstraße 23.

FÜR DIE SCHWERBESCHÄDIGTEN

Das neue Schwerbeschäftigtengesetz

das von den maßgeblichen Ausschüssen einstimmig angenommen ist und dessen Annahme auch in den gesetzgebenden Körperschaften als sicher erscheint, sieht eine Fülle weitgehender Bestimmungen vor. Hinsichtlich

„Umfang der Beschäftigungspflicht“

heißt es unter anderem:

(1) Alle Arbeitgeber, die über wenigstens 10 Arbeitsplätze verfügen, müssen wenigstens einen Schwerbeschädigten beschäftigen. Von den darüber hinaus vorhandenen Arbeitsplätzen müssen

a) bei den Verwaltungen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts wenigstens 10 v. H.,

b) bei privaten Banken, Versicherungen und Bausparkassen wenigstens 10 v. H.,

c) bei öffentlichen und privaten Betrieben, die nicht unter Buchstabe b fallen, wenigstens 6 v. H.

mit Schwerbeschädigten besetzt werden.

(2) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrats nach Anhörung des Schwerbeschädigtenrats (§ 28) den Pflichtenatz nach Absatz 1 allgemein oder für einzelne Wirtschaftszweige oder Betriebsarten um höchstens 2 v. H. erhöhen oder bis auf 4 v. H. herabsetzen.

(3) Die Landesregierung kann Verpflichtungen, die über die Absätze 1 und 2 hinausgehen und die das Land selbst übernimmt, auch anderen ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts auferlegen.

(4) Das Arbeitsamt kann im Einzelfall durch Anhörung des Arbeitgebers und des Betriebsrats im Einvernehmen mit der Gewerbe- oder Bergaufsicht eine höhere Pflichtzahl als

nach den Absätzen 1 bis 3 festsetzen, die jedoch das Doppelte der für den Arbeitgeber geltenden Pflichtzahl nicht überschreiten darf. Bei der Festsetzung sind, soweit es nach der Zahl der unterzubringenden Schwerbeschädigten erforderlich ist, alle Arbeitsplätze zu berücksichtigen, die für die Beschäftigung Schwerbeschädigter geeignet sind. Unter den gleichen Voraussetzungen kann ein Arbeitgeber, der über weniger als zehn, aber mehr als fünf Arbeitsplätze verfügt, verpflichtet werden, wenigstens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen.

(5) Bei Arbeitgebern nach Absatz 1 Buchstabe a und bei öffentlichen Betrieben werden die Befugnisse des Arbeitsamtes nach Absatz 4 durch das Landesarbeitsamt mit Zustimmung der Dienstaufsichtsbehörde ausgeübt.

Unter

„Entziehung des Schwerbeschädigtenschutzes“

heißt es:

(1) Einem Schwerbeschädigten, der ohne berechtigten Grund einen Arbeitsplatz zurückweist oder aufgibt oder sich ohne berechtigten Grund weigert, an einer Ausbildungs-, Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme teilzunehmen, oder sonst durch ein Verhalten die Durchführung dieses Gesetzes schuldhaft vereitelt, kann der Schwerbeschädigtenausschuß des Landesarbeitsamts (§ 27) die Vorteile dieses Gesetzes zeitweilig entziehen.

(2) Vor der Entscheidung nach Absatz 1 muß der Schwerbeschädigte gehört werden. Der Beschluß ist nur wirksam, wenn ihm zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses zustimmen. In dem Beschluß muß die Frist bestimmt werden, für die er gilt. Sie läuft vom Tage des Beschlusses an und darf nicht mehr als 3 Monate betragen. Der Beschluß ist dem Schwerbeschädigten bekanntzugeben.

UNSERE Jugend

Das Jugendschutzgesetz

15 Paragraphen umfaßt das neue „Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“, das Anfang Januar 1952 in Kraft getreten ist und damit die alte Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend von 1943 ablöst. Das neue Gesetz, das für die Jugendlichen vom 14. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre gilt, kennt — soweit es die Jugendlichen selbst betrifft — keine kriminellen Tatbestände wie das Strafgesetzbuch,

sondern nur Verbote, die sich auf eine jugendlich-sittliche Lebensführung beziehen. Also auf das, was man nach anderem Maßstab bei Erwachsenen mit „Lebenswandel“ bezeichnen würde.

So bestimmt der Paragraph 1: „Droht Jugendlichen unter 18 Jahren an irgendeinem Ort, an dem sie sich aufhalten, eine sittliche Gefahr oder Verwahrlosung, so müssen sie sofort von dort entfernt werden.“ Nach den folgenden Para-

WIR GRUSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder konnten im Monat Dezember ihr Dienstjubiläum feiern:

50jähriges Dienstjubiläum

Stahl, Wilhelm Werksaufsicht

40jähriges Dienstjubiläum

Seeger, August	Elektrotechnische Abteilung	Wissussek, Gottfried	Blechwalzwerk III
Kehler, Karl	Maschinenabteilung	Rüsing, Wilhelm	Krankenkasse

25jähriges Dienstjubiläum

Dembski, Josef	Einkauf	Bernhardt, August	Maschinenabteilung
Bock, Heinrich	Hochofen	Schwellick, Franz	Martinwerk
Sinnwell, Helmut	Werk Barop	Bischoff, Franz	Phosphatmühle
Krzos, Johann	Bauabteilung	Mackowiak, Johann	Thomaswerk
Poersch, Otto	Spezialblechwalzwerk	Lotze, Georg	Eisenbahn-Abteilung
Püngel, Wilhelm	Eisenbahnwerkstatt	Knoth, Josef	Eisenbahn-Abteilung
Schmiedinghoff, Heinrich	Eisenbahn-Abteilung	Stahlberg, Franz	Eisenbahn-Abteilung
Vedder, Hugo	Spezialblechwalzwerk	Willberg, Erich	Eisenbahn-Abteilung
Patzelt, Fritz	Thomaswerk	Znoyck, Gustav	Mechan. Werkstatt

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft wünschen nochmals alles Gute

graphen sind solche „gefährlichen“ Orte Nacht- und Tanzlokale, Varietés mit Revuen kaum verschleierte Schönheiten und andere „öffentliche“ Lokalitäten.

Jugendliche unter 16 Jahren dürfen Gaststätten nur in Begleitung der Eltern oder Erziehungsberechtigten aufsuchen und in der Öffentlichkeit noch nicht rauchen. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen keinen Alkohol trinken. Der Paragraph 6 verbietet ihnen den Besuch von Filmen, die für Jugendliche nicht freigegeben sind.

Übertretungen der Verbote durch Jugendliche werden dem Jugendamt gemeldet, das dann mit Ermahnungen eingreift oder, je nach der Schwere der Tat, den „Fall“ an das Jugendgericht weitergibt. Aus dem Jugendgerichtsgesetz werden dann die Strafbestimmungen für ganz hartgesottene „Sünder“ genommen. Der Jugendrichter kann für sie Jugendarrest, Schutzaufsicht oder sogar die Fürsorgeerziehung anordnen.

Die Erwachsenen, die den Jugendlichen die verbotenen Dinge dennoch gewähren oder erlauben, werden mit Geldstrafen oder mit Freiheitsentzug bestraft. Natürlich müssen sie, um bestraft werden zu können, gewußt haben, daß es sich um Jugendliche handelte. Und die täuschen manchmal mit allen möglichen Hilfsmitteln ein höheres Alter vor, als sie haben.

Wir wollen mitwirken

Für die Mitwirkung der Gewerkschaftsjugend an staatspolitischen Aufgaben setzte sich das Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, Willi Ginholt, auf einer Arbeitstagung der Jugendsekretäre des DGB in Königswinter ein. Ginholt forderte, daß in einem künftigen Betriebsverfassungsgesetz ein gesetzlicher Schutz für Betriebsjugendsprecher verankert werde. Die Gewerkschaftsjugend, so erklärte er, stehe heute als Mittlerin zwischen den demokratischen Jugendverbänden der Bundesrepublik, 1,6 Million jugendliche Arbeitnehmer sind Mitglied der 16 dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften. Vertreter der katholischen und evangelischen Jugendverbände bekannten sich auf der Arbeitstagung der Jugendsekretäre des DGB zum Gedanken der Einheitsgewerkschaft.

Unterrichtsplan für den gewerkschaftlichen Unterricht

für die Lehrlinge des 3. Lehrjahres der Lehrwerkstatt, 3 Gruppen, jeweils dreiwöchentlich, freitags von 7 bis 8,45 Uhr im Unterrichtsraum der Lehrwerkstatt.

4., 11. Januar: „Was muß ich von der Sozialversicherung wissen?“, Leitung: Schuy.

18., 25. Januar, 1. Februar: Aktuelle Tagesfragen (Schumanplan usw.), Leitung: Thiesbrummel.

8., 15., 22. Februar: „Das Ruhrgebiet und seine wirtschaftliche Bedeutung“, Leitung: Neukirch.

29. Februar, 7., 14. März: „Welche Möglichkeiten der Weiterbildung bieten die Gewerkschaften?“, Leitung: Neukirch.

IG. Metall besuchte uns

Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall aus allen Bezirken der Bundesrepublik besichtigten unser Werk und ließen sich zum Abschluß ihres Besuches unsere Filme vorführen. Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke erläuterten die wirtschaftspolitischen und sozialen Vorgänge, die in den Filmen angeschnitten sind.

Auch im Hörsaal der Schule der IG. Metall wurden auf Anregung des Schulungsleiters Treichel unsere Filme gezeigt. Im Anschluß an die sozialpolitischen Erklärungen der Kollegen Hoischen und Schwentke entwickelte sich eine lebhaft Diskussion, die auch die Fragen des Mitbestimmungsrechts und des kommenden Betriebsverfassungsgesetzes umfaßte.

Zwei neue Arbeitsdirektoren

Für zwei Bergwerksgesellschaften im Raume Dortmund sind von der IG. Bergbau Arbeitsdirektoren vorgeschlagen, die im Rahmen der Mitbestimmung voraussichtlich schon zu Anfang dieses Jahres ihr Amt antreten werden.

Für die Achenbach-Schachtanlagen soll der Obersteiger Buschmann und bei der Bergbaugesellschaft Kaiserstuhl der derzeitige Direktor der Versorgungszentrale bei der DKBL, Otto Hoffmann, eingesetzt werden.

„Wo bleibt meine Zeitung?“

„Ich habe im letzten Monat das Mitteilungsblatt nicht bekommen!“ — „Bin ich eigentlich ein Außenseiter, daß man mir das Mitteilungsblatt entzieht?!“ — „Zum Donnerwetter noch einmal! Ich will meine Zeitung haben!“

So kommen die Kollegen in unsere Pressestelle. So rufen sie uns telefonisch an. So schreiben sie uns, wie folgender Pensionär aus der Ostzone:

„Die schöne Werkzeitung der Westfalenhütte bekomme ich recht unterschiedlich. Aber gerade sie möchte ich nicht gerne missen, denn sie verbindet uns doch am lebendigsten mit unserer alten Wirkungsstätte.“

„Mit großem Interesse habe ich immer die Werkzeitung gelesen, die leider seit zwei Monaten ausgeblieben ist. Das liegt wohl daran, daß ich versäumt habe, Ihnen meine Adressenänderung mitzuteilen. Ich wohne jetzt . . .“

„Ich möchte Ihnen hiermit meine neue Adresse mitteilen und Sie gleichzeitig bitten, mir die Zeitschrift Westfalenhütte zu senden; habe sie erst zweimal erhalten. Ich würde mich sehr freuen, sie wieder lesen zu dürfen, da es doch immer eine schöne Erinnerung an meine frühere Arbeitsstätte ist, wo ich bereits 28 Jahre war.“

„Es ist nur natürlich, daß gerade wir Pensionäre und von uns besonders diejenigen, die in entferntere Gegenden verschlagen wurden, besonders erpicht sind auf Nachrichten über das Ergehen des Werkes, unseres Werkes, mit dem wir nun einmal auf Gedeih und Verderb verbunden sind, über unsere ehemaligen Kameraden usw.“

„Ich hatte mich so sehr über das Mitteilungsblatt gefreut, nicht über die Tatsache der Zustellung an sich, sondern vor allem auch über die erstaunliche Aufwärtsentwicklung des Werkes, von der der Inhalt des Blattes Kunde gibt.“

„Da ich über 32 Jahre auf dem Werk tätig war, bin ich so sehr mit ihm verbunden, daß ich mich freuen würde, wenn Sie mir das Mitteilungsblatt wieder zusenden würden, falls es Ihnen möglich ist.“

„Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Zeitung wieder zustellen würden, da mich auch heute noch alles interessiert, was in dem Werk, in dem ich so lange Jahre beschäftigt war,

geschieht. Oktober und November habe ich sie nicht mehr bekommen.“

„Übrigens wäre ich, wenn es Ihnen keine weitere Mühe macht, für Zusendung einer Zeitung ab und zu sehr dankbar. Auf diese Weise habe ich dann noch etwas Kontakt mit dem Werk, dem ich angehören durfte. Die Zeitung würde mir hier immer bereitwilligst vorgelesen werden (der alte Kollege ist erblindet. Die Red.). Da ich selbst nicht mehr schreiben kann, hat mir der Heimleiter diesen Brief geschrieben.“

Solche Briefe erhalten wir oft und wir freuen uns darüber. Wir freuen uns genau so, wenn ein Kollege hier auf den Tisch haut, weil er seine Zeitschrift nicht bekommt. Jedes Belegschaftsmitglied, aber auch jeder Rentner, Pensionär usw. hat ein Anrecht darauf! Und durch die Reklamationen erhalten wir die Bestätigung: das Mitteilungsblatt wird verlangt und gelesen!

Wer aber unser Mitteilungsblatt pünktlich erhalten will, der muß selbst dafür sorgen, daß, falls er seine Wohnung wechselt, diese Adressenänderung der Pressestelle mitgeteilt wird. Der Grund der Nichtzustellung liegt in den allermeisten Fällen in der Unterlassung schnellster Ummeldung. Wir lassen bekanntlich das Mitteilungsblatt durch den Postzeitungsdienst ins Haus zustellen. Und auch bei der Post sind Irrtümer möglich. Hat kein Wohnungswechsel stattgefunden und bleibt das Mitteilungsblatt einmal aus, dann ist zweckmäßig, beim Postboten oder dem zuständigen Postamt zu reklamieren. In die Ostzone wird das Mitteilungsblatt im Briefumschlag von der Pressestelle aus versandt.

In diesem Zusammenhang wird es unsere Kollegen interessieren, daß unser Mitteilungsblatt auch von ausländischen Zeitungen, Betrieben, Vertretern usw. angefordert wird. Es wird z. Z. versandt nach Italien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland, England und USA. Darüber hinaus erhalten rund 1000 Universitäten, Technische Hochschulen, Zeitungswissenschaftliche Institute, Werbezentralen, Werke, Behörden, Regierungen, Gewerkschaften, politische Parteien, Vertretungen, Handelslehranstalten, Wissenschaftler, Ärzte usw. unser Mitteilungsblatt.

Unsere Weihnachtsfeiern

Sie waren sehr erheben verlaufene Familienfeste, die unsere Kolleginnen und Kollegen — teilweise mit ihren Familienangehörigen — vereinten. Fünfmal war das große Assauer-Theater bis auf den letzten Platz von den Kindern besetzt, die sich an dem sehr schön gestalteten Märchenspiel „Der gestiefelte Kater“ begeisterten. Und wenn dann der Nikolaus kam und die Gaben verteilt wurden, war die Freude grenzenlos. Auch an diesen Veranstaltungen nahmen auf unsere Einladung hin Kinder der Dortmunder Waisenhäuser teil, für die wir darüber hinaus eine eigene Bescherung durchführten. Die Jugendgruppe und die Lehrwerkstatt bemühten sich in ihren Feiern, ihre Freunde mit besonderen Darbietungen zu erfreuen. Rund 1000 Schwerbeschädigte mit ihren Frauen, Witwen verunglückter Arbeitskollegen fanden sich zu einer würdigen Feierstunde, die von Kräften der Städtischen Bühnen gestaltet wurde. Für die Schwerstbeschädigten fand in den Sozialwerkstätten eine ergreifende kleine Feier statt. Unsere kranken Kollegen wurden in den Krankenhäusern besucht und beschert. Die „goldenen“ Kollegen, die seit mehr als 50 Jahren der Betriebsgemeinschaft angehören, wurden unter dem Weihnachtsbaume, dessen Lichter „die Feier der goldenen“ überstrahlte, wieder jung.

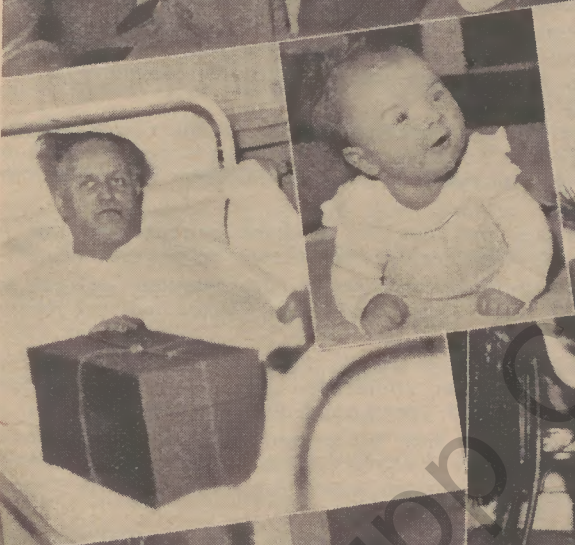
Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke fanden auf allen Veranstaltungen die passenden, ergreifenden Worte, die zur Freude, aber auch zur Besinnung und zum Fortschritt auf dem ein-



Unsere Jüngsten sangen in den Büros Weihnachten an

geschlagenen Weg sozialer Weiterentwicklung ermahnten und aufforderten. Bei allem hatten wir auch unsere alten Kollegen, die „jenseits“ wohnen, nicht vergessen (vgl. übernächste Seite).

Unsere nebenstehende Fotomontage zeigt einen kleinen Ausschnitt aus unseren Veranstaltungen.



Briefe von jenseits . . .

Auch in diesem Jahr haben wir vor Weihnachten unsere Alten, die sich in Mittel- und Ostdeutschland bis nach Polen hinein befinden, nicht vergessen. Aus der Fülle der bei uns eingegangenen Dankschreiben greifen wir folgende heraus:

„ . . . Wir waren einfach sprachlos und lasen den Brief nicht nur einmal, sondern vier- und fünfmal, und konnten es nicht lassen. Das war wirklich ein Geschenk, wie vom Himmel gefallen, das uns heute erreichte. Die herrlichen Fettigkeiten werden uns sehr zugute kommen, besonders unserer kranken Tochter. Die Schokolade mündet uns Ostzonalen vorzüglich. So etwas gibt es hier ja auch nicht. Sie haben uns mit allen Sachen eine sehr große Freude gemacht und wir danken den gütigen Spendern von ganzem Herzen.“

„Das Paket mit vielem Dank und Freude erhalten. In dem Paket waren vier Tafeln Kokosfett, 1 Dose Mastrindfleisch, 2 Dosen Tafelöl. Schokolade fehlte. Schokolade, von dort abgeschickt, kommt selten hier an. Wir sind zwei alte Leute. Ich bin 73, meine Frau 67 Jahre alt. Als besonderen Wunsch hätte ich den: abgetragene Kleider, denn für Lebensmittel müssen wir hohen Zoll zahlen.“ (Dieser Brief kam aus Polen.)

„Da wir nie Pakete erhalten, so kam uns Ihr Paket sehr überraschend, und wir hatten große Sonntagsfreude. Es sind alles so schöne Sachen, wie wir sie uns hier nur ansehen dürfen.“

„Ich sage meinen herzlichsten Dank für das schöne und wertvolle Päckchen, das ich so unvermutet erhalten durfte. Ich habe mich sehr über diese gute Gabe gefreut.“

„Das Paket war für mich eine ganz besondere Überraschung, und ich habe mich über alles außerordentlich gefreut. Meinen aufrichtigen Dank für die wertvolle Sendung.“

„Für mich 63jährige Rentnerin war Ihre Gabe eine große Freude und Überraschung; denn Sie können sich sicher denken, daß ich mir solche Dinge überhaupt nicht kaufen kann, und außerdem habe ich hier diese Sachen seit Jahren nicht mehr gesehen.“

„Nach vielen Umständen erhielten wir Ihr wertvolles Paket ausgehändigt. Die Freude hierüber können Sie sich wohl vorstellen. Die Tränen standen mir sowie meiner Frau und Tochter in den Augen über den Inhalt des Paketes. Wir fühlen uns zurückversetzt in die Zeit vor dem Kriege, wo es hier bei uns auch noch diese Qualitätswaren gab.“

„Ich sage Ihnen meinen wärmsten Dank für das übersandte Paket. Unaussprechliche Freude wurde mir bereitet, so daß mir die Tränen kamen.“

„Wir sagen Ihnen herzlichen Dank für das schöne Paket, das ich anstatt meines Mannes, der leider vor kurzem verstarb, erhielt. Ich und mein blinder Sohn haben uns sehr gefreut, da diese Raritäten hier besonders knapp sind. Es war wirklich eine große Überraschung für uns. Da wir nur von unseren Renten leben, können wir uns nicht viel leisten. Mein Sohn ist im Krieg erblindet.“

„Es gibt also wirklich noch gute und hochherzige Menschen, trotzdem wir hier schon den Glauben an das Gute verloren hatten.“

„Sie haben uns mit Ihrem Paket nicht nur eine große Freude bereitet, sondern auch zu einer erheblichen Verbesserung unseres an sich sehr bescheidenen Lebensunterhaltes beigetragen. Denn gerade Fett ist ja das, was hier im Osten den Kindern am meisten fehlt. Zudem beweist es mir, daß man uns hier im Osten noch nicht vergessen hat.“

„Ich wohne hier einsam auf einem Dorfe. Unvermittelt brachte mir der Postbote Ihre freudige Mitteilung und das schöne Paket mit dem wunderbaren Inhalt.“

„Ich war sehr überrascht und erfreut über eine so unverhoffte Sendung.“

„Ich war sehr erstaunt und vollkommen überrascht über Ihr Paket. Hoherfreut über den Inhalt, möchte ich Ihnen von ganzem Herzen danken. Da ich drei Kinder habe und im Ostsektor wohne, sind solche herrlichen Dinge nur selten und desto mehr zu begrüßen.“

„Ich erhielt mit großer Freude Ihr Paket, wofür ich mich recht herzlich bedanke. Über die Zusammenstellung möchte ich sagen, daß sie sehr gut war, denn Fleisch und Fett wird uns immer noch knapp zugeteilt.“

„Ja, das war eine Überraschung! Wir waren wie vom Himmel gefallen.“

„Wir danken Ihnen vielmals für das Paket, mit dem Sie uns sehr Gutes getan haben. Für das Paket haben wir hier noch 34 Zloty Zoll bezahlen müssen, denn Lebensmittel werden hoch verzollt. Wenn ich mir etwas wünschen darf: abgetragene Kleidungsstücke, Schuhe oder dgl.“ (Aus Polen.)

„Ich bin angenehm überrascht und sehr glücklich über all die schönen Sachen, daß ich meinen Dank gar nicht so recht in Worten ausdrücken kann. Mein Mann liegt seit vier Wochen im Krankenhaus und kommt in diesen Tagen nach Hause. Wie gut kann ich ihn, der als Zuckerkranker besonders Fett braucht, nun pflegen. Der Inhalt des Paketes ist so wundervoll, daß es mir recht undankbar erscheint, bei einer eventuellen Wiederholung, wie Sie schreiben, noch besondere Wünsche zu äußern.“

„Wer einmal unsere Verhältnisse in der Ostzone kennengelernt hat, der kann es ermessen, welche Freude ein solch wertvolles Paket bereitet. Ich werde auch sehr sparsam damit umgehen.“

„Ich habe mich sehr über den Inhalt gefreut, denn es ist eine große Hilfe in meinem Haushalt.“

„Ende Januar 1951 mußte ich mich — ich arbeitete in einer Braunkohlengrube bei Leipzig — krank melden. Die Ärzte stellten dann Lungen-Tbc und Anämie fest. Ein von mir beantragtes Heilverfahren wurde abgelehnt. Auch wurde mir trotz meiner Gewichtsabnahme von 23 Pfund die Zusatzkarte B entzogen. Aus dieser kurzen Schilderung können Sie ersehen, daß ich mich über Ihr Paket sehr gefreut habe.“

„Wir waren in einer sehr mißlichen Lage und konnten uns schon wochenlang weder Fleisch noch Fett kaufen. Sie können sich daher denken, welche Freude Ihre Sendung bei uns hervorgerufen hat.“

„Es war für uns Zurückgebliebene in Polen eine doppelt große Freude, da es hier an Fettigkeiten — hauptsächlich an Kleidung — mangelt. Es ist alles sehr teuer und schlecht zu haben.“

„Wir haben uns über Ihr Geschenk gefreut. Das war ja gerade, als wenn der Weihnachtsmann da gewesen wäre.“

„Über die Fettigkeiten habe ich mich besonders gefreut, da wir diese sowie Fleisch und Zucker immer noch auf Karten erhalten.“

„Der Inhalt ist wohl das Richtige, was uns hier fehlt. Mit welcher Freude und strahlenden Augen Ihr Paket geöffnet wurde, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen.“

„ . . . worüber ich mich mit meinen fünf Kindern noch mehr gefreut habe: daß so etwas möglich ist, daß man im Westen an uns denkt. In diesem Augenblick war eine große Freude bei uns eingetreten.“

„Mein Sohn nahm, als ich einige Tage verreist war, das Paket an, öffnete es, hob es auf und legte es mir auf den Geburtstagstisch. Wie groß die Freude war, kann ich Ihnen in Worten nicht ausdrücken. Da es gut ausgewählte Sachen sind, die leider bei uns noch rationiert sind, war es um so wertvoller für mich. Ich danke Ihnen für die gütige und soziale Tat.“

„Es sind dies alles Raritäten für uns alte Leute, da wir von unserem Geld in den HO-Läden nichts kaufen können. Wir können, Ihrer Großzügigkeit dankbar gedenkend, unseren Küchenzettel eine Zeitlang bereichern. Es ist ein schönes Gefühl, zu wissen, daß wir Deutschen trotz der Grenzziehung doch Brüder geblieben sind, und in diesem Sinne begrüße ich Sie freundlichst.“

Bundespräsident Heuss:

„Der Kampf gegen die Volksnot ist zugleich ein Kampf um den Völkerfrieden. Wenn es gelingt, der argen sozialwirtschaftlichen Spannungen Herr zu werden, mit denen, Erbe einer bösen und kurzsichtigen Politik, die Gegenwart belastet ist, dann wird die seelische Atmosphäre einen Ausgleich finden, in dem der politische Radikalismus — lärme er rechts oder lärme er links — kein Echo findet.“

„So fast as Dūörpm“

Die ehemalige freie Reichs- und Hansestadt ist eine alte germanische Siedlung, deren Geschichte weit in vorchristliche Jahrhunderte zurückgeht. Zeugen der ältesten Vergangenheit sind eine große Anzahl von Urnenfriedhöfen aus dem 1. bis 2. Jahrtausend vor der Zeitenwende und der Fund eines Schatzes von 444 römischen Goldmünzen, die vermutlich ein brukterischer Edeling etwa 400 Jahre nach der Zeitenwende in Dortmund vergraben hat.

Das Gründungsjahr der Stadt Dortmund ist nicht bekannt. Urkundlich war der Ort erstmalig 899 als „Trutmannia“ bezeichnet. Die günstige Lage am Schnittpunkt bedeutender Verkehrswege sicherte der Stadt eine schnelle Entwicklung, so daß sie schon um das Jahr 1000 zu den vorbildlichen königlichen Städten und Märkten gezählt wurde.

Im 14. Jahrhundert waren an allen großen Handelsplätzen der Welt Dortmunder Kaufleute anzutreffen. Ihr Einfluß in der deutschen Hanse war so überragend, daß sogar der englische König Eduard III. wiederholt seine Königskrone und die Kronjuwelen an Dortmunder Kaufleute verpfändete und ihnen die Verwaltung seiner Hafenzölle und des königlichen Zollsiegels übertragen mußte, um Geld zu erhalten. Zeitweilig stand der englische Außenhandel unter Aufsicht und Kontrolle Dortmunder Kaufleute.

Natürlich fand die einzige Reichsstadt Westfalens mit ihrem vorbildlichen und vielerorts übernommenen Stadtrecht und dem außerordentlich einflußreichen Femegericht — das Kaiser, Fürst oder Knecht vor seinen Stuhl laden und durch den Strang hinrichten konnte — viele begehrliche Neider. Sie konnte ihre

Reichsfreiheit nur mit so großen Opfern im Kampf gegen die weltlichen und geistlichen Fürsten behaupten, daß ihre wirtschaftliche Blüte um 1400 zu Ende ging. Nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges zählte die Stadt nur noch knapp 4000 Einwohner.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte ein neuer, bis dahin nicht gekannter Aufstieg ein, als man begann, die Kohlschätze durch Schächte zu erschließen, als die erste Dortmunder Eisenbahn eröffnet wurde und die Eisenindustrie sich bei der Kohle ansiedelte. Wesentlich zum Aufstieg trug auch die Entwicklung der Dortmunder Brauindustrie bei, die durch die hervorragende Qualität ihres Bieres den Ruf Dortmunds in die ganze Welt trug. Wirtschaftlich aufgebaut auf Eisen, Kohle und Bier wuchs Dortmund zur Halbmillionenstadt und zur westfälischen Industrie- und Handelsmetropole heran. Zugleich hat sich in ihr auf der Grundlage dieser drei Wirtschaftsfaktoren ein immer vielseitigeres großstädtisches, wirtschaftliches und kulturelles Leben entwickelt.

Dortmund wurde vom Kriege schwer betroffen. Die Zahl der Einwohner war auf 280 000 herabgesunken. Aber stark war der Lebens- und Aufbauwille — getreu dem alten Wahrspruche: „So fast as Dūörpm!“ Heute ist in den Hütten und Zechen die Produktion und Förderung wieder in vollem Gange. Dortmund hat wieder über 530 000 Einwohner. Erneut flutet der Verkehr durch die Straßen. Das vielseitige wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Leben hat Dortmund wieder zu einem Mittelpunkt des engeren und weiteren Gebietes werden lassen.

Unser Bild zeigt Dortmund im Jahre 1598.



Es kann vorkommen . . .

daß jemand ganz gewaltig auf die Pauke haut, daß er sich für den Einzigen hält, der innerhalb des ganzen Werksbereiches — mindestens natürlich innerhalb seiner Abteilung — arbeitet. Er tut sich so, als ginge die Erdachse mitten durch sein hohles Kreuz.

Deshalb sagt er meist „ich“: ich muß alles schaffen — ich habe dem Werk das und das verdient — die anderen machen zwar zu früh Arbeitsschluß, ich aber . . . — ich bin, ich habe, ich werde — immer: ich.

Da erzählte ein Vater seinem Sohn vom Krieg. Auch er sagte immer: ich. Fragte sein Sohn in einer Atempause: „Vati, was haben denn die vielen anderen Soldaten im Kriege getan?“

Herr Ich sagt: „Ich bin Sozialist!“ — aber er bemüht sich, die soziale Frage nur für sich selbst zu lösen. „Ich bin liberal“ — aber er meint Freiheit und Freizügigkeit nur für sich selbst. „Ich bin Christ“ — aber er bringt es höchstens zum Lippenbekenntnis. „Ich bin Gewerkschaftler“ — aber er hat nur das Mitgliedsbuch, und könnte er die Beiträge einsparen, ließe er sich glatt durch das Knie bohren.

Aus dieser Ich-Bezogenheit heraus hat er auch keine Hemmung, das, was andere leisten, für sich zu plakatieren. Sagte mir kürzlich ein Kollege: „Da sitzt Herr Ich unter der Stehlampe im Entlehnschemel an seinem Abschreibtisch und notiert die Gedanken anderer, um sie dann als seine eigenen auszugeben.“ — Nun, das ist ein bössartiger Fall. Aber bössartig sind nicht alle.

Aber sie sind dumm und können nichts. Denn könnten sie viel, dann brauchten sie das Geringe, das sie gelegentlich zuwege bringen, nicht herausschreien. Je weniger Eier ein Huhn legt, desto lauter gackert es.

„Es lobt den Mann die Arbeit und die Tat“ — nicht aber, wenn kreißende Wortgebirge gelegentlich ein kleines Tat-Mäuslein gebären.

Jeder bei uns hat seine Aufgabe. Er hat sie hundertprozentig zu lösen. Das Werk ist die Summe aller. Ein jedes Rädchen muß in das andere greifen, damit das Ganze funktioniert.

Wie wahr ist der Spruch, den ich in einem Büro fand: „ . . . Viel mehr Wir und weniger Ich . . .!“ Wollen wir auch daran einmal denken?

KULTURELLE BLITZLICHTER

Ist unsere heutige Jugend verdorben?

Wenn man berufsmäßig Zeitungsartikel, Gerichtsberichte, konfessionelle Zeitschriften usw. verfolgt, kommt man leicht dazu, die Frage zu bejahen. Aber: ich habe einige unserer ältesten Belegschaftsmitglieder gesprochen. Sie gestanden, daß schon in den achtziger Jahren ihre Eltern die Hände über dem Kopf zusammenschlugen und über „die Verkommenheit der Jugend“ klagten. Aus meiner Jugendzeit erinnere ich mich, daß meine und die Eltern meiner Gespielen . . ., o je! Ich kenne auch etwas von der alten Literatur: ob Altertum, Mittelalter, Neuzeit, neueste Zeit — stets und überall wurde über die Jugend geklagt. Die Klagen sind also keine Erfindung der Kriegs- und Nachkriegszeit. Sie sind ebensowenig eine Folgeerscheinung des Kinos, wobei ich manche Schundprogramme durchaus nicht verteidigen will.

Ist der Film schuld?

Es ist richtig: drängend und ungeduldig steht die Jugend vor den Kinotüren. Aber: glaubt jenen Moralisten nicht, die da behaupten, die Ungedulden suchten im Kino den Kitzel, das Verbotene, das Dunkle und Verderbte. Sie suchen auch nicht das Flatterhafte, das Oberflächliche, das Amüsante. Die Absolventen der Kinderschuhe, die „Halbstarken“, wollen — und so muß man es sehen — im Kino endlich das Leben packen, das sich vor ihnen so unermeßlich groß und bunt auftürmt. Sie wollen ein Fenster ihrer Kinderstube aufstoßen und einen Blick werfen in die lockende, gefährliche und aufregende Weite.

Besinnliche Stunden?

Nichts ist verfehlter, als diese jüngsten Aspiranten des wirklichen Lebens auf das brave Beschauliche hinzuweisen, ihnen zu empfehlen, bei den „Helden der Vergangenheit“, bei den Klassikern und Historikern besinnliche Privatstunden zu nehmen. Nichts ist der Jugend fremder als das Klassische. Die vornehme Abgeklärtheit, auf der der milde Abendsonnenschein des Alters liegt, die filtrierte Weisheit, das Maßvolle, die wohltemperierte Leidenschaft und der kunstvolle Aufbau — alles dieses ist jungen Menschen fremd, denen das Herz ungeduldig klopft, die viele Ausdruckszeichen brauchen und lange Gedankenstriche machen, die große, schwarze Fragezeichen hinter alles Überlieferte setzen, die maßlos begeistert und grenzenlos enttäuscht sein können.

Das Aktuelle

Sie wollen den trockenen Staub abschütteln und sich endlich dem Aktuellen hingeben — gerade jenem Aktuellen, vor dem sie die hingebende Sorglichkeit von uns Eltern und Älteren taktvoll fernhalten wollen, da wir aus der Temperatur des Erwachsenenseins das Aktuelle nur mit Schlacken, Fehlern und Sprüngen behaftet sehen können, und weil der Unverstand des Erwachsenenseins — der ebenso töricht ist wie der Unverstand der Jugend (ich möchte das aber nur

in Klammern hinschreiben) — und das grausame Pochen auf unsere Erfahrung nur das Vergangene gereinigt und ausgegoren sehen kann und nicht glauben will, daß auch das Vergangene einmal bekämpft und selbst verachtet worden war.

Der Film aber ist ein riesiges Panorama des Aktuellen. Die Zeit spiegelt sich auf der Leinwand mit einer Hurtigkeit und Behendigkeit, die Staunen läßt. Die Kamera spürt mit dem Eigensinn eines Jagdhundes hinter der Gegenwart her. Das Morsche wird uns ebenso vorgeführt wie das Taurische, das Gute lehnt sich an die Schulter des Bösen; das Sentimentale sitzt neben dem Ironischen; das Tragische darf der Heiterkeit die Hand drücken. Nichts ist glattgestrichen; alle Widersprüche, aller Sinn und Unsinn der Zeit darf von der Leinwand herab sich aussprechen. Das Leben dokumentiert sich als Vielfalt — nicht als Einheit.

Das Heldische

Der Drang der Jugend nach dem Heldischen, wie sie es im Film sucht, ist durchaus legitim. Der junge Mensch fühlt sich in seiner Haut noch nicht ganz sicher. Er sucht seine Haut, in die er schlüpfen und die sein Lebensgefühl bereichern und stärken könnte. Als „Halbstarker“ sucht er das Heldische. Aber er will nicht jenen komplizierten und nur schwer zu ergründenden Helden, dem man in sagenhaften Fürstengründen einen erschauernden Besuch abstattet. Er will den lebenden Helden, der mit ihm — und sei es Scheinleben des Kinos — die Stürme der Zeit besteht, dem er die Hand drücken oder dem er einen Brief schreiben kann. Er will nicht den mumifizierten Helden — er will den Helden des Tages. Er will Umgang mit dem Lebenden — nicht mit dem Toten.

Erleben nicht reflektieren!

Die Augen sind das reizvolle Organ der Jugend. Sie denkt mit den Augen. Sie lebt mit dem Anschaulichen. Alte Menschen schließen die Augen; sie kriechen in das Schneckenhaus ihrer Seele und führen ein Leben der Reflexion. Gewiß ist das eine große und achtbare Tugend — aber wir wollen doch unsere Augen nicht dafür verschließen, daß die unbedingte Hingabe an das Sichtbare eine notwendige und nützliche Etappe auf dem Weg zur Abgeklärtheit der Erwachsenen ist. Der Film aber ist die Kunst des Sichtbaren, die sich auf geheimnisvolle Weise mit dem Unsichtbaren, dem Hintergründigen, dem Ahnbaren verbindet.

Es ist nicht der Sinn, der These „Die heutige Jugend ist verdorben!“ die Antithese „Die heutige Jugend ist ideal!“ entgegenzustellen. Das eine ist ebenso unrichtig wie das andere. Gerade deshalb soll man sich vor unrichtigen Urteilen hüten, soll man sich bemühen — es wird nie restlos gelingen —, die Jugend zu sehen, wie sie ist. Und man soll auch einmal über sie und über ihr Tun und Denken — nachdenken.

Die Beleidigung

Beim Lesen des § 185 StGB wird man enttäuscht sein, nichts darüber zu erfahren, was eigentlich unter einer Beleidigung zu verstehen ist. Der § 185 ist der einzige Paragraph des Strafgesetzbuches, in dem nicht genau bestimmt ist, was der Täter vollführen und wie sein Wille beschaffen sein muß, um eine Beleidigung zu begehen.

Unter Beleidigung ist jede gegen die Ehre eines anderen gerichtete vorsätzliche und rechtswidrige Kundgebung der Mißachtung zu verstehen.

Mit dem Wort „jede“ soll zum Ausdruck gebracht werden, daß der Täter die Beleidigung auf verschiedene Art und Weise begehen kann. So kann sie z. B. in einem Schimpfwort bestehen, wobei es gleichgültig ist, ob der Beleidiger das Schimpfwort ausspricht oder aber es auf einen Zettel niederschreibt. Eine Beleidigung kann auch z. B. in Gesten, Zeichen oder Nachäffen des Ganges eines anderen oder ähnlichem bestehen. Sogar Tätlichkeiten können eine Beleidigung nach § 185 StGB darstellen, so z. B. Ausspeien, Abschneiden des Bartes oder Rauben eines Kusses.

Zu beachten ist dabei, daß der Täter die Kundgebung mit vollem Bewußtsein vornehmen muß. Er muß sich also über den ehrverletzenden Charakter der Äußerung vollkommen klar sein.

Die üble Nachrede

Eine üble Nachrede im Sinne des § 186 StGB begeht, wer in Beziehung auf einen anderen eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, wenn diese Tatsache nicht erweislich wahr ist.

Eine Behauptung, wie z. B. „die ist geisteskrank“, die in bezug auf ein junges Mädchen abgestellt und als Tatsache einem Dritten mitgeteilt wird, muß das Mädchen als eine besondere Verächtlichmachung und Herabwürdigung seiner Person in der öffentlichen Meinung empfinden.

Aus diesem Beispiel erkennt man, daß bei der üblen Nachrede mindestens eine dritte Person von der beleidigenden Äußerung unmittelbar Kenntnis erhalten muß. Im Gegensatz zur Beleidigung, bei der der Beleidigte zugleich der Empfänger der beleidigenden Äußerung ist, liegt es bei der

üblen Nachrede so, daß beide — Beleidigter und Empfänger der beleidigenden Äußerung — nicht personengleich sind.

Der Angeklagte befindet sich also dann in der schwierigen Lage, daß er die von ihm behauptete oder verbreitete Tatsache zu beweisen hat. Gelingt ihm dies nicht, so wird er nach § 186 StGB wegen übler Nachrede bestraft.

Aber selbst wenn die Behauptung erweislich wahr ist, ist eine Bestrafung nach § 185 StGB möglich. Voraussetzung hierfür ist, daß die an sich bewiesenen Tatsachen in einer Form oder unter Umständen geäußert wurden, die eine Beleidigung darstellen.

Die Verleumdung

Wegen Verleumdung nach § 187 des StGB wird bestraft, wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen anderen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder den Kredit zu gefährden.

Die Äußerung „die ist geisteskrank!“ aus dem Beispiel bei der üblen Nachrede ist dann eine Verleumdung, wenn der Täter diese wider besseres Wissen gemacht hat. Darin besteht der wesentliche Unterschied zwischen der üblen Nachrede und der Verleumdung. Konnte man noch bei der üblen Nachrede das Verhalten des Täters mit einer gewissen Klatschsucht entschuldigen, so muß ein derartiger Beweggrund bei der Verleumdung von vornherein fortfallen, da der Täter die Äußerung macht, obwohl er genau weiß, daß das Mädchen nicht geisteskrank ist.

Bei der üblen Nachrede beruht die Strafbarkeit also darin, daß die behauptete oder verbreitete Tatsache nicht erweislich wahr ist, d. h. nicht bewiesen werden kann. Bei der Verleumdung dagegen muß die Tatsache unwahr und außerdem wider besseres Wissen behauptet oder verbreitet, d. h. in voller Kenntnis der Unwahrheit, aufgestellt worden sein.

Gemeinsam ist allen drei strafbaren Handlungen, daß die Strafverfolgung nur dann eintritt, wenn der Verletzte einen Strafantrag stellt.

Wer muß Untermietzuschlag zahlen?

Die neue Mietpreisverordnung unterscheidet hinsichtlich der Untermiete zwei Arten von Mietverhältnissen, und zwar ein Mietverhältnis, dessen Untermietzins frei vereinbart wurde und ein Mietverhältnis, bei dem der Untermietzins nach den gesetzlichen Vorschriften errechnet wird. Im ersten Fall darf der Hauseigentümer vom Hauptmieter einen Untermietzuschlag in Höhe von 20 Prozent der anteiligen Leerraummiete des untervermieteten Raumes, also nicht der Untermiete, fordern. Dieser Zuschlag, um den sich die Hauptmiete erhöht, darf nicht auf den Untermieter abgewälzt werden. Der Untermietpreis gilt immer dann als frei vereinbart, wenn weder Haupt- noch Untermieter der Preisbehörde schriftlich erklärten, daß die Höhe der Untermiete nach der Anordnung PR 111/47 errechnet werden soll. Die Abwälzung auf den Untermieter wird deshalb als ungerechtfertigt bezeichnet, weil der Untermieter fast immer einen höheren als den gesetzlichen Untermietzins zahlt.

Der Hauseigentümer kann vom Hauptmieter den 20prozentigen Zuschlag nur dann verlangen, wenn dem Hauseigentümer weder eine schriftliche Erklärung des Hauptmieters über die Errechnung der Untermiete nach der Anordnung PR 111/47 noch eine Abschrift einer entsprechenden Erklärung an die Preisbehörde vorgelegt wird.

Wird eine solche Erklärung dem Hauseigentümer vorgelegt, so darf er an Stelle des 20prozentigen Zuschlages nur einen 5prozentigen Zuschlag der anteiligen Leerraummiete fordern. Dies auch nur dann, wenn der Untermieter in seinem Wohnraum mit seiner Familie einen selbständigen Haushalt führt. Führt der Untermieter allein einen selbständigen Haushalt oder wohnt er ohne Haushaltsführung in den untervermieteten Räumen, ist die Erhebung des 5prozentigen Zuschlages unzulässig.

Der 5prozentige Untermietzuschlag kann auf den Untermieter abgewälzt werden, da der Hauptmieter in diesem Falle keinen Gewinn aus der Untervermietung zieht.

Der Sonderfall, daß ein Hauseigentümer einen Teil seiner eigenen Wohnung einem Untermieter überläßt, fand folgende Regelung: Führt der Untermieter in den untervermieteten Räumen mit seiner Familie einen selbständigen Haushalt, kann ein Zuschlag von 5 Prozent der anteiligen Leerraummiete erhoben werden.

Die Preisvorschriften für Untervermietung sind nicht auf Wohnraum anwendbar, der nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig geworden ist und für den weder öffentliche Darlehen, Zuschüsse noch Steuerbegünstigungen beansprucht wurden. Sie gelten allerdings trotz Vorliegen dieser Voraussetzungen, wenn und solange zur Schaffung von Wohnraum Mietvorauszahlungen geleistet oder Baukostenzuschüsse von mehr als einer Jahresmiete gegeben sind.

Wir wissen,

daß sehr viele unserer Kolleginnen und Kollegen das Mitteilungsblatt aufheben und sammeln, um immer wieder in ihm lesen und nachschlagen zu können.

Wir haben

deshalb mit unserer Buchbinderei (Bücherei, Oesterholz- und Hirtenstraße) vereinbart, daß sie das Einbinden des Jahrganges 1951 auf Bestellung hin übernimmt. Die Ganzleinenausführung kostet nur 2,50 DM.

Sie brauchen

die von Ihnen gesammelten Hefte mit dem üblichen kleinen Bestellschein nur in der Bücherei abgeben und erhalten in Kürze den tadelloß eingebundenen Jahressband zurück. Der Betrag wird von Ihrem Lohn oder Gehalt einbehalten.

Furunkulose

Meistens beginnt — vor allem bei Männern — diese unangenehme Erkrankung am Halse, und zwar dadurch, daß der Rockkragen den Nacken wundscheuert und nun die Eitererreger (meistens sogenannte Staphylokokken, d. h. in Traubenform gelagerte kugelige Bakterien) in die Wunde eindringen. Aber auch an jeder anderen Stelle des Körpers können Furunkel in der gleichen Weise entstehen. Es bildet sich meistens in der Umgebung eine mehr oder weniger ausgeprägte Hautrötung, auch schwellen je nach Schwere der Erkrankung die benachbarten Lymphdrüsen an, und die Hauptpartie wird schmerzhaft. Nach einigen Tagen kommt es zur „Reifung“, d. h. es bildet sich auf der Kuppe der Eiterstippe ein gelbes Köpfchen, und durch sachgemäße Behandlung wird der Eiter nach außen entleert, worauf es zur Ausheilung kommt. Zur Behandlung eines Furunkels dienen am besten Umschläge mit essigsaurer Tonerde (verdünnt im Verhältnis einen Eßlöffel voll auf ein Glas Wasser) oder heiße Brei- oder Leinsamen-Umschläge.

Nicht immer verläuft eine Erkrankung an Furunkulose harmlos, und es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß beim Bösartigwerden einer Hauteiterung sogleich ein Arzt hinzugezogen wird. Man erkennt dieses daran, daß die im ganzen Körper befindlichen, neben den Schlag- und Blutadern verlaufenden Lymphgefäße sich durch die in sie eingedrungenen Eitererreger entzünden, was nach außen hin durch den bekannten „roten Strich“ in Erscheinung tritt. Wenn nun gar noch Schwellung der benachbarten Lymphdrüsen (Ellenbeuge, Achselhöhle, Leistenbeuge) hinzukommt, die meist mit erheblicher Schmerzhaftigkeit dieser Drüsen verbunden ist, dann muß man eine Blutvergiftung annehmen, und der Patient gehört wegen der großen Lebensgefahr sofort in ärztliche Behandlung.

Ebenso gefährlich sind die Gesichtsfurunkel, weil gerade am Kopf besonders viel Blut- und Lymphgefäße verlaufen, und dementsprechend die Gefahr, daß der Eiter in das Gehirn eindringt und den sofortigen Tod herbeiführt, besonders groß ist. Deshalb darf der Patient mit einem Gesichtsfurunkel sich weder selbst „behandeln“ noch daran drücken noch etwa versuchen, den Eiter durch Einstich oder Einschnitt zu entleeren, sondern muß sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Schonende konservative Behandlung mit Penicillin führt dann meist zur baldigen Heilung.

Um sich vor Furunkeln zu schützen, ist peinlichste Sauberkeit und gründliche Hautpflege unbedingt notwendig. Auch ist es erforderlich, daß bei einem Furunkel am Kopf die Haare in der Umgebung abgeschnitten werden, weil sonst immer wieder neue Furunkel entstehen, was zu einer unangenehmen Plage werden kann. Besonders junge Leute neigen oft zu hartnäckiger, immer wieder auftretender Furunkulose, die durch Hefe, Abführmittel und Blutreinigungstee wirksam bekämpft werden kann. Helfen diese

Hausmittel nicht, so muß die Erkrankung gründlich vom Arzt mit Penicillin oder sonstigen Mitteln oder mit einer sogenannten Autovaccine behandelt werden. Bei letzterer wird in einem dafür eingerichteten bakteriologischen Laboratorium der aus dem Furunkel entnommene Eiter rein gezüchtet und abgetötet. Diese in bestimmter Verdünnung

Zum neuen Jahr!

Das neue Jahr sieht dich auf vielen Wegen —
nicht alle führen dich dem Glück entgegen.

Oft ist es nur ein Pfad, recht still und schmal,
den dir erhellt des Lebens Sonnenstrahl.

Ihn suche, denn er führet dich bergauf
zu Glück und Sonne in des Jahres Lauf.

Das neue Jahr, es stellet viele Fragen,
zu denen du ein Ja, ein Nein kannst sagen;
und immer, wenn du mußt die Antwort geben,
ist's Sonne oder Schatten für dein Leben.
Wie auch Verstand und Sinn sich immer stellen,
die beste Antwort kommt aus Herzensquellen!
Dum halte diesen Brunnen klar im Fließen;
aus ihm entspringt das Glück und froh' Genießen,
die Labung für des Alltags Last und Sorgen
und auch das Licht zu neuen Jahres Morgen. G.

dem Patienten unter die Haut (subcutan) eingespritzten abgetöteten Bakterienleiber erhöhen die Abwehrkräfte des Körpers gegen die Eitererreger, so daß die Furunkel zunächst weniger auftreten und schließlich ganz verschwinden. Aus dem bisher Gesagten ist folgender Schluß zu ziehen: Der harmlose Furunkel, vor dem nur peinlichste Sauberkeit schützen kann, ist mit den genannten Hausmitteln zu heilen, schwere dagegen und insbesondere Gesichtsfurunkel gehören in sofortige ärztliche Behandlung.

Nicht nur in der Gefahrenzone

sondern überall

in unserem dichtgegliederten

Eisenbahnnetz:

Augen auf, Kollegen!



Unser Unfallverhütungs-Preis ausschreiben

An unserem Preis ausschreiben für Maßnahmen und Vorschläge, die die Unfallverhütung betrafen, nahmen recht viele Kolleginnen und Kollegen teil. Es wurden Preise im Gesamtbetrage von 1500 DM verteilt. Nach eingehender Prüfung fällte das Preisrichterkollegium folgende Entscheidung:

1 Preis im Betrage von 100 DM:

Preisträger:
Helmut Ewert, Maschinenabteilung

2 Preise im Betrage von je 75 DM

Preisträger:
Hans Helm. Bayer, Bauabteilung
Helmut Scherer, Lehrwerkstatt

5 Preise im Betrage von je 50 DM

Preisträger:
Walter Müller, Werkschutz
Franz Golder, Sinteranlage
Karl Kohlmann, Maschinenabteilung
Franz Hennig, Sinteranlage
H. Klein, M. A. Hochofen

10 Preise im Betrage von je 30 DM

Preisträger:
Theod. Hammelsbroich, Kaltwalzwerk
Gustav Siemers, Bauabteilung
Helm. Schmidt, Lehrwerkstatt
Emil Mrowitzki, Blechwerk I/II
Heinz Pohl, Martinw. Schrottpl.
Hans Stolberg, Hammerwerk
Franz Zunke, Lehrwerkstatt
Arno Hippler, M. A. Außenbetr.
Martin Müller, Kaltwalzwerk
W. Dölitzsch, Zementfabrik

20 Preise im Betrage von je 20 DM

Preisträger:
Wilh. Dreßen, Waggonwerkstatt
Franz Wollbrecht, Martinw. Maurer
Willy Liedtke, Eisenbahn
Karl Göttlicher, Eisenbahn
Hans Pawlik, M. A. Stahlwerke
Hermann Eichler, Feuerwehr
Werner Risse, Energiewirtschaft
Alfred Niemeyer, Betriebswerkstatt
Josef Baranek, Werksaufsicht
Wilh. Lüchtefeld, M. A. Betriebswerkstatt
Heinz Ferlemann, Schrottplatz
Geldmacher, Bauhof
Karl Kirschke, Betriebswirtschaft
Günter Pöppelmann, Werk Barop
Arno Friedrich, Soz. Werkstatt
Ferd. Töpfer, Drahtverf. Werkst.
Freund, Lehrwerkstatt
Heinr. Otting, Breitbandwalzwerk
Bernh. Gräve, Lehrwerkstatt
August Romczik, Werkschutz

Friedrich Kohlhage, Bauhof
Ernst Timm, Preß- und Hammerwerk
Anni Nenntwich, Hausfrau
Karl Winkes, Martinwerk II
Fritz Wocker, Betriebswirtschaft
Hermann Senf, Lehrwerkstatt
Alex Berg, Spezialblechw.
Wilhelm Römer, Elektrokarrenb.
Ernst Brechner, Thomasw. Stopfenb.
Heinz Brinkmann, Eisenbahn
Otto Maevus, Sattlerei
August Brackemann, Martinwerk
Horst Heuner, Walzwerk VIII
Ferd. Kunzmann, Bauabteilung
Max Weiser, Bauabteilung
Karl Fischer, Werkschutz
Eduard Weichmann, Eisenbahn



Vier Lehrlinge als Preisträger

Heinz Tegethoff, T-B-Maschinenabteilung
Hans Ruczinski, Elektroabteilung
Gerhard Marienfeld, Dreherei I
Karl Siebald, Kaltwalzwerk
Paul Holle, M. A. Hochofen
Fritz Reinbach, Bauabteilung, Klempnerei

In einer kleinen Feierstunde wurden die Preise den Preisträgern überreicht. Arbeitsdirektor Berndsen und Betriebsratsvorsitzender Schwentke legten hierbei u. a. die große Bedeutung der Unfallverhütung als betriebliche, vor allem aber auch als soziale Aufgabe dar und forderten zur weiteren intensiven Mitarbeit auf.

Wie sehr die Unfallverhütung die gemeinsame Sache aller ist, geht auch daraus hervor, daß sich unter den Preisträgern vier fünfzehnjährige Lehrlinge im ersten Ausbildungsjahr befinden, von denen Helmut Scherer einen Preis in Höhe von 75 DM gewann. Auch eine Hausfrau, die allerdings — und das ist ein besonders erfreuliches Zeichen — durchaus als werksverbunden angesehen werden muß, da fast alle männlichen Familienmitglieder in unserem Werk beschäftigt waren bzw. sind, ist unter den Preisträgern.

Jeder muß an der Unfallverhütung mitarbeiten!

Unfälle im Monat Dezember

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt.

	Bel.-Zahl:	leicht:	schwer:	tödlich:	Summe:
Hochofen	617	4 (8)	— (—)	— (—)	4 (8)
Zementfabrik	78	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Thomaswerk	292	3 (7)	— (—)	— (—)	3 (7)
Martinwerk	502	12 (7)	— (—)	— (—)	12 (7)
Steinfabrik	134	1 (3)	— (—)	— (—)	1 (3)
Phosphatmühle	77	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kaliberwalzwerke	1 050	19 (28)	— (—)	— (—)	19 (28)
Blechwerk I/II	376	8 (15)	— (—)	— (—)	8 (15)
Werk Barop	512	15 (7)	— (—)	— (—)	15 (7)
Breitbandwalzwerk	159	2 (2)	— (—)	— (—)	2 (2)
Spez.-Blechwalzwerk	147	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Preß- und Hammerwerk	163	6 (1)	— (—)	— (—)	6 (1)
Werkstatt Stockheide	42	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Kaltwalzwerk	270	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Drahtverfeinerung	361	3 (4)	— (—)	— (—)	3 (4)
Maschinenabteilung	1 291	7 (6)	— (—)	— (—)	7 (6)
Elektr. Abteilung	467	2 (4)	— (—)	— (—)	2 (4)
Mechanische Werkstätten	525	10 (8)	— (—)	— (—)	10 (8)
Eisenbahnbetriebe	871	14 (11)	— (—)	1 (—)	15 (11)
Baubetriebe	446	3 (5)	— (—)	— (—)	3 (5)
Fahrbetrieb	70	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	123	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Sonstige Betriebe	324	1 (1)	— (—)	— (—)	1 (1)
Lehrwerkstatt	225	5 (6)	— (—)	— (—)	5 (6)
Sozialbetriebe	274	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Hauptverw.- u. Betr.-Angest.	1 492	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Summe	10 888	118 (128)	— (—)	1 (—)	119 (128)
Wegeunfälle		14 (14)	— (—)	— (—)	14 (14)



Bei der Preisverteilung

30 Preise im Betrage von je 10 DM

Preisträger:
Paul Sarnowski, Elektrokarrenb.
Heinz Beyer, Eisenbahn
Friedrich Neumann, Dreherei I
Erich Jung, Martinwerk I
Karl Roßmann, Maschinenabteilung Ww. I
Hubert Wollbrecht, Maschinenabteilung
Friedr. Fischer, Eisenbahn

Die ersten Finnen

— unter ihnen mehrere Olympia-Kandidaten — besuchten unser Werk, bevor sie zum ersten deutsch-finnischen Boxmatch in den Ring stiegen. Gerade sie, die Waldarbeiter und Holzfäller sind und noch nie ein Stahlwerk gesehen hatten, waren von der Besichtigung nachhaltig beeindruckt.



Erholungsurlaub

Mit Wirkung vom 1. Januar d. J. erhalten Belegschaftsmitglieder mit anerkannter 25jähriger Tätigkeit in unseren Diensten und mehr zusätzlich 2 Arbeitstage Erholungsurlaub je Jahr, Belegschaftsmitglieder mit anerkannter 40jähriger Tätigkeit in unseren Diensten und mehr zusätzlich 3 Arbeitstage Erholungsurlaub je Jahr. Diese Regelung gilt jeweils vom 1. Januar des auf das 25- bzw. 40jährige Dienstjubiläum folgenden Jahres.

Wohnungssuchende

Wir bitten alle Wohnungssuchenden, die totalbombengeschädigt oder Flüchtling sind, umgehend ihre hierüber vorliegenden Unterlagen bzw. Ausweise in der Abteilung Wohnstätten, Eberhardstraße 23, Zimmer 7, zur Ergänzung ihres Suchantrages vorzulegen.

Wohnungstausch

Biete: 2-Zimmer-Wohnung mit Bad in der 2. Etage.
Suche: 3-Zimmer-Wohnung mit Bad.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, in Werksnähe.

Suche: 3—5-Zimmer-Wohnung außerhalb Dortmund.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Werksnähe.

Suche: 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe.

Biete: 3-Zimmer-Wohnung in einem werksgebundenen Hause, Lessingstraße, abgeschlossen, mit Balkon und Bad.

Suche: 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in einem Privathaus.

Biete: 2 Zimmer im Obergeschoß eines Privathauses in Dortmund-Scharnhorst mit Bad und Keller.

Suche: 2 bis 2½ Zimmer in Werksnähe.

Biete: Zwei-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen mit Toilette und Abstellraum, in Dortmund-Brackel, Miete 25 DM.

Suche: Zwei-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, in Werksnähe oder Nähe Funkenburg.

Werkstudent sucht möbliertes Einzelzimmer, möglichst in der Nähe des Werkes gelegen, für die Zeit von zwei Monaten. Nähere Auskunft erteilt Abt. Wohnstätten, Zimmer 7.

Sie wurden belohnt

Für die Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten-und-Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

Drahtzieher Otto Böhm, Drahtverfeinerung;
Ablader Werner Zierow, Hochofen;
Rangierer Emil Kleine, Werk Barop;
Ofenmann Bernhard Wölki, Werk Barop;
Vorarbeiter Heinrich Woyke, Werk Barop.

Kleingärtner

In der Kleingartenanlage „Hafenwiese“ in Dortmund an der Schützenstraße werden mit dem Beginn des neuen Jahres mehrere Kleingärten frei. Wir bitten interessierte Belegschaftsmitglieder, sich beim Vorstand der Kleingartenanlage zu melden.

„Was muß jeder von der Angestelltenversicherung wissen“

Von A. Glenz, 10. Aufl., 1951, Essen. Verlag August Glenz, Essen-Bredeney. Brosch. 1,90 DM.

In der bekannten Schriftenreihe, die auch Schriften über die Invaliden- und die knappschaftliche Versicherung enthält, ist die Schrift „Angestelltenversicherung“ in zehnter Auflage neu erschienen. Sie enthält zusätzlich sämtliche Neuerungen aus 1951 (Gesetz über Höherversicherung, über Renten- und über Teuerungszulagen). Die 9. Auflage ist damit überholt. Die Schrift ist gut brauchbar für den einfachen Mann (gemeinverständlich, klare Übersicht, Tabellen, Beispiele für Rentenberechnungen), aber auch als praktischer Helfer für den Fachmann (Angabe der Rechtsquellen). Daß das Büchlein bereits in 10. Auflage erscheint, beweist seinen praktischen Wert.

Zum Nachdenken

Kirchengehen, Predigt hören,
Singen, beten, andre lehren,
Seufzen und gen Himmel schauen,
Nichts als nur von Gottvertrauen
Und vom Glauben und vom Lieben
Und von anderm Gutsverüben
Reden führen: ich will meinen,
Die es tun, Gott, sind die Deinen.

O noch lange nicht! Im Rücken
Schmutzen und von vornen schmücken,
Seinen Nächsten hassen, neiden,
Dessen Bestes stets vermeiden,
Dessen Nachteil emsig stiften,
Zungen-Honig, Herzens-Giften
Lieblich, tückisch führen können —
Meinst du, daß mit dem Christenleben
Beides ähnlich sei und eben?...

Halbe Christen sind zu nennen,
Die da Gott und Nächsten trennen.

(Friedrich von Logau)

BETRIEBSKRANKENKASSE

Unsere Ärzte

Wir geben nachstehend unseren Mitgliedern die Anschriften und Sprechstundenzeiten der Ärzte von Groß-Dortmund bekannt

Dr. med.

Achtermann, Dortmund, Hansaplatz 2
Asemann, Dorstfeld, Sachsenwaldstraße 34
Barbrock, Eving, Bergstraße 33
Baumeister, Dortmund, Möllerstraße 7
Beckmann, Marg., Dortmund, Schliepstraße 3
Bensch, Dortmund, Münsterstraße 207
Berg, Dortmund, Beurhausstraße 70
Beuckelmann, Dortmund, Kreuzstraße 10—12
Bickhoff, Dortmund, Potgasse 14
Bien, Dortmund, Schillerstraße 80
Bisplinghoff, Brackel, Hellweg 118
Braun, Dortmund, Kaiserstraße 15
Breuckmann, Dortmund, Rosenthal 20
Clod, Dortmund, Ostenhellweg 1
D'ham, Eving, Evinger Straße 160
Döfke, Brackel, Hellweg 155

montags und donnerstags

Drecker, Dortmund, Studtstraße 16
Droste, Wambel, Hellweg 111
Frerich, Dorstfeld, Hellweg 39
Fenner, Helmut, Dortmund, Göbenstraße 7
Gaase-Fischer, Hild., Oesterholzstraße 62
Glienne, Wambel, Breierspfad 111
Gockel, Huckarde, Rahmer Straße 233
Golch, Brackel, Schimmelstraße 19
Großmann, Sophie, Dortmund, Weisbachstraße 4
Haag, Dortmund, Heinrichstraße 15
Hellbrügge, Dortmund, Adlerstraße 29
Heller, Dortmund, Beurhausstraße 75
Helmus, Dortmund, Hansastraße 50
Henkel, Dortmund, Rheinische Straße 133
Henrich, Körne, Hellweg 44
Hilgering, Regina, Dortmund, Kaiserstraße 151/2
Höpping, Dortmund, Münsterstraße 112
Holle, Dortmund, Märkische Straße 51
Inkman, Scharnhorst, Wambeler Heide 66
Isbruch, Dortmund, Jägerstraße 17
Kirchbrücher, Eving, Bayrische Straße 173
Käbmann, Dortmund, Nordstraße 57
Kalthoff, Huckarde, Mengeder Straße 5
Kindermann, Dortmund, Borsigplatz 5a
Klems, Dortmund, Redtenbacher Straße 26
Köhne, Körne, Liboristraße 13
Köster, Paula, Dortmund, Markt 4
Kotthoff, Dortmund, Rheinische Straße 246
Krane, Gartenstadt, Lewin-Schücking-Straße 1
Krane, Dortmund, Uhlandstraße 128
Krieter, Maria, Bäumerstraße 17
Krekeler, Safyie, Hiltropwall 2
Kropp, Helene, Dortmund, Lindemannstraße 1
Kropp, Hildegard, Dortmund, Lindemannstraße 3
Krüger, Körne, Leppinghof 2
Kühn, Dorstfeld, Wittener Straße 8
Lahme, Dortmund, Jägerstraße 4
Landfermann, Dortmund, Borsigstraße 54
Leistner, Dortmund, Westfalendamm 45
Liesen, Dortmund, Lindemannstraße 25
Linsmann, Dortmund, Gneisenastraße 75
Lohbeck, Dortmund, Nordmarkt 3
Lorenz, Wambel, Akazienstraße 67
Michalke, Dortmund, Kaiserstraße 120
Müller, Hermann, Dortmund, Hohe Straße 59
Niederschulte, Dortmund, Rheinische Straße 22
Peters, Dorstfeld, Karl-Funke-Straße 71
Riedasch, Huckarde, Spichener Straße 164
Röchling, Scharnhorst, Am Westheck 259
Römer, Dortmund, Enscheder Straße 18
Rompe, Dortmund, Kronprinzenstraße 56
Rumpff, Dortmund, Raudestraße 7
Sauerländer, Wambel, Paderborner Straße 115
Scherer, Dortmund, Mallinkrodtstraße 211
Sobbe-Westermann, Dorstfeld, Wittener Straße 16
Teckhaus, Eving, Evinger Straße 255

Sprechstundenzeit:	mittw. u. samst.:	Tel.:
9.00—13.00, 15.00—16.00	9.00—13.00	21695
8.00—10.00, 14.00—16.00	8.00—10.00	32235
8.00—10.00, 16.00—17.00	8.00—10.00	30402
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	30288
8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	22808
8.00—10.00, 16.00—17.00	8.00—10.00	30037
9.00—11.00, 16.00—17.00		21826
9.00—12.00, 15.00—16.00	9.00—12.00	21020
8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	35210
8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	33484
9.00—10.30, 14.00—15.30	9.00—10.30	52924
8.00—10.00, 14.00—16.00	8.00—10.00	23723
9.00—12.00, 15.00—16.00	9.00—12.00	22605
8.00—12.00, 15.00—17.00	8.00—12.00	23385
8.00—10.30, 15.30—16.30	8.00—10.30	33439
9.00—11.00, 15.00—18.00	9.00—11.00	52953
14.30—15.30		
16.00—18.00	8.30—10.30	33682
9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	52783
8.30—10.30, 14.30—16.30	8.30—10.30	34285
10.00—13.00, 15.00—18.00	10.00—13.00	21389
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	32764
9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	53316
8.00—10.00, 15.00—16.00	8.00—10.00	32394
8.00—10.00, 14.00—16.00	8.00—10.00	52133
8.00—11.00, 15.00—17.00		21263
8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	30009
8.30—11.00, 16.00—17.00	8.30—11.00	32710
10.00—12.00	10.00—12.00	21281
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	35635
8.30—11.00, 15.00—17.00	8.30—11.00	33907
9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	53017
8.30—10.30, 15.30—17.30	8.30—10.30	23195
9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	33475
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	23337
9.00—11.00, 15.00—16.00	9.00—11.00	52186
8.00—11.00, 15.00—16.30	8.00—11.00	30801
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	34194
9.00—12.00, 16.00—17.00	9.00—12.00	30675
8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00	30895
8.00—10.00, 15.00—17.00	8.00—10.00	34306
8.30—11.00, 15.00—17.00		22739
8.00—10.00, 14.00—16.00	8.00—10.00	52308
9.00—11.00, 15.00—17.00		21218
8.30—12.00, 15.00—17.00	8.30—12.00	34138
8.30—10.00, 15.00—16.30	8.30—10.00	41828
9.00—11.00, 14.30—16.30	9.00—11.00	32886
9.00—11.00	9.00—11.00	41993
9.30—12.00, 15.00—17.00	9.30—12.00	23334
9.00—12.00, 15.30—17.00	9.00—12.00	31201
9.00—12.00, 15.30—17.00	9.00—12.00	
9.00—11.00, 16.30—18.00	9.00—11.00	53523
8.30—11.30, 15.00—18.00	8.30—11.30	32836
8.30—11.00, 14.30—16.30	8.00—11.00	31888
8.00—10.00, 14.00—18.00	8.00—10.00	32001
9.00—12.00	9.00—12.00	40346
8.30—11.00, 14.30—16.00	8.30—11.00	35193
7.30—10.00	7.30—10.00	33155
8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	33427
9.00—11.00, 16.00—18.00	9.00—11.00	52565
9.00—12.00	9.00—12.00	33095
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	22389
9.00—12.00, 15.30—17.00	9.00—12.00	22226
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	32909
8.00—11.00, 15.00—17.00	8.00—11.00	31200
9.00—11.00, 15.00—16.30	9.00—11.00	52400
8.00—10.00, 14.30—16.30	8.00—10.00	31588
15.00—17.00		31090
9.00—11.00, 15.00—17.00	9.00—11.00	40940
8.30—11.00, 15.00—16.30	8.30—11.00	52863
8.30—10.00, 15.00—17.00	8.30—10.00	33178
10.00—12.00, 16.30—17.30	10.00—12.00	34980
8.30—11.00, 15.30—17.00	8.30—11.00	33440

(Fortsetzung folgt)

ERZEUGUNGSBEREICH

HALBZEUG PROFILSTAHL

Handelseisen und Qualitätsstähle
Moniereisen und Betonsonderstähle
Formstahl
Oberbaumaterial, insbesondere Schwellen
Spundwandeseisen System Hoesch
Walzdraht

BLECHE UND BAND

Grobbleche
Riffelbleche
Mittelbleche
Handelsfeinbleche
Qualitätsfeinbleche Gütegruppen St V 23 bis St X 23
Karosseriebleche
Elektrobleche, Dynamobleche
Kaltgewalzte Verpackungsbleche einschl.
Weißbleche
Fixmaßstreifen
Breitband

SCHMIEDESTÜCKE

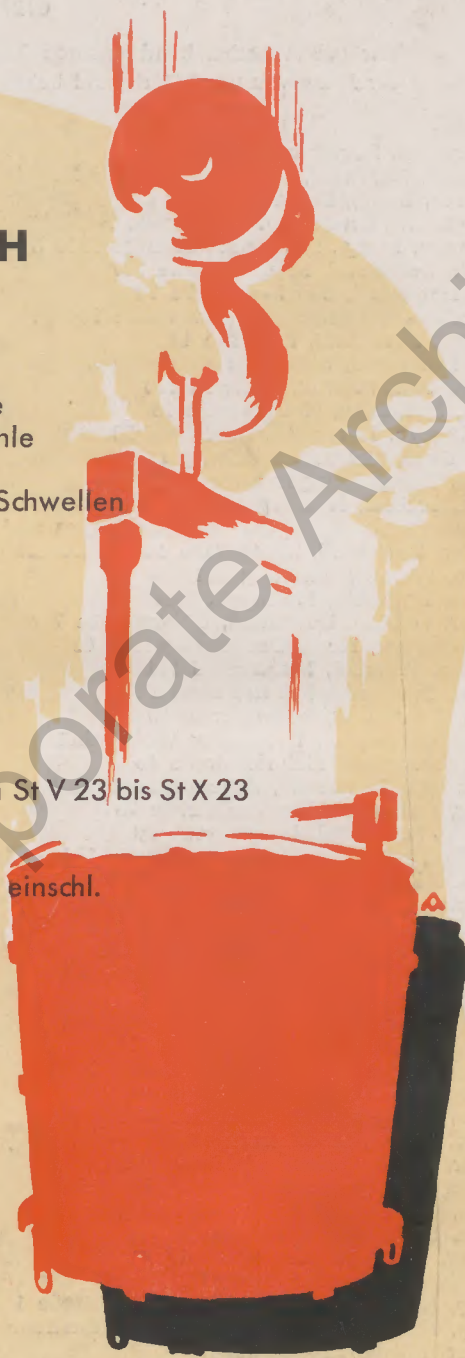
roh geschmiedete Stäbe
Freiform-Schmiedestücke

VERARBEITUNG

Gezogener Draht
Drahterzeugnisse
Grubenausbau

NEBENERZEUGNISSE

Thomasmehl
Zement
Schlacke



WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND